

# MEMORIAL

Journal Officiel  
du Grand-Duché de  
Luxembourg



# MEMORIAL

Amtsblatt  
des Großherzogtums  
Luxemburg

## RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 109

7 février 2005

### SOMMAIRE

Actelion Finance S.C.A., Luxembourg . . . . .	5231	Gadling Holding S.A., Luxembourg . . . . .	5187
Anglo Irish Bank World Derivatives, Sicav, Luxembourg . . . . .	5231	Hyeform, S.à r.l., Diekirch . . . . .	5214
B.E.C.T.C. S.A., Luxembourg . . . . .	5215	I D Sport, Doncols . . . . .	5189
BSI-Multinvest, Sicav, Luxembourg . . . . .	5229	I D Sport, Doncols . . . . .	5189
Captiva Capital (Luxembourg), S.à r.l., Luxembourg . . . . .	5227	Immomax S.A., Luxembourg . . . . .	5185
Captiva Capital (Luxembourg), S.à r.l., Luxembourg . . . . .	5228	(The) Intertrade & Contracting Company S.A., Luxembourg . . . . .	5232
Comptoir Technique et Industriel S.A., Strassen . . . . .	5188	Klaver Time International, S.à r.l. . . . .	5187
Comptoir Technique et Industriel S.A., Strassen . . . . .	5189	L.T.C. (Leasure Trading Company) S.A., Luxembourg . . . . .	5214
Conafex Holdings S.A., Luxembourg . . . . .	5230	Lismore, S.à r.l., Luxembourg . . . . .	5227
Dexia Global, Sicav, Luxembourg . . . . .	5230	LMZ Entertainment S.A., Hesperange . . . . .	5188
DTZ Winssinger Tie Leung (Luxembourg) S.A., Howald . . . . .	5189	Merrill Lynch S.A., Luxembourg . . . . .	5231
Evolutis Sicav, Luxembourg . . . . .	5232	Multiwert Superfund . . . . .	5215
(L')Exception S.A., Wiltz . . . . .	5190	Nova Brands S.A., Luxembourg . . . . .	5214
Fidelin S.A.H., Luxembourg . . . . .	5229	Oriental Arts and Crafts, S.à r.l., Soleuvre . . . . .	5228
Finteg, S.à r.l., Luxembourg . . . . .	5214	Printemps Réassurance S.A., Luxembourg . . . . .	5229
Gadling Holding S.A., Luxembourg . . . . .	5187	TransTrend Fund Alliance, Sicav, Luxembourg . . . . .	5190
		TransTrend Fund Alliance, Sicav, Luxembourg . . . . .	5214
		UniGarantPlus: Best of World (2011) . . . . .	5186

#### IMMOMAX S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1540 Luxembourg, 2, rue Benjamin Franklin.  
R. C. Luxembourg B 84.398.

La FIDUCIAIRE BECKER + CAHEN & ASSOCIES, S.à r.l. fait savoir qu'elle a déposé son mandat de commissaire aux comptes avec effet à ce jour.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 18 novembre 2004.

FIDUCIAIRE BECKER + CAHEN & ASSOCIES

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 26 novembre 2004, réf. LSO-AW06487. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(096564.3//14) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 novembre 2004.

## UniGarantPlus: BEST OF WORLD (2011), Fonds commun de placement.

### SONDERREGLEMENT

Für den UniGarantPlus: BEST OF WORLD (2011) ist das am 29. März 2004 im Mémorial veröffentlichte Verwaltungsreglement, das am 13. Februar 2004 in Kraft trat, einschließlich einer ersten Änderung, die am 14. Oktober 2004 ebendort veröffentlicht ist und die am 3. Oktober 2004 in Kraft trat, integraler Bestandteil.

Ergänzend beziehungsweise abweichend gelten die Bestimmungen des nachstehenden Sonderreglements, das in der derzeit gültigen Fassung im Mémorial vom 6. Februar 2005 veröffentlicht ist und am 17. Dezember 2004 in Kraft tritt.

**Art. 19. Anlageziel.** Ziel der Anlagepolitik des UniGarantPlus: BEST OF WORLD (2011) (der «Fonds») ist es, an den durchschnittlichen, stichtagsbezogenen vierteljährlich ermittelten Anteilwertentwicklungen der Fonds UniNordamerika, UniAsia und UniEuroSTOXX 50 A zu partizipieren, die einen Fondsbasket bilden. Dieser Fondsbasket wird am Laufzeitende aus einer «best of» Gewichtung der durchschnittlichen Anteilwertentwicklung der drei Fonds zusammengesetzt, wobei der Fonds mit der besten durchschnittlichen Anteilwertentwicklung mit 50 %, der Fonds mit der zweitbesten durchschnittlichen Anteilwertentwicklung mit 30 % und der Fonds mit der drittbesten durchschnittlichen Anteilwertentwicklung mit 20 % im Fondsbasket gewichtet wird.

In diesem Zusammenhang garantiert die Verwaltungsgesellschaft, dass zum Laufzeitende des Fonds am 30. Juni 2011 der Liquidationserlös pro Anteil nicht unter 106,- Euro liegt. Damit garantiert die Verwaltungsgesellschaft den Anlegern nicht nur den anfänglichen Anteilwert von 100,- Euro, sondern zusätzlich noch eine Mindestwertentwicklung von 6,- Euro je Anteil zum Laufzeitende. Sollte der Wert von 106,- Euro nicht erreicht werden, wird die Verwaltungsgesellschaft den Differenzbetrag aus eigenen Mitteln in das Fondsvermögen einzahlen. Liegt der Anteilwert am Laufzeitende über 106,- Euro, so bekommt der Anleger den Anteilwert ausbezahlt.

Die Performance des Fonds wird in dem jeweiligen vereinfachten Verkaufsprospekt angegeben.

Grundsätzlich gilt, dass die Wertentwicklung in der Vergangenheit keinen Rückschluss auf eine zukünftige Wertentwicklung zulässt; sie kann sowohl höher als auch niedriger ausfallen. Mit Ausnahme der Garantie kann keine Zusicherung gegeben werden, dass die Ziele der Anlagepolitik erreicht werden.

**Art. 20. Anlagepolitik.** Das Fondsvermögen wird überwiegend in Zertifikate, die in Relation zum Fondsbasket stehen, angelegt, sofern diese als Wertpapiere gem. Artikel 41, Abs. 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 gelten sowie in fest- und variabel verzinslichen Wertpapieren (einschließlich Zerobonds), die in einem OECDMitgliedstaat an Wertpapierbörsen oder an geregelten Märkten, die anerkannt, für das Publikum offen sind und deren Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden.

Zertifikate sind Inhaberschuldverschreibungen, die am Kapitalmarkt begeben werden. Ihr Wert entspricht prinzipiell dem zu Grunde liegenden Underlying, da sie eine unmittelbare Beteiligung verbrieft. Die hier eingesetzten Zertifikate weisen keine Hebelwirkung auf.

In Ergänzung zum Verwaltungsreglement dürfen für den Fonds auch Optionsscheine, die an einer Börse oder einem geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden, gekauft oder verkauft werden. In Abweichung zu Artikel 4, Ziffer 11. Buchstaben b) und c) des Verwaltungsreglements darf die Summe der für den Erwerb von Optionsscheinen sowie für den Kauf von Optionen gezahlten Preise respektive Prämien 35 % des Nettofondsvermögens nicht übersteigen. Daneben wird sich die Verwaltungsgesellschaft im Rahmen der Anlagepolitik insbesondere der in Artikel 4, Ziffern 12. und 13. des Verwaltungsreglements aufgeführten Möglichkeiten sowie der weiteren in Artikel 4 genannten abgeleiteten Finanzinstrumente bedienen.

Mit Ausnahme der Garantie, dass zum Laufzeitende des Fonds der Liquidationserlös pro Anteil nicht unter 106,- Euro liegt, kann keine Zusicherung gegeben werden, dass die Ziele der Anlagepolitik erreicht werden. Diese Garantie ermäßigt sich für den Fall, dass steuerliche Änderungen während der Laufzeit des Fonds dazu führen, dass dem Fondsvermögen Zinsen oder Kapital nicht in voller Höhe zufließen. Der garantierte Mindestrücknahmepreis ermäßigt sich in diesem Fall in Höhe dieser Verringerung der Erträge des Fonds einschließlich entgangener Zinsen aus der Wiederanlage.

Der Erwerb von Fondsanteilen sollte auf eine Haltedauer bis zum 30. Juni 2011 ausgerichtet sein.

### **Art. 21. Fondswährung, Ausgabe sowie Ausgabe- und Rücknahmepreis von Anteilen.**

1. Fondswährung ist der Euro.

2. Die Ausgabe von Anteilen erfolgt während der Zeichnungsperiode und wird anschließend eingestellt. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Ausgabe von Anteilen jedoch auch nach diesem Zeitpunkt jederzeit bis spätestens zum 30. Juni 2011 wieder aufnehmen.

Ausgabepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 7 des Verwaltungsreglements zuzüglich eines Ausgabeaufschlages von bis zu 4 % des Anteilwertes. Der Ausgabeaufschlag wird zu Gunsten der Vertriebsstelle erhoben und kann nach Größenordnung des Kaufauftrages gestaffelt werden. Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.

3. Rücknahmepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 7 des Verwaltungsreglements abzüglich eines Dispositionsausgleiches von bis zu 2 % des Anteilwertes, dessen Erlös dem Fonds zufließt.

### **Art. 22. Anteile.**

1. Die Anteile werden in Globalzertifikaten verbrieft. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

2. Alle Anteile haben gleiche Rechte.

**Art. 23. Ertragsverwendung.** Die im Fonds vereinnahmten Zins- und Dividendenerträge sowie sonstige ordentliche Erträge abzüglich Kosten werden nicht ausgeschüttet, sondern im Fondsvermögen thesauriert.

**Art. 24. Depotbank.** Depotbank ist WGZ-BANK LUXEMBOURG S.A.

**Art. 25. Kosten für die Verwaltung und Verwahrung des Fondsvermögens.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, vom Fonds eine jährliche Verwaltungsvergütung von bis zu 1,50 % auf das Netto-Fondsvermögen zu erhalten, die auf der Basis des kalendertäglichen Nettovermögens des Fonds während des entsprechenden Monats zu berechnen und am letzten Bewertungstag des Rechnungsjahres zahlbar ist. Die Verwaltungsgesellschaft erhält für die Hauptverwaltungstätigkeiten keine Vergütung.

2. Die Depotbank erhält aus dem Fondsvermögen ein jährliches Entgelt für die Tätigkeit als Depotbank in Höhe von bis zu 0,1 % p.a., mindestens jedoch 25.000,- Euro p.a., das auf der Basis des kalendertäglichen Nettovermögens des Fonds während des entsprechenden Monats zu berechnen

und am ersten Bewertungstag des Folgemonats zahlbar ist. Sofern der Mindestbetrag von 25.000,- Euro nicht erreicht wird, gleicht die Verwaltungsgesellschaft die Differenz aus.

Daneben erhält die Depotbank eine Depotgebühr in Höhe von bis zu 0,0225 % p.a., die auf Basis des kalendertäglichen Wertpapierbestands des Fonds während des entsprechenden Monats zu berechnen und am ersten Bewertungstag des Folgemonats zahlbar ist.

Die Depotbank erhält außerdem eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von bis zu Euro 150,- je Transaktion, die nicht über sie gehandelt wird.

Daneben werden ihr die an Broker zu zahlenden Kommissionen, Drittverwahrgebühren, sowie Transaktionskosten, die ihr in Rechnung gestellt werden, erstattet.

**Art. 26. Rechnungsjahr.** Das Rechnungsjahr endet jedes Jahr am 31. März, erstmals am 31. März 2006.

**Art. 27. Dauer des Fonds.** Die Laufzeit des Fonds ist auf den 30. Juni 2011 befristet. Abweichend von Artikel 12 des Verwaltungsreglements hat die Verwaltungsgesellschaft während der Dauer des Fonds nicht das Recht, den Fonds aufzulösen. Hiervon unberührt bleiben jedoch zwingende gesetzliche Gründe.

Luxemburg, den 17. Dezember 2004

UNION INVESTMENT LUXEMBOURG S.A. / WGZ-BANK LUXEMBOURG S.A.

Die Verwaltungsgesellschaft / Die Depotbank

Unterschriften / Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 14 janvier 2005, réf. LSO-BA03772. – Reçu 18 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(004738.3//92) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 janvier 2005.

**KLAVER TIME INTERNATIONAL, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

R. C. Diekirch B 4.096.

Monsieur Pierre Probst a dénoncé le siège de la société sous rubrique à l'adresse 6, rue du Palais à L-9265 Diekirch. Enregistré à Diekirch, le 15 octobre 2004, réf. DSO-AV00117. – Reçu 89 euros.

Le Receveur (signé): Signatures.

(903706.2//8) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 22 novembre 2004.

**GADLING HOLDING S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-1511 Luxembourg, 119, avenue de la Faïencerie.

R. C. Luxembourg B 79.338.

*Extrait des résolutions prises à l'Assemblée Générale du 4 octobre 2004*

Le mandat des administrateurs et du commissaire aux comptes est renouvelé jusqu'à l'issue de l'assemblée générale ordinaire approuvant les comptes au 31 décembre 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations et au Registre de Commerce et des Sociétés.

Luxembourg, le 16 novembre 2004.

Signature.

Enregistré à Luxembourg, le 17 novembre 2004, réf. LSO-AW03917. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(096698.3/280/14) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 novembre 2004.

**GADLING HOLDING S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-1511 Luxembourg, 119, avenue de la Faïencerie.

R. C. Luxembourg B 79.338.

Le bilan au 31 décembre 2003, enregistré à Luxembourg, le 17 novembre 2004, réf. LSO-AW03928, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 novembre 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 26 novembre 2004.

Signature.

(096572.3/280/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 novembre 2004.

**LMZ ENTERTAINMENT S.A., Société Anonyme.**  
Siège social: L-5884 Hesperange, 350, route de Thionville.  
R. C. Luxembourg B 94.113.

*Procès-verbal de la réunion du Conseil d'Administration du 7 octobre 2004*

Les membres du Conseil d'Administration ont été informés de la démission aux fonctions d'administrateur de Monsieur Michel Fouarge, administrateur-délégué.

En application de l'article 51 LSC, les administrateurs restants ont décidé de coopter Monsieur Gonzalez Robert, informaticien, demeurant au 938, Framlingham Court - Unit 108, Lake Mary, USA-32746v Floride, aux fonctions d'administrateur, en remplacement de Monsieur Michel Fouarge démissionnaire, à qui pleine et entière décharge est donnée pour l'exercice de ses fonctions en tant qu'administrateur-délégué.

Madame Zivana Krusic est nommée nouvel administrateur-délégué.

L'assemblée générale, lors de la première réunion, procédera à l'élection définitive.

Luxembourg, le 18 novembre 2004.

Signature.

Enregistré à Luxembourg, le 19 novembre 2004, réf. LSO-AW04710. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(095987.3/1682/18) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 novembre 2004.

**COMPTOIR TECHNIQUE ET INDUSTRIEL S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-8011 Strassen, 321, route d'Arlon.  
R. C. Luxembourg B 6.229.

L'an deux mille quatre, le vingt et un décembre.

Par devant Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Luxembourg, soussigné.

Ont comparu:

1. - Monsieur Arny Lasar, administrateur et président du Conseil d'Administration de la société COMPTOIR TECHNIQUE ET INDUSTRIEL S.A., demeurant à L-7217 Bereldange, 60, rue du Bridel.

2. - Monsieur Jean-Marie Boden, administrateur de la société COMPTOIR TECHNIQUE ET INDUSTRIEL S.A, demeurant à L-1480 Luxembourg, 2, boulevard Paul Eyschen.

3. - Monsieur Roland De Cillia, administrateur de la société COMPTOIR TECHNIQUE ET INDUSTRIEL S.A, demeurant à L-1913 Luxembourg, 4, rue Léandre Lacroix.

Agissant en leur qualités d'administrateurs de la société anonyme COMPTOIR TECHNIQUE ET INDUSTRIEL S.A., ayant son siège social à Strassen, 321, route d'Arlon, R. C. Luxembourg section B numéro 6.229, constituée suivant acte reçu par le notaire Charles-Joseph Michels, alors de résidence à Luxembourg, en date du 12 décembre 1961, publié au Mémorial C, Recueil Spécial des Sociétés et Associations, du 5 janvier 1962, réunis en conseil d'Administration.

Lequel conseil fort des pouvoirs à lui conférés par les statuts a pris à l'unanimité la décision suivante:

«Monsieur François Larosch est confirmé dans sa fonction de Directeur de la société.

Pour ce qui est de ses droits d'engagement, il aura signature conjointe obligatoire pour tout ce qui relève de l'objet pour lequel une autorisation d'établissement est à délivrer.»

En suite de cette décision, s'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la dite société anonyme COMPTOIR TECHNIQUE ET INDUSTRIEL S.A.,

L'assemblée est présidée par Monsieur Arny Lasar, prénommé.

Le président désigne comme secrétaire et l'assemblée choisit comme scrutateur Monsieur Jean-Marie Boden, prénommé,

Le président prie le notaire d'acter:

I. - Que les actionnaires présents et le nombre d'actions qu'ils détiennent sont renseignés sur une liste de présence, signée par le président, le secrétaire, le scrutateur et le notaire soussigné. Ladite liste de présence restera annexée au présent acte pour être soumise avec lui aux formalités de l'enregistrement.

II. - Qu'il résulte de cette liste de présence que les 1.000 (mille) actions représentant l'intégralité du capital social, sont représentées à la présente assemblée générale extraordinaire, de sorte que l'assemblée peut décider valablement sur tous les points portés à l'ordre du jour.

III. - Que l'ordre du jour de l'assemblée est le suivant:

*Ordre du jour:*

Modification de trois articles des statuts, à savoir.

1. - **Art. 12.** Le dernier paragraphe de cet article qui dit: «La signature d'un seul administrateur sera toutefois toujours suffisante pour représenter valablement la société dans ses rapports avec les administrations publiques.» est supprimé.

2. - **Art. 15.** Le premier paragraphe de cet article qui dit:

«A la garantie de l'exécution de son mandat chaque administrateur affecte trois actions et chaque commissaire une action.»

est supprimé.

3. - **Art. 17.** La première phrase de cet article dit:

«L'assemblée générale statutaire se réunit dans la Ville de Luxembourg, à l'endroit indiqué dans les convocations, le premier jeudi du mois de mai à 10.00 heures.»

Dans cette phrase, la partie «Ville de Luxembourg» est à remplacer par «commune du siège social de la société». Ces faits exposés et reconnus exacts par l'assemblée, cette dernière a pris à l'unanimité la résolution suivante:

*Résolution unique*

L'assemblée générale extraordinaire décide à l'unanimité de modifier les statuts de la société ainsi qu'indiqué dans l'ordre du jour.

*Frais*

Les frais, dépenses, rémunérations et charges sous quelque forme que ce soit, incombant à la société et mis à sa charge en raison des présentes, sont évalués sans nul préjudice à la somme de mille euros.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Dont acte, passé à Luxembourg, les jour, mois et an qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite aux comparants, ils ont tous signé avec Nous, notaire, la présente minute.

Signé: A. Lasar, J-M. Boden, R. De Cillia, J. Elvinger.

Enregistré à Luxembourg, le 28 décembre 2004, vol. 146S, fol. 44, case 1. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 11 janvier 2004.

J. Elvinger.

(011753.2/211/64) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 3 février 2005.

**COMPTOIR TECHNIQUE ET INDUSTRIEL S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-8011 Strassen, 321, route d'Arlon.

R. C. Luxembourg B 6.229.

Les statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 3 février 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

(011756.3/211/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 3 février 2005.

**I D SPORT, Société Anonyme.**

Siège social: L-9647 Doncols, 7, Bohey.

R. C. Luxembourg B 95.721.

Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Diekirch, le 23 novembre 2004, réf. DSO-AW00171, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 30 novembre 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Diekirch, le 30 novembre 2004.

Signature.

(903785.3/000/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 30 novembre 2004.

**I D SPORT, Société Anonyme.**

Siège social: L-9647 Doncols, 7, Bohey.

R. C. Luxembourg B 95.721.

Le bilan au 31 décembre 2003, enregistré à Diekirch, le 23 novembre 2004, réf. DSO-AW00172, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 30 novembre 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Diekirch, le 30 novembre 2004.

Signature.

(903786.3/000/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 30 novembre 2004.

**DTZ WINSSINGER TIE LEUNG (LUXEMBOURG) S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-2529 Howald, 37, rue des Scillas.

R. C. Luxembourg B 52.634.

Le bilan au 30 avril 2003, enregistré à Luxembourg, le 24 novembre 2004, réf. LSO-AW05677, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 novembre 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 30 novembre 2004.

Signature.

(096529.3/000/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 novembre 2004.

**L'EXCEPTION S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-9530 Wiltz, 28, Grand-rue.

R. C. Diekirch B 4.408.

Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Diekirch, le 31 décembre 2003, réf. DSO-AL00312, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 23 novembre 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Wiltz, le 23 novembre 2004.

J. Windeshausen

*Administrateur délégué*

(903726.3/000/12) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 23 novembre 2004.

**TransTrend FUND ALLIANCE, Société d'Investissement à Capital Variable,  
(anc. RoTrend ALLIANCE).**

Registered office: L-2520 Luxembourg, 39, allée Scheffer.

R. C. Luxembourg B 97.101.

In the year two thousand five, on January nineteenth.

Before Us, Maître Joseph Elvinger, notary, residing in Luxembourg, in replacement of Maître Henri Hellinckx, notary, residing in Mersch, who will be the depositary of the present deed.

Was held an extraordinary general meeting of the shareholders of RoTrend ALLIANCE, with registered office at 39, allée Scheffer, L-2520 Luxembourg duly registered with the Luxembourg Companies' and Trade Register under section B number 97.101, incorporated by a deed of Maître Henri Hellinckx, on November 4, 2003 published in the Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations C dated December 18, 2003, number 1346.

The meeting is opened at 10.00 am, and Mr Joep Van Den Broek, Managing Director TransTrend B.V., residing professionally in NL-3063 AC Rotterdam, Admiraliteitskade 73, is elected chairman of the meeting.

Mr Manfred Stenebome, Legal and General Counsel TransTrend B.V., residing professionally in NL-3063 AC Rotterdam, Admiraliteitskade 73 is appointed scrutineer.

The chairman and the scrutineer agreed that Miss Christelle Vaudemont, employee, residing professionally in Luxembourg, is appointed to assume the role of secretary.

The chairman then declared and requested the notary to state the following:

I.- That all the shares being registered shares, the present extraordinary general meeting has been convened by notices containing the agenda sent by registered mail to all the shareholders on January 5, 2005.

II.- The shareholders present or represented and the number of shares held by each of them are shown on an attendance list, signed by the chairman, the secretary, the scrutineer and the undersigned notary. The said list as well as the proxies will be annexed to this document to be filed with the registration authorities.

III.- It appears from the attendance list, that out of 10,637.0823 shares in circulation, 8,175 shares are present or represented at the present extraordinary general meeting, so that the meeting could validly decide on all the items of the agenda.

IV.- That the agenda of the present meeting is the following:

*Agenda:*

\* Change of the denomination of the Company from RoTrend ALLIANCE into TransTrend FUND ALLIANCE.

\* Change of the object of the Company into «The object of the Company is to invest the funds available to it in futures, option and forward contracts as well as spot currencies (collectively, «Futures»), whereby over time Futures may also include swaps and other derivative, margined instruments, all the foregoing with the purpose of achieving long-term capital appreciation while spreading investment risks, thus affording its Shareholders the results of the management of its portfolio. The Company may also invest in transferable securities and financial instruments of any kind, in any other instruments representing rights of ownership, claims or transferable securities and in cash.»

\* Change of the definition of U.S. Person into «A citizen or resident of the U.S., a corporation, partnership or other entity created or organized in or under U.S. laws, or any person falling within the definition of the term U.S. Person under Regulation S promulgated under the U.S. Securities Act of 1933, as amended, or under Rule 4.7 under the U.S. Commodity Exchange Act, as amended.»

\* Amend and restate the Articles of Incorporation in the form filed with and approved by the Commission de Surveillance du Secteur Financier, as can be obtained free of charge at the registered office of the Company.

\* Miscellaneous

After the foregoing was approved by the meeting, the meeting unanimously took the following resolutions:

*First resolution*

The meeting resolves to change the denomination of the Company from RoTrend ALLIANCE into TransTrend FUND ALLIANCE.

*Second resolution*

The meeting resolves to change the object of the Company into «The object of the Company is to invest the funds available to it in futures, option and forward contracts as well as spot currencies (collectively, «Futures»), whereby over time Futures may also include swaps and other derivative, margined instruments, all the foregoing with the purpose of achieving long-term capital appreciation while spreading investment risks, thus affording its Shareholders the results of the management of its portfolio. The Company may also invest in transferable securities and financial instruments of any kind, in any other instruments representing rights of ownership, claims or transferable securities and in cash.»

*Third resolution*

The meeting resolves to change the definition of U.S. Person into «A citizen or resident of the U.S., a corporation, partnership or other entity created or organized in or under U.S. laws, or any person falling within the definition of the term U.S. Person under Regulation S promulgated under the U.S. Securities Act of 1933, as amended, or under Rule 4.7 under the U.S. Commodity Exchange Act, as amended.»

*Fourth resolution*

The meeting resolves to amend and restate the Articles of Incorporation as follows:

**Heading I. Denomination - registered office - period - object**

**Art. 1. Denomination.** There exists among the shareholders («Shareholders»), a company in the form of a «société anonyme» qualifying as a «société d'investissement à capital variable» («Sicav») under the name of TransTrend FUND ALLIANCE (the «Company»).

**Art. 2. Registered office.** The registered office of the Company is established in Luxembourg City, in the Grand Duchy of Luxembourg. Branches or other offices may be established either in Luxembourg or abroad by resolution of the board of directors (the «Board», «Directors» or «Board of Directors»).

In the event that the Board of Directors determines that extraordinary political, military, economic or social developments have occurred or are imminent that would interfere with the normal activities of the Company at its registered office, or with the ease of communication between such office and persons abroad, the registered office may be temporarily transferred abroad until the complete cessation of these abnormal circumstances; such temporary measures shall have no effect on the nationality of the Company which, notwithstanding the temporary transfer of its registered office, will remain a Luxembourg company.

**Art. 3. Period.** The Company is established for an indefinite period. The Company may be dissolved by a resolution of the Shareholders adopted at any time in the manner required for amendment of these articles of incorporation (the «Articles»).

**Art. 4. Object.** The object of the Company is to invest the funds available to it in futures, option and forward contracts as well as spot currencies (collectively, «Futures»), whereby over time Futures may also include swaps and other derivative, margined instruments, all the foregoing with the purpose of achieving long-term capital appreciation while spreading investment risks, thus affording its Shareholders the results of the management of its portfolio. The Company may also invest in transferable securities and financial instruments of any kind, in any other instruments representing rights of ownership, claims or transferable securities and in cash.

The Company may take any measures and carry out any operation which it may deem useful in the accomplishment and development of its purpose to the full extent permitted by part II of the Luxembourg law of December 20, 2002 regarding Collective Investment Undertakings (the «Law of 2002»).

**Heading II. Capital - Shares - Net Asset Value**

**Art. 5. Capital - Sub-Funds, Shares and Classes.** The capital of the Company shall be represented by shares of no par value fully paid up (the «Shares») and shall at any time be equal to the total value of the net assets of the Company as defined in Article 11 hereof.

The minimum capital of the Company may not be less than one million two hundred fifty thousand euro (EUR 1,250,000).

The Shares may, as the Board of Directors shall determine, be of different classes (each a «Class») in a number of sub-funds of the Company (each a «Sub-Fund»). The Company shall establish segregated opposable accounts each constituting a Sub-Fund within the meaning of article 133 of the Law of 2002 and the proceeds of the issue of the relating Class or Classes shall be invested, pursuant to Article 4 hereof, in such assets and instruments as the Board of Directors shall from time to time determine in respect of the relating Sub-Fund and in respect of the specific assets and liabilities complement of each Class, as described in the selling document. The Board of Directors may create at any moment additional Classes and Sub-Funds.

The Board of Directors may decide to apply for listing of the Shares of a Class or Sub-Fund on any stock exchange.

The Board of Directors shall establish each Sub-Fund or Class for an unlimited or limited duration. For limited duration Sub-Funds or Classes, the Board of Directors shall extend the duration for one or more periods, if the general meeting of Shareholders (the «General Meeting») of the Sub-Fund or Class concerned decides accordingly at the quorum and the majority of votes required for a modification of these Articles. On the expiring date of a Sub-Fund or a Class with limited duration, the Company shall redeem all outstanding Shares of such Sub-Fund or Class, in accordance with Article 8 hereof. Registered Shareholders shall be informed in writing. The Company shall inform Shareholders of bearer Shares by publication of a redemption notice in such newspapers as determined by the Board of Directors, unless all Shareholders and their addresses are known by the Company. Selling documents of each Sub-Fund or Class shall indicate the duration of such Sub-Fund or Class, and their extension, if any.

The initial capital of the Company amounts to fifty thousand euro (EUR 50,000), represented by fifty (50) Shares of one thousand euro (EUR 1,000) with no par value and fully paid. The minimum capital of the Company must be achieved within six (6) months after the date on which the Company has been authorised as a Collective Investment Undertaking under the Law of 2002.

The annual accounts of the Company, including all Sub-Funds' accounts, shall be expressed in EUR, which is the reference currency (the «Reference Currency») of the Company.

When the Sub-Funds' accounts are not expressed in EUR, such accounts are translated into EUR and added together for the purposes of establishing the annual accounts of the Company.

**Art. 6. Form of Shares.** With respect to each Class, the Board of Directors shall determine whether the Company shall issue Shares in bearer and/or in registered form. For Shares in registered form, the Board shall determine whether Shareholders can elect to obtain Share certificates; else, Shareholders will receive instead a confirmation of their shareholding.

If bearer Shares are issued, bearer certificates will be issued in such denominations as the Board of Directors shall decide. If a Shareholder of bearer Shares requests the exchange of his certificates for certificates in other denominations, he will be charged the cost of such exchange. If a registered Shareholder desires that more than one Share certificate be issued for his Shares, if so allowed, the cost of such additional certificates may be charged to such Shareholder. Bearer Share certificates shall be signed by three directors, and such signatures may be either manual, or printed, or by facsimile. However, one of such signatures may be by a person delegated to this effect by the Board of Directors. In such latter case, it shall be manual. The Company may issue temporary Share certificates in such form as the Board of Directors may from time to time determine.

Each Share can be available as institutional Share («Institutional Share») or as ordinary Share («Ordinary Share»), as determined by the Board and specified in the selling documents. Institutional Shares may be only owned by institutional investors («Institutional Investors») who qualify as such according to the guidelines and recommendations issued by the Luxembourg supervisory authorities. Ordinary Shares may be owned by all types of investors.

Shares may be issued only upon acceptance of the subscription and after receipt of the subscription monies. The subscriber will, without undue delay, upon acceptance of the subscription and receipt of the subscription monies by the Company, receive title to the Shares purchased by him and upon application obtain delivery of definitive Share certificates in bearer or registered form or a confirmation of his shareholding.

Payments of dividends will be made to Shareholders (a) in respect of registered Shares, at their address as stated in the register of Shareholders and to a bank account in their own name or, only if not in breach with any law, rule, regulation, order or directive applicable to the Company's business, to designated third parties and (b) in respect of bearer Shares, upon presentation of the relevant dividend coupons.

All issued Shares, other than bearer Shares, shall be written down in the register of Shareholders, which shall be kept by the Company or by one or more persons designated therefore by the Company. Such register shall contain at least the name of each holder of registered Shares, his nationality, his residence or elected domicile and the number of Shares held by him. Every transfer of a registered Share shall be entered in the register of Shareholders.

Transfer of bearer Shares shall be effected by delivery of the relevant bearer Share certificates.

Transfer of registered Shares shall be effected (a) if Share certificates have been issued, upon delivering the certificate(s) representing such Shares to the Company along with other instruments of transfer satisfactory to the Company, and (b), if no Share certificates have been issued, by written declaration of transfer to be inscribed in the register of Shareholders, dated and signed by the transferor and transferee, or by persons holding suitable powers of attorney to act therefore. The Company may also recognise any other evidence of transfer satisfactory to it.

Every registered Shareholder must provide the Company with an address to which all notices and announcements from the Company may be sent. Such address will be entered in the register of Shareholders.

In the event that such registered Shareholder does not provide an address, the Company may permit a notice to this effect to be entered in the register of Shareholders and the Shareholder's address will be deemed to be at the registered office of the Company, or such other address as may be so entered by the Company from time to time, until another address has been provided to the Company by such Shareholder. The Shareholder may at any time change his address as entered in the register of Shareholders by means of a written notification to the Company at its registered office, or at such other address as may be set by the Company from time to time.

Provided the Company issues Share fractions of the Class concerned, if payment made by any subscriber results in the issue of a Share fraction, the person entitled to such fraction shall not be entitled to vote on that fraction but shall, to the extent the Company shall determine as to the calculation of fractions, be entitled to dividends and to all other actions on a pro rata basis. In the case of bearer Shares, only certificates evidencing full Shares will be issued.

If any Shareholder can prove to the satisfaction of the Company that his Share certificate has been mislaid or destroyed, then, at his request, a duplicate Share certificate may be issued under such conditions and guarantees, including a bond delivered by an insurance company but without restriction thereto, as the Company may determine. At the issuance of the new Share certificate, on which it shall be recorded that it is a duplicate, the original Share certificate in place of which the new one has been issued shall become void.

Mutilated Share certificates may be exchanged for new ones by order of the Company. The mutilated certificates shall be delivered to the Company and shall be annulled immediately.

The Company may, at its election, charge the Shareholder for the costs of a duplicate or of a new Share certificate and all reasonable expenses undergone by the Company in connection with the issuance and registration thereof, or in connection with the annulment of the old Share certificate.



**Art. 7. Issue of Shares.** Within each Class, the Board of Directors is authorised without limitation to issue further Shares to be fully paid at any time, generally without reserving to the existing Shareholders a preferential right to subscription of the Shares to be issued.

When the Company issues Shares for subscription, the price per Share at which such Shares are offered and sold, unless otherwise indicated in the selling documents, shall be based on the net asset value («Net Asset Value») as hereinafter defined for the relevant Class, taking the investor's Performance Fee deficit or credit related to his investment in such Class, resulting from equalisation (the «Equalisation Adjustment») into account, if applicable, and net of such sales fee as the selling documents may provide. The price so determined shall be payable within a period as determined by the Board of Directors, which shall normally not exceed six (6) Luxembourg business days («Business Days») from the relevant date of valuation of the net assets of the Class (the «Valuation Day»), as further explained in Article 11 hereafter.

The Board of Directors may also accept subscriptions by means of an existing portfolio, as provided for in the Luxembourg law of August 10, 1915 (the «Law of 1915») as amended, subject that the securities of this portfolio comply with the investment objectives and restrictions of the relevant Sub-Fund. Such a portfolio must be easy to evaluate. A valuation report, the cost of which is to be borne by the relevant investor, will be drawn up by the auditor, appointed pursuant to Article 22, according to article 26-1 (2) of the Law of 1915 and will be filed at the registered office of the Company.

The Board of Directors may lay down restrictions on the frequency of issuance of Shares of a Class. In particular, the Board of Directors may decide to issue Shares of a Class during one or more subscription periods or according to another periodicity as provided for in the selling documents. Shares shall be issued only upon acceptance of the application and after subscription monies have been received by the Company. The Board of Directors may subject subscriptions to any further restrictions it considers fit and suitable.

The Board of Directors may delegate to any duly authorised director or officer of the Company or to any other duly authorised person, the duty of accepting subscriptions, receiving subscription monies and issuing new Shares relating thereto.

**Art. 8. Redemptions.** The Board of Directors has the authority at any time, for efficient management purposes, to redeem Shares of a Class closed to Shareholders' redemption requests, at a price determined hereafter.

As regards a limited duration Class, the Board of Directors will in principle redeem the Shares of the relevant Class on the last Valuation Day of the period determined in the selling document, at a price based on the Net Asset Value determined on that day, taking the Shareholder's Equalisation Adjustment into account, if applicable, and in principle without redemption fee, as specified in the selling document. The redemption proceeds shall normally be paid no later than ten (10) Business Days after such Valuation Day. The corresponding Class will be dissolved, unless the Board of Directors, on the occasion of an extraordinary General Meeting of the Class concerned to be held in principle one month before the last Valuation Day of the period, makes an offer to Shareholders for the continuation and/or the restructuring of the Class, possibly under slightly different terms and conditions, and the same extraordinary General Meeting approves such an offer with the quorum and the majority of votes as is required for a modification of the present Articles. In any case, the right of the Shareholders to obtain redemption of their Shares on the Valuation Day in principle without redemption fee shall remain fully preserved, whatever the decision taken at the meeting.

Shareholders may not request the Company to redeem their Shares, unless the Board of Directors resolved to grant such right to such Class Shareholders, according to such terms and conditions, as specified in the selling documents. When Shareholders have redemption rights the following provisions apply.

The redemption proceeds shall normally be paid not later than ten (10) Business Days after the redemption day («Redemption Day») concerned. The redemption price shall be based on the Net Asset Value of the relevant Shares, as determined at the Redemption Day concerned and in accordance with the provisions of Article 11 hereof, less a charge at the rate provided by the selling documents and also taking the Shareholder's Equalisation Adjustment into account, if applicable. The relevant redemption price may be rounded upward or downward as the Board of Directors may decide. Any redemption request must be filed by such Shareholder in written form at the registered office of the Company or at any other person or entity appointed by the Company as its agent for redemption of Shares and shall be accompanied by the certificate(s) for such Shares in proper form (if issued) and by proper evidence of transfer or assignment.

Any request for redemption shall be irrevocable, except in the event of suspension of the determination of the Net Asset Value pursuant to Article 12 hereof. In the absence of revocation, redemption will occur as of the first Redemption Day following the lifting of the suspension. Shares of the capital stock of the Company redeemed by the Company shall be cancelled. No redemption by a single Shareholder may, unless otherwise decided by the Board of Directors, be for an amount of less than that of the minimum redemption amount as determined from time to time by the Board of Directors, unless the latter agrees on the contrary.

If a redemption of Shares would reduce the value of the holdings of a single Shareholder of Shares of one Class below the minimum holding as the Board of Directors shall determine for such Class from time to time, then such Shareholder shall be deemed to have requested the redemption, as the case may be, of all his Shares of such Class, unless the Board agrees on the contrary.

Further, if on any Valuation Day conversion requests pursuant to Article 9 or redemption requests pursuant to this Article exceed a determined ceiling of the number of Shares in issue of a specific Class, the Board of Directors may decide that part or all of such requests for redemption or conversion will be deferred for a period and in a manner that the Board of Directors considers to be in the best interests of the Company, such a period not exceeding three Redemption Days. On the applicable Redemption Day following that period, these redemption and conversion requests will be met in priority to later requests. Any redemption request may accordingly be deferred in special circumstances,

if the Board of Directors considers that the implementation of the redemption procedure on such Redemption Day would adversely affect or prejudice the interests of the Company.

Under special circumstances affecting the interests of the Company, the Board of Directors may in turn delay a proportionate part of the payment to Shareholders requesting redemption of Shares. The right to obtain redemption is contingent upon the corresponding Sub-Fund having sufficient property to honour redemptions requests. The Company may also defer payment of the redemption of a Class if raising funds to pay such redemption would, in the opinion of the Board of Directors, be unduly burdensome to the corresponding Sub-Fund. The payment may be deferred until the special circumstances have ceased; the redemption price will be based on the then prevailing Net Asset Value, taking the Shareholder's Equalisation Adjustment into account, if applicable.

The Board of Directors may proceed to compulsory redemption of all outstanding Shares of a specific Class or Sub-Fund, if so authorised by a simple majority of the Shares present or represented and voting at a General Meeting of such Class or Sub-Fund, in any event that the Board of Directors thinks it necessary for the best interest of the Shareholders and the Company. The Board of Directors may also proceed to such compulsory redemption, without authorisation, if the net assets of a specific Class or Sub-Fund fall below a minimum determined by the Board of Directors, upon notice to the Shareholders of such Class or Sub-Fund, as provided in the selling documents.

The Board of Directors may subject redemptions to any restrictions it considers fit and suitable; in particular, the Board of Directors may decide that Shares are not redeemable during a determined period, as specified in the selling documents.

**Art. 9. Conversion of Shares.** Shareholders are not authorised to convert Shares of one Class into Shares of another Class, unless the Board of Directors resolves to grant such right to Shareholders of such Class(es), under the terms and conditions provided for in the selling documents.

When Shareholders have conversion right, the following provisions apply taking into account the terms and conditions provided for in the selling documents. The conversion price shall be derived from the respective Net Asset Value of both Share Classes concerned, determined on the same or subsequent Valuation Day, taking the Shareholder's Equalisation Adjustment(s) on both sides into account, if applicable, as defined in Article 11 hereafter. If a conversion of Shares would reduce the value of the holdings of a single Shareholder of Shares of one Class below the minimum holding applicable to such Class as the Board of Directors shall determine from time to time, then such Shareholder could be requested to convert all his Shares of the Class concerned. Shares of the former Class shall be cancelled. The provisions applicable to redemptions pursuant to Article 8 apply *mutatis mutandis* to conversions.

**Art. 10. Restrictions on acquisition, holding and ownership of Shares.** The Board of Directors may restrict or prevent the acquisition, holding or ownership of Shares in the Company by any person, firm, corporate body or other entity, alone or in conjunction with anyone else, (a) if in the judgement of the Board of Directors such acquisition, holding or ownership may be detrimental to the Company or the majority of its Shareholders or any Sub-Fund or Class, or (b) if it may result in a breach of any law, rule, regulation or other requirement, whether Luxembourgish or foreign, or (c) if as a result thereof it may have adverse regulatory, tax or legal consequences, in particular if as a result thereof the Company would become subject to laws other than those of the Grand Duchy of Luxembourg (including but without limitation tax laws). Such person, firm, corporate body or other entity who is prevented or restricted to acquire, hold or own Shares due to restrictions imposed by the Board of Directors is hereinafter being referred to as a «Prohibited Person».

For such purposes the Board of Directors may:

(i) decline to issue any Shares and decline to register any transfer of a Share, where it appears to it that such issuance or registry of transfer would or might result in the acquisition, holding or ownership of such Shares by a Prohibited Person; and

(ii) at any time, whenever it thinks necessary, require a Shareholder, or anyone seeking to register the transfer of Shares in the register of Shareholders, to furnish it with any information, supported by an affidavit, which it may consider necessary for the purpose of determining whether or not holding or ownership of such Shareholder's Shares rests or will rest in a Prohibited Person; and

(iii) decline to accept the vote of any Prohibited Person, holding or owning Shares, at any meeting of Shareholders; and

(iv) where it appears to the Board of Directors that any Prohibited Person either alone or in conjunction with any other person is a holder or an owner of Shares, direct such Prohibited Person, and if required such other person acting in conjunction with such Prohibited Person in this respect, to validly transfer the holding or ownership of the relevant Shares, whatever is the case, to a person not being a Prohibited Person and to provide to the Board of Directors evidence of such transfer within a period determined by the Board. If the Board has decided to not give such a direction, or such Prohibited Person and/or such other person acting in conjunction with such Prohibited Person in this respect fail(s) to comply with the direction, the Board may compulsorily redeem or cause to be redeemed all Shares held or owned by such Prohibited Person either alone or in conjunction with any other person in the following manner:

(1) The Board shall serve a notice (the «Compulsory Redemption Notice») upon the Prohibited Person and if required any other person acting in conjunction with such Prohibited Person in this respect holding such Shares or appearing in the register of Shareholders as the owner(s) of the Shares to be redeemed, specifying the Shares to be redeemed as aforesaid, the date of redemption, the manner in which the price to be paid for such Shares will be calculated, and the place at which the redemption proceeds in respect of such Shares are payable. Any such notice may be served upon such Prohibited Person and if required any other person acting in conjunction with such Prohibited Person in this respect by posting the same in a prepaid registered envelope addressed to such Prohibited Person and if required any other person acting in conjunction with such Prohibited Person in this respect at his/their last address known to or appearing in the books of the Company. The said Prohibited Person and if required any other person acting in conjunc-

tion with such Prohibited Person in this respect shall thereupon forthwith be obliged to deliver promptly to the Company the Share certificate(s) representing the Shares specified in the Compulsory Redemption Notice. Immediately as of the close of business on the date specified in the Compulsory Redemption Notice, such Prohibited Person and if required any other person acting in conjunction with such Prohibited Person in this respect shall cease to be the holder(s) or owner(s) of the Shares specified in such notice, and in case of registered Shares his/their name(s) shall be removed from the register of Shareholders, and in case of bearer Shares the certificate(s) representing such Shares shall be cancelled.

(2) The price at which the Shares specified in a Compulsory Redemption Notice will be redeemed (the «Compulsory Redemption Price») shall be the redemption price as defined in Article 8 hereof, less any service charge provided for in the selling documents and less any extraordinary expenses incurred by the Company in relation to the compulsory redemption.

(3) Payment of the Compulsory Redemption Price will be made available to the former owner of such Shares normally in the currency of quotation (the «Dealing Currency») of the Class concerned and will be deposited for payment to such former owner by the Company with a bank in Luxembourg or elsewhere as specified in the Compulsory Redemption Notice, upon final determination of the Compulsory Redemption Price, following, if applicable, surrender of the Share certificate(s) specified in such notice and unmatured dividend coupons attached thereto. Upon service of the Compulsory Redemption Notice as aforesaid such former owner shall have no further interest in such Shares or any of them, nor any claim against the Company or its assets in respect thereof, except the right to receive the Compulsory Redemption Price (without interest) from such bank following, if applicable, effective surrender of the Share certificate(s) as aforesaid. Any funds receivable by a former Shareholder under this paragraph, but not collected within a period of five (5) years from the date specified in the Compulsory Redemption Notice, may not thereafter be claimed and shall revert to the Sub-Fund that comprises the relevant Class or Classes. The Board of Directors shall have the power from time to time to take all steps necessary to perfect such reversion and to authorise such action on behalf of the Company.

(4) The exercise by the Company of the power conferred by this Article shall not be questioned or invalidated in any case, on the ground that there was insufficient evidence of ownership of Shares by any person or that the true ownership of any Shares was otherwise than appeared to the Company at the date of any Compulsory Redemption Notice, provided that in such case the said powers were exercised by the Company in good faith.

U.S. Persons (as hereinafter defined) constitute a specific category of Prohibited Persons. The Sub-Funds are not open to investment by U.S. Persons. Where it appears to the Board that any Shareholder is a U.S. Person, who either alone or in conjunction with any other person is a holder or an owner of Shares, the Board may compulsorily redeem or cause to be redeemed all Shares held or owned by such Prohibited Person, and if applicable by such other person acting in conjunction with such Prohibited Person in this respect, without delay.

For the purpose of these Articles, the term «U.S.» or «United States» means the United States of America, its states, districts, territories or possessions or an enclave of the United States government, its agencies or instrumentalities. The term «U.S. Person» means a citizen or resident of the U.S., a corporation, partnership or other entity created or organized in or under U.S. laws, or any person falling within the definition of the term U.S. Person under Regulation S promulgated under the U.S. Securities Act of 1933, as amended, or under Rule 4.7 under the U.S. Commodity Exchange Act, as amended.

#### **Art. 11. Net Asset Value calculation.**

##### **1. Valuation**

For the purpose of determining the issue, conversion, and redemption price thereof, the Net Asset Value of Shares in each Sub-Fund shall be determined by the Company or its delegate from time to time, but in no instance less than once a month, as the Board of Directors may decide.

The Net Asset Value of each Sub-Fund will be expressed in the Reference Currency of the Sub-Fund concerned, and will be determined on each Valuation Day by deducting total liabilities attributable to a Sub-Fund from total assets attributable to such Sub-Fund.

When the Sub-Fund is comprised of one Class, the Net Asset Value per Share of the Class will be expressed in the Reference Currency of the Sub-Fund and will be determined on each Valuation Day by dividing the net assets attributable to the Sub-Fund by the number of Shares of the Class then outstanding and by rounding the resulting sum per Share to the nearest lowest (current) sub-division of the currency concerned.

When the Sub-Fund is comprised of different Classes, the Net Asset Value of each Class will be valued in the Reference Currency of the Sub-Fund and determined according to the provisions mentioned hereon, taking into account the specific assets and liabilities attributable to each Class. If the Dealing Currency of a Class is different from the Reference Currency of the corresponding Sub-Fund, the net assets of the Sub-Fund attributable to that Class valued in the Reference Currency of the Sub-Fund will be converted into and expressed in the Dealing Currency of the Class concerned.

The Net Asset Value per Share of a Class in a Sub-Fund with multiple Classes will be expressed in the Dealing Currency of the Class concerned and will be determined on each Valuation Day by dividing the total Net Asset Value of that Class on that Valuation Day by the total number of Shares of that Class then outstanding and by rounding the resulting sum per Share to the nearest lowest (current) sub-division of the currency concerned.

On each occasion when a distribution is declared payable, the Net Asset Value of the Shares which are entitled to such distribution shall be reduced in line with the amount of the distribution.

If since the close of business of the relevant Valuation Day there has been a material change in the quotations on the markets on which a substantial portion of the investments of the Sub-Fund is dealt or quoted, the Company may in order to safeguard the interest of Shareholders and the Sub-Fund, cancel the first valuation and carry out a second valuation.

All subscription, conversion and redemption applications without any exception will be processed at the price of this second valuation.

The determination of the net assets of each Sub-Fund will normally occur at the latest within a specific number of Business Days following the relevant Valuation Day, as provided in the selling document.

The assets attributable to a Sub-Fund shall be deemed to include: (1) all cash in hand or on deposit, including accrued interest; (2) all accounts receivable on demand and any amounts due to the Sub-Fund (including the proceeds of Futures positions which have been closed out, but not yet collected); (3) the net equity in all Futures positions and any other investments; (4) all accrued interest on any interest bearing accounts held by the Company on behalf of the Sub-Fund except to the extent that such interest is comprised in the principal thereof; (5) the prepaid expenses as far as these have not been written off or reimbursed; and (6) all other assets of any kind and nature attributable to the Sub-Fund.

The valuation of the assets will be made as follows:

a. the value of any cash on hand or on deposit and accounts receivable, prepaid expenses and interest declared or accrued and not yet received shall be deemed to be the full amount thereof, unless the same is unlikely to be paid or received in full, in which case the value thereof shall be arrived at after making such discount as the Company may consider appropriate in such case to reflect the true value of the asset;

b. the liquidating value of Futures contracts not traded on Futures exchanges shall mean their liquidating value determined, pursuant to policies established by the Board, on a basis consistently applied for each different variety of contracts. The liquidating value of Futures contracts traded on Futures exchanges shall normally be based upon the settlement prices established on the Futures exchanges on which the particular Futures contracts are traded by the Sub-Fund; provided that if a contract could not be liquidated on the Valuation Day, the basis for determining the liquidating value of such contract shall be such value as the Board may deem fair and reasonable;

c. the value of assets which are quoted or dealt in on any exchange shall normally be based, except as defined in (e) below, on the last available price on the exchange on which the trade in such assets occurred or on that which is normally the principal market for such assets;

d. investments dealt in on another organised market are valued in a manner as near as is reasonably possible to that described in the preceding paragraph; and

e. in the event that any of the assets on the Valuation Day are not quoted or dealt in on any exchange or other organised market or if, with respect to any asset quoted or dealt in on any exchange or dealt in on another organised market, the price as determined pursuant to the preceding paragraphs is not, in the opinion of the Directors, representative of the fair market value of the relevant asset, the value of such asset will be determined prudently and in good faith on the basis of the estimated settlement or sales price, in line with logical and customary points of reference in other markets.

In the valuation of the assets, the valuation principles set forth above may be affected by the fact that performance fee («Performance Fee») will be calculated on the basis of the appreciation in the value of Shares generated up to the applicable Valuation Day. However, as the actual amount of such Performance Fee may be based on the appreciation in the value of Shares over a longer period than between two subsequent Valuation Days, there is the possibility that fees actually paid may be different from those used for the calculation of the Net Asset Value at which Shares were (re)purchased.

The valuation of the assets shall be based on information (including without limitation, position reports, confirmation statements, recap ledgers, etc.) which is available at the time of such valuation with respect to all open Futures positions and accrued interest income, accrued management, performance and service fees, and accrued brokerage commissions and other trading costs.

The Directors may rely upon confirmation from the clearing brokers («Clearing Brokers») and their affiliates in determining the value of assets held for the Sub-Funds. The Sub-Funds' income and expenses (including fees but excluding organisational expenses not yet charged) will normally be determined on an accrual basis.

The liabilities attributable to a Sub-Fund shall be deemed to include: (1) all loans and accounts payable; (2) all known liabilities, present and future, including all matured contractual obligations for payments of money or property, including the amount of any unpaid dividends declared by the Company with respect to the Sub-Fund concerned; (3) an appropriate provision for future taxes based on capital and income to the Valuation Day and any other provisions or reserves authorised and approved by the Board of Directors; and (4) all other liabilities of whatsoever kind and nature comprising, without limitation, formation expenses, fees payable to its brokers or Trading Adviser, as defined in Article 19, accountants, custodians, domiciliary, registrar, transfer and paying agents and permanent representatives in places of registration, any other agent, officer or delegate employed by the Company, fees for legal and auditing services, promotional, printing, reporting and publishing expenses, including the cost of advertising or preparing and printing of the prospectus of the Company, explanatory memoranda or registration statements, the cost of translating such documents in such languages as deemed appropriate, reasonable marketing expenses in connection with the offering of Shares, the cost of obtaining and maintaining a listing on a stock exchange, all taxes or governmental charges, all other operating expenses including the cost of buying and selling assets, interest, bank charges and brokerage, insurance, postage, telephone, telefax and telex, and all extraordinary expenses not incurred in the ordinary course of business including litigation and indemnification expenses, taking reimbursements by third parties into account. The Company may calculate in respect of each Sub-Fund, administrative and other expenses of a regular or recurring nature on an estimated figure of yearly or other periods in advance and may accrue the same in suitable proportions over any such period.

The Directors, in their discretion, may permit some other method of valuation to be used if they consider that such valuation better reflects the fair value of any asset or liability.

As far as possible, all investments and disinvestments decided upon until the Valuation Day will be included in the Net Asset Value calculations.

In the absence of bad faith, gross negligence or manifest error, any decision taken by the Board or by an agent of the Board in calculating the Net Asset Value shall be final and binding on the Sub-Funds, third parties and present, past and future Shareholders. The valuation will not be audited nor adjusted without good reason.

2. Allocation of assets and liabilities and of income and expenses

The Board shall establish a separate pool of assets and liabilities, income and expenses for each Sub-Fund. Such pool shall be attributed only to the Sub-Fund concerned.

Pools of assets and liabilities, income and expenses of Sub-Funds are kept in segregated accounts, unless specifically disclosed in the selling document not kept as such, and shall be established in the following manner:

a. the proceeds from the issue of Shares of each Sub-Fund shall be applied in the books of the Company to the pool of assets established for that Sub-Fund, and the assets and liabilities and income and expenditure attributable thereto shall be applied to such Sub-Fund subject to the provisions of this chapter;

b. where any asset is derived from another asset, such derivative asset shall be applied in the books of the Company to the same Sub-Fund as the assets from which it is derived and on each revaluation of an asset, the increase or diminution in value shall be applied to the relevant Sub-Fund;

c. where the Company incurs a liability which relates to any asset of a particular Sub-Fund, such liability shall be allocated to the relevant Sub-Fund, and the creditors' recourse with respect of such a liability or of such an action, notwithstanding anything to the contrary contained herein or in any other agreement or instrument with respect to such liability or such an action, shall be limited solely to the assets of the relevant Sub-Fund which constitute, form and are the assets of the relevant Sub-Fund and the creditor shall have no recourse for the satisfaction of such a liability or of such an action against any attorney-in-fact acting on behalf of the Company, any other Sub-Fund, or any Shareholder, director, officer, employee, agent, representative, or affiliate of the Company, or any attorney-in-fact acting on behalf of the Company. Pursuant to article 133 of the Law of 2002, the Company constitutes a single legal entity. However, notwithstanding article 2093 of the Luxembourg Civil Code, the assets of one Sub-Fund are only responsible for all debts, engagements and obligations attributable to this Sub-Fund;

d. in the case where any asset or liability of the Company cannot be considered as being attributable to a particular Sub-Fund, such asset or liability shall be allocated between the Sub-Funds on an equitable basis pro rata to their number or to their respective net assets; and

e. in addition, upon the record date of assets and/or liabilities attributed to a specific Class according to its specific management complement, the Net Asset Value of such Class shall be adapted accordingly by taking into account such attributed assets and/or liabilities.

Assets allocated to an account at the Clearing Brokers, Custodian (as defined in Article 28) or other financial intermediary may comprise assets of different Sub-Funds, only if and to the extent specifically provided in the selling document. In such event each Sub-Fund will have a pro rata entitlement to the assets comprised in such account. The pro rata entitlements will be calculated at each Valuation Day and will vary with allocations and withdrawals made on behalf of each Sub-Fund, and with changes in the exchange rates of the Reference Currency of each Sub-Fund involved relative to the Reference Currencies of other Sub-Funds involved.

All income and realised gains or losses and changes in valuation of open positions attributable to each Sub-Fund shall accrue to such Sub-Fund and all expenses and liabilities related to a particular Sub-Fund and any redemption of the Shares related thereto shall be charged to and paid from the assets attributable to the relevant Sub-Fund. Thus, the Shareholders of any Sub-Fund will not have any interest in any assets of the Company other than the assets attributable to the Sub-Fund in which they are invested.

Pursuant to article 133 of the Law of 2002, the Company constitutes a single legal entity. However, notwithstanding article 2093 of the Luxembourg Civil Code, the assets of one Sub-Fund are only responsible for all debts, engagements and obligations attributable to this Sub-Fund. In this regard, if the Company incurs a liability which relates to a particular Sub-Fund, the creditor's recourse with respect to such liability shall be limited solely to the assets of the relevant Sub-Fund. So, each Sub-Fund is treated as a single entity. Therefore, the Net Asset Value of its Shares fluctuates according to the net assets to which they relate.

For the purposes of this Article:

a. Shares in respect of which subscription has been accepted but payment has not yet been received, shall be deemed to be existing as of the close of business on the Valuation Day on which they have been allotted and the price therefore, until received by the Sub-Fund, shall be deemed a debt due to the respective Sub-Fund;

b. Shares of the Sub-Fund to be redeemed under Article 8 hereof shall be treated as existing and taken into account until immediately as of the close of business on the Valuation Day referred to in this Article, and from such time and until paid the price therefore shall be deemed to be a liability of the respective Sub-Fund;

c. all investments, cash balances and other assets of the Sub-Fund not expressed in the currency in which the Net Asset Value of any Class of such Sub-Fund is denominated, shall be converted in that currency after taking into account the market rate or rates of exchange prevailing at the relevant Valuation Day; and

d. effect shall be given on any Valuation Day to any purchases or sales of securities contracted for by the Sub-Fund on such Valuation Day, to the extent practicable.

**Art. 12. Suspension of the Net Asset Value determination.** The Board of Directors may suspend the determination of the Net Asset Value of the Shares of each Sub-Fund and the issue, redemption and conversion of the Shares of such Sub-Fund if caused by any of the following:

a. any period when any of the principal exchanges or other markets on which a substantial portion of the assets of the Company attributable to such Sub-Fund from time to time is quoted or dealt in is closed otherwise than for ordinary holidays, or during which dealings therein are restricted or suspended;

b. the existence of any state of affairs which constitutes an emergency as a result of which disposals or valuation of assets owned by the Company attributable to such Sub-Fund cannot be made normally or without seriously prejudicing the interests of the Shareholders;

c. any breakdown in the means of communication or computation normally employed in determining the price or value of any of the assets attributable to such Sub-Fund or the current price or values on any exchange in respect of the assets attributable to such Sub-Fund;

d. any period when the Company is unable to repatriate funds for the purposes of making payments on the redemption of the Shares of such Sub-Fund or during which any transfer of funds involved in the realisation or acquisition of investments or payments due on redemption of Shares cannot in the opinion of the Board of Directors be effected at normal rates of exchange; or

e. upon the publication of a notice convening a General Meeting for the purpose of resolving a winding up of the Company.

Any such suspension shall be notified to investors requesting issue, redemption or conversion of Shares by the Company at the time of application and shall be published by the Company. In the event of a suspension the Board of Directors may determine another Valuation Day which will be announced in the same publication.

### Heading III. Management and audit

**Art. 13. The Board of Directors.** The Company shall be managed by a Board of Directors composed of not less than three members; members of the Board of Directors need not be Shareholders.

The Directors shall be elected by the Shareholders at the annual General Meeting for a period not exceeding six (6) years and until their successors are elected and qualify, provided, however, that a director may be removed with or without cause and/or replaced at any time by means of a resolution adopted by the Shareholders at the General Meeting.

The directors, whose names are specified on the meeting agenda for the General Meeting for the purposes of being proposed as directors, are elected by the General Meeting at the majority of the Shares present or represented and voting. The directors, whose names are not proposed in the agenda, are elected by the General Meeting at the majority votes of the outstanding Shares.

In the event of a vacancy in the office of director, the remaining directors may elect, by a three-fourth (3/4) majority of the directors present or represented and voting at such Board meeting, a director to fill for the time being such vacancy until the next General Meeting.

**Art. 14. Board meetings.** The Board of Directors may choose from among its members a chairman, and may choose from among its members one or more vice-chairmen. It may also choose a secretary, who does not need to be a director, who shall be responsible for keeping the minutes of the meetings of the Board of Directors and of the Shareholders. The Board of Directors shall meet upon call by the chairman, or by two directors, at the place indicated in the notice of meeting.

The chairman shall preside at all meetings of Shareholders and the Board of Directors, but in his absence the General Meeting or the Board of Directors may appoint another director (and, in respect of General Meetings, any other person) as chairman pro tempore by vote of the majority present or represented and voting at any such meeting. The Board of Directors from time to time may appoint officers of the Company, including a general manager, and any assistant general managers, assistant secretaries, advisory committees or other officers considered necessary for the operation and management of the Company. Any such appointment may be revoked at any time by the Board of Directors. Officers need not be directors of the Company or Shareholders. The officers appointed, unless otherwise stipulated in these Articles, shall have the powers and duties given to them by the Board of Directors.

Written notice of any meeting of the Board of Directors shall be given to all directors at least two (2) days in advance of the hour set for such meeting, except in circumstances of emergency, in which case the nature of such circumstances shall be set forth in the notice of meeting. This notice may be waived by the consent in writing or by cable or telegram, telex or fax of each director. Separate notice shall not be required for individual meetings held at times and places prescribed in a schedule previously adopted by resolution of the Board of Directors.

Any director may act at any meeting of the Board of Directors by appointing in writing or by cable or telegram, telex or fax another director as his proxy. A director may represent several of his colleagues.

The Directors may only act at duly convened meetings of the Board of Directors. Directors may not bind the Company by their individual acts, except as specifically permitted by resolution of the Board of Directors.

The Board of Directors can deliberate or act validly only if at least a majority of the directors is present or represented and voting at a meeting of the Board of Directors. Decisions shall be taken by a three-fourth (3/4) majority of the directors present or represented and voting at such meeting. In the event that in any meeting the number of votes for and against a resolution are equal, the chairman will have a casting vote.

Written resolutions may also be passed in writing by the Board of Directors, provided all directors, by affixing their signature to the wording of the written resolution on one or several similar documents, have hereby consented to the passing of a written resolution.

The Board of Directors may delegate its powers to conduct the daily management and affairs of the Company and its powers to carry out acts in furtherance of the corporate policy and purpose, to officers of the Company or to other contracting parties, as set forth in Article 17 hereafter.

**Art. 15. Board of Directors' powers.** The Board of Directors has the widest powers to carry out all acts of management or of disposition that shall interest the Company, subject to the investment policy provided for in Article 18 hereafter.

All powers not expressly reserved for the General Meeting by law or by these Articles are intra vires the Board of Directors.

**Art. 16. Joint signature.** The Company will be bound by the joint signature of any three directors or by the joint or individual signature of any person(s) to whom signatory authority has been delegated by the Board of Directors.

**Art. 17. Delegation of powers.** In compliance with article 60 of the Law of 1915 the Board of Directors may delegate its powers of the daily management of the Company, as well as the representation of the Company with respect to management, either to one or more directors, or to one or more individual(s) or legal entity(ies), which may not necessarily be directors and which may, upon approval of the Board, sub-delegate their duties. The Board of Directors may give also special powers of attorney, under private or authentic form.

The Board of Directors may delegate the day-to-day management of the affairs of the Sub-Funds and specific tasks to committees consisting of persons involved in the management of the Sub-Fund other than directors. Any committee so formed shall, according to the powers so delegated, manage the Sub-Fund concerned, implement the investment policy of the Sub-Fund concerned, be responsible for monitoring the compliance of the investments with these Articles and the offering documents and, be responsible for monitoring the marketing policy of the Sub-Fund concerned. Any committee so formed shall in the exercise of the powers so delegated conform to any regulation which may from time to time be imposed by the Board of Directors.

**Art. 18. Investment policy.** The Board of Directors shall have power to determine, based upon the principle of spreading of risks, the investment policy and the course of conduct of the management and business affairs of the Sub-Funds and their relating Classes, as well as any restrictions which shall from time to time be applicable to the investments of the Sub-Funds, in compliance with applicable laws.

**Art. 19. Trading Adviser.** The Board of Directors has appointed by means of an advisory agreement TransTrend B.V., a Dutch limited liability company registered as a commodity trading advisor («CTA») with the Commodity Futures Trading Commission («CFTC»), as the core investment adviser (the «Trading Adviser») to the Company, who shall supply the Company with recommendation and advice with respect to the Company's investment policy pursuant to Article 18 hereof. In the event of termination of said agreement in any manner whatsoever, the Company shall change its name and the name(s) of its Sub-Fund(s) forthwith upon the request of the Trading Adviser to a name not resembling the one specified in Article 1 hereof.

**Art. 20. Directors' opposing interest.** No contract or other transaction between the Company and any other corporation or firm shall be affected or invalidated by the fact that any one or more of the directors or officers of the Company is interested in, or is a director, associate, officer or employee of such other corporation or firm. Any director or officer of the Company who serves as a director, officer or employee of any corporation or firm with which the Company shall contract or otherwise engage in business shall not, by reason of such affiliation with such other corporation or firm, be prevented from considering and voting or acting upon any matters with respect to such contract or other business.

In the event that any director or officer of the Company may have any opposing interest in any transaction of the Company, such director or officer shall make known to the Board of Directors such opposing interest and shall not consider or vote on any such transaction, and such transaction, and such director's or officer's interest therein, shall be reported to the next succeeding General Meeting.

The term «opposing interest», as used in the preceding sentence, shall not include any relationship with or interest in any matter, position or transaction involving the Trading Adviser, the central administration agent, the Custodian, the Clearing Brokers of the Company, any subsidiary or affiliate thereof or such other company or entity as may from time to time be determined by the Board of Directors at its discretion.

**Art. 21. Indemnification.** The Company shall indemnify any director or officer and his heirs, executors and administrators against expenses reasonably incurred by him in connection with any action, suit or proceeding to which he may be made a party by reason of his being or having been a director or officer of the Company or, at its request, of any other corporation of which the Company is a shareholder or creditor and from which he is not entitled to be indemnified, except in relation to matters as to which he shall be finally adjudged in such action, suit or proceeding to be liable for gross negligence or willful misconduct; in the event of a settlement, indemnification shall be provided only in connection with such matters covered by the settlement as to which the Company is advised by counsel that the person to be indemnified did not commit such a breach of duty. The foregoing right of indemnification shall not exclude other rights to which he may be entitled.

**Art. 22. Audit of the Company.** The Company shall appoint an authorised auditor who shall carry out the duties prescribed by the Law of 2002.

#### **Heading IV. General Meeting - accounting year - dividends and reserves**

**Art. 23. Representation.** The General Meeting of the Company shall represent the entire body of Shareholders. Its resolutions shall be binding upon all the Shareholders regardless of the Class held by them. It shall have the broadest powers to order, carry out or ratify acts relating to the operations of the Company.

However, if the decisions are only concerning the particular rights or duties of the Shareholders of one Class or if the possibility exists of a conflict of interest between different Classes, such decisions are to be taken by a General Meeting representing the Shareholders of such Class(es).

**Art. 24. General Meetings.** The Board of Directors has the authority to call any General Meeting. The Board of Directors must call the General Meeting upon written request, specifying the agenda, emanating from Shareholders representing one-fifth (1/5) of the capital.

The annual General Meeting is held, in accordance with Luxembourg law, at the registered office of the Company, or at such other place in Luxembourg as may be specified in the notice of meeting, on the second Thursday of May at 10.00

a.m. If such day is not a business day in Luxembourg, the annual General Meeting shall be held on the next following Luxembourg business day.

Other meetings of Shareholders may be held at such place and time as may be specified in the respective notices of meeting.

Notices of all General Meetings shall be sent by mail or by fax at least eight (8) days prior to the meeting to each Shareholder at the Shareholder's address in the register of Shareholders. If any bearer Shares are outstanding, notices will be published in the *Mémorial Recueil des Sociétés et Associations* and in the *Luxemburger Wort* and in any other newspapers as required by the laws, rules, regulations, orders and directives applicable to the Company's business, or as determined by the Board of Directors. Such notices include the agenda and specify the time and place of the meeting, the conditions for admission and refer to the requirements of applicable Luxembourg law with regard to the necessary quorum and majorities required for the meeting.

The Board of Directors may determine all conditions that must be fulfilled by Shareholders for them to take part in any meeting of Shareholders.

If all Shareholders in a General Meeting are present or represented and consider themselves duly convened and informed of the agenda set forth for that meeting, such a meeting may take place without notice.

The General Meeting may duly resolve only on the points set forth in the agenda and on business incidental to such points. When the agenda provides for a director's election, the director's name, proposed to be elected, shall be specified in the agenda. Resolutions passed in the General Meeting are binding for all Shareholders, irrespective of the Class to which their Shares belong. Matters of interest to one Class will require the vote of the holders of the Shares of the Class concerned, subject to the provisions of Article 31 hereof.

Each amendment to the Articles entailing a variation of rights of a Class must be approved by a decision of the General Meeting of the Company and by a decision of the Shareholders of the Class concerned.

**Art. 25. Quorum and majority conditions.** The quorum required by law shall govern the conduct of the General Meetings of the Company, unless otherwise provided herein.

Each Share of whatever Sub-Fund and regardless of the Net Asset Value per Share within its Class, is entitled to one vote, subject to the restrictions contained in these Articles. A Shareholder may act at any meeting of Shareholders by giving a written proxy to another person, who does not need to be a Shareholder.

Except as otherwise required by law or as otherwise provided herein, resolutions at a meeting of Shareholders duly convened will be passed by simple majority of Shares present or represented and voting.

**Art. 26. Accounting year.** The accounting year of the Company shall begin on the 1st of January of each year and shall end on the 31st of December of the same year.

**Art. 27. Dividends.** With respect to each Class, the General Meeting of each Class shall, upon the proposal of the Board of Directors in respect of such Class, determine how the annual results of such Class shall be disposed of.

Any resolution as to the distribution to Shares of a Class shall be subject only to the vote of the Shareholders of the Class concerned; in this case, each Class is entitled to distribute the maximum dividend authorised by Luxembourg law.

With respect to each Class, the Board of Directors may decide to pay interim distributions in accordance with the law. The payment of the distributions shall be made to the address stated in the register of Shareholders in case of registered Shares and to a bank account in the Shareholder's own name or, only if specifically provided for with regard to the Class and only if not in breach with any law, rule, regulation, order or directive applicable to the Company's business, to designated third parties and, upon presentation of the distribution coupon to the agent or agents therefore designated by the Company in case of bearer Shares. The Board of Directors may pay the distributions in such currency and at such time and place that it shall determine from time to time. Any distribution that has not been claimed within five (5) years of its declaration shall be forfeited and revert to the relating Class. No interest shall be paid on a distribution declared by the Company and kept by it at the disposal of its beneficiary.

#### Heading V. Final provisions

**Art. 28. Custodian.** To the extent provided for by the Law of 2002, the Company shall enter into a custodian agreement with a bank (the «Custodian») which shall satisfy the requirements of the Law of 2002. All securities, cash, instruments and other assets of the Company are to be held by or to the order of the Custodian, who shall assume towards the Company and its Shareholders the responsibilities provided by law.

In the event of the Custodian desiring to terminate the custodian agreement, the Board of Directors shall use its best endeavours to find a successor custodian within two months. The Board of Directors may terminate the appointment of the Custodian, but shall not remove the Custodian unless and until a successor custodian has been appointed to act in the place thereof.

**Art. 29. Dissolution - liquidation.** The Company may be dissolved by a resolution of Shareholders adopted at any time in the manner required for an amendment in the present Articles.

If the net assets of the Company fall below two-third (2/3) of the minimum capital, the Board of Directors is required by law to submit the question of dissolution of the Company to the General Meeting for which no quorum shall be prescribed and which shall decide by a simple majority of Shares present or represented and voting at the meeting.

If the net assets of the Company fall below one-fourth (1/4) of the minimum capital, the Board of Directors must submit the question of the dissolution of the Company to the General Meeting for which no quorum shall be prescribed; dissolution may be resolved by Shareholders holding one-fourth (1/4) of the Shares at the meeting.

The meeting must be convened so that it is held within a period of forty (40) days as from the ascertainment that the net assets have fallen below two-third (2/3) or one-fourth (1/4) of the minimum capital, as the case may be.



A Sub-Fund may be liquidated by a resolution of its Shareholders adopted at any time in the manner required for an amendment in the Articles.

The liquidation procedure provided for in Article 30 shall apply.

In any event, should the Board of Directors think it necessary for the best interest of the Shareholders and the Company, the Board may proceed to the compulsory redemption of all Shares outstanding of a specific Sub-Fund, if so authorised by a simple majority of the Shares present or represented and voting at a Shareholders' meeting of such Sub-Fund.

The Board of Directors may also proceed to a compulsory redemption of all Shares outstanding of a specific Sub-Fund, without authorisation, in case the net assets of such Sub-Fund fall below the amount determined for the relevant Sub-Fund in the selling documents, upon thirty (30) days notice to Shareholders concerned, or in other cases provided for in the selling documents. The redemption price shall be based on the Net Asset Value calculated on the then provided Redemption Day, after having liquidated the portfolio into cash and taken into account all liabilities, including each Shareholder's Equalisation Adjustment, if applicable.

The Board of Directors may also proceed, without authorisation, to the liquidation of a Sub-Fund, if the existence of such Sub-Fund or the holding or owning of its Shares by certain investors would, in the opinion of the Board of Directors, place the Company in breach of an applicable law, a regulation or requirement of any jurisdiction, otherwise adversely affect or prejudice the tax status, residence or good standing of the Company or otherwise cause the Company to suffer material, financial or legal disadvantage.

At the discretion of the Board, the General Meeting of two or more Sub-Funds may at any time and upon notice of the Board of Directors, decide, without quorum and at the majority of the Shares present or represented and voting for each Sub-Fund concerned, the absorption of one or more Sub-Fund(s) (the «Absorbed Sub-Fund(s)») into the remaining one (the «Absorbing Sub-Fund»). All the Shareholders concerned will be notified by the Board of Directors. In any case shall the Shareholders of the Absorbed Sub-Fund(s) be offered the opportunity to redeem their Shares free of charge during a one-month period starting as from the date on which they will have been informed of the decision of merger, it being understood that, at the expiration of the same period, the decision to merge will bind all the Shareholders who have not made use of this prerogative. Further to the closing of any merger procedure, the auditor of the Company will report upon the way the entire procedure has been conducted and shall certify the exchange parity of the Shares.

All Shareholders concerned by the decision to liquidate a Sub-Fund or merge different Sub-Funds will be personally notified, if the Shares issued are in registered form, and/or informed by publication, as for annual General Meetings, if the Shares are in bearer form. The Company may not merge one of its Sub-Funds with a third party, Luxembourgish or not.

**Art. 30. Liquidation procedure.** In the event of the dissolution of the Company, liquidation shall be carried out by one or several liquidators (who may be physical persons or legal entities) named by the General Meeting deciding such dissolution and determining the liquidator's powers and remuneration.

The net proceeds of liquidation corresponding to each Class shall be distributed by the liquidator to the Shareholders of each Class in proportion of their holding of Shares in such Class.

**Art. 31. Articles amendment.** These Articles may be amended from time to time by the General Meeting, subject to the quorum and voting requirements provided by the laws of Luxembourg. Any amendment affecting the rights of the Shareholders of any Class shall be subject, further, to the said quorum and majority requirements in respect of each such relevant Class.

**Art. 32. Applicable law.** All matters not governed by these Articles shall be determined in accordance with the Law of 2002 and the Law of 1915.

The undersigned notary who understands and speaks English, states herewith that on request of the above appearing persons, the present deed is worded in English followed by a French translation; at the request of the same appearing persons and in case of divergence between the English and the French text, the English version will prevail.

Whereof the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the appearing persons, all of whom are known to the notary by their surname, Christian name, civil status and residence, the said persons appearing signed together with Us, the notary, the present original deed.

#### Suit la traduction en français du texte qui précède:

L'an deux mille cinq, le dix-neuf janvier.

Par-devant Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Luxembourg, en remplacement de Maître Henri Hellinckx, notaire de résidence à Mersch, qui restera le dépositaire de la présente minute,

S'est réunie:

L'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de RoTrend ALLIANCE avec siège social à Luxembourg, 39, allée Scheffer, L-2520 Luxembourg dûment inscrite au Registre de Commerce et des Sociétés sous le numéro B 97.101 et constituée suivant acte reçu par Maître Henri Hellinckx, le 4 novembre 2003, publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations C daté du 18 décembre 2003.

L'Assemblée est ouverte à 10.00 heures et Monsieur Joep Van Den Broek, Managing Director TransTrend B.V., avec adresse professionnelle à NL-3063 AC Rotterdam, Admiraliteitskade 73 est élu président de l'Assemblée.

Monsieur Manfred Stenebome, Legal and General Counsel TransTrend B.V., avec adresse professionnelle à NL-3063 AC Rotterdam, Admiraliteitskade 73, est nommé scrutateur.

Le Président et le scrutateur s'entendent pour que Mademoiselle Christelle Vaudemont, employée privée, avec adresse professionnelle à Luxembourg, soit nommée comme secrétaire.

Le président expose et prie alors le notaire instrumentant d'acter comme suit:

I.- Que toutes les actions étant nominatives, la présente assemblée a été dûment convoquée par voie de notice comprenant l'ordre du jour envoyée par courrier recommandé à tous les actionnaires en date du 5 janvier 2005.

II.- Que les actionnaires présents ou représentés et le nombre d'actions détenues par chacun d'entre eux est indiqué sur une liste de présence signée par le président, le secrétaire, le scrutateur et le notaire instrumentant. Ladite liste ainsi que les procurations seront annexées au présent acte pour être soumises aux formalités de l'enregistrement.

III.- Qu'il apparaît de cette liste de présence que sur les 10.637,0823 actions en circulation, 8.175 actions sont présentes ou représentées à la présente assemblée générale extraordinaire, de sorte que l'assemblée peut décider valablement sur tous les points portés à l'ordre du jour.

IV.- Que l'ordre du jour de la présente assemblée est le suivant:

*Ordre du jour:*

\* Changement de la dénomination de la Société de RoTrend ALLIANCE en TransTrend FUND ALLIANCE

\* Changement de l'objet de la Société comme suit: «L'objet de la Société est d'investir les fonds dont elle dispose en futures, options et contrats à terme ainsi qu'en devises au comptant (collectivement «Futures»), ce qui permettra plus tard aux Futures de pouvoir également inclure les swaps et autres produits dérivés, instruments couverts, tout ce qui précède dans le but d'atteindre une augmentation du capital à long terme en répartissant les risques d'investissement et de plus faire bénéficier ses actionnaires des résultats de gestion de ses portefeuilles. La Société peut également investir en valeurs mobilières et dans des produits financiers de toute sorte, dans tout autre instrument représentatif de droits attachés à la propriété, à des créances ou des valeurs mobilières, ainsi que dans des liquidités».

\* Changement de la définition de Ressortissant des Etats-Unis comme suit: «Tout citoyen ou résident des Etats-Unis, toute société, association ou autre entité créée ou établie dans ou sous les lois des Etats-Unis, ou toute personne relevant de la définition du terme Ressortissant des Etats-Unis selon la Réglementation S promulguée sous le U.S. Securities Act de 1933, tel que modifié, ou sous la Rule 4.7 du U.S. Commodity Exchange Act telle que modifiée.»

\* Amendement et reformulation des statuts sous la forme transmise et approuvée par la Commission de Surveillance du Secteur Financier, tels qu'ils peuvent être obtenus sans frais au siège social de la Société.

\* Divers.

Ces faits ayant été approuvés par l'assemblée, cette dernière a pris à l'unanimité des voix les résolutions suivantes:

*Première résolution*

L'Assemblée décide de changer la dénomination de la Société de RoTrend ALLIANCE en TransTrend FUND ALLIANCE.

*Deuxième résolution*

L'Assemblée décide de changer l'objet de la Société comme suit: «L'objet de la Société est d'investir les fonds dont elle dispose en futures, options et contrats à terme ainsi qu'en devises au comptant (collectivement «Futures»), ce qui permettra plus tard aux Futures de pouvoir également inclure les swaps et autres produits dérivés, instruments couverts, tout ce qui précède dans le but d'atteindre une augmentation du capital à long terme en répartissant les risques d'investissement et de plus faire bénéficier ses actionnaires des résultats de gestion de ses portefeuilles. La Société peut également investir en valeurs mobilières et dans des produits financiers de toute sorte, dans tout autre instrument représentatif de droits attachés à la propriété, à des créances ou des valeurs mobilières, ainsi que dans des liquidités».

*Troisième résolution*

L'Assemblée décide de changer la définition de Ressortissant des Etats-Unis comme suit: «Tout citoyen ou résident des Etats-Unis, toute société, association ou autre entité créée ou établie dans ou sous les lois des Etats-Unis, ou toute personne relevant de la définition du terme Ressortissant des Etats-Unis selon la Réglementation S promulguée sous le U.S. Securities Act de 1933, tel que modifié, ou sous la Rule 4.7 du U.S. Commodity Exchange Act telle que modifiée.»

*Quatrième résolution*

L'Assemblée décide d'amender et de reformuler les statuts comme suit:

**Titre I<sup>er</sup>. Dénomination - Siège social - Durée - Objet**

**Art. 1<sup>er</sup>. Dénomination.** Il existe entre les actionnaires («les Actionnaires»), une société anonyme sous la forme d'une société d'investissement à capital variable avec la dénomination TransTrend FUND ALLIANCE (la «Société»).

**Art. 2. Siège social.** Le siège social de la Société est établi à Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg. La Société peut établir, par simple décision du conseil d'administration, des succursales ou des bureaux, tant dans le Grand-Duché de Luxembourg qu'à l'étranger (le «Conseil», les «Administrateurs» ou le «Conseil d'Administration»).

Au cas où le Conseil d'Administration estimerait que des événements extraordinaires d'ordre politique, militaire, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale du siège social de la Société ou la communication avec ce siège ou de ce siège avec l'étranger, se présentent ou paraissent imminents, il pourra transférer provisoirement le siège social à l'étranger jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales; cette mesure provisoire n'aura

toutefois aucun effet sur la nationalité de la Société, laquelle, nonobstant ce transfert provisoire, restera luxembourgeoise.

**Art. 3. Durée.** La Société est constituée pour une durée illimitée. La Société pourra être dissoute à tout moment par une résolution des Actionnaires adoptée à tout instant de la manière requise pour les modifications de ces statuts (les «Statuts»).

**Art. 4. Objet.** L'objet de la Société est d'investir les fonds dont elle dispose en futures, option et contrats à terme aussi bien qu'en spot monétaires (collectivement «Futures»), alors que dans le temps les Futures pourront aussi inclure swaps et autres produits dérivés tout ceci dans le but d'atteindre une augmentation du capital à long terme en répartissant les risques d'investissement et de plus faire bénéficier ses Actionnaires des résultats de gestion de ses portefeuilles. La Société peut également investir en valeurs mobilières et dans des produits financiers généralement quelconques, dans tout autre instrument représentatif de droits attachés à la propriété, à des créances ou des valeurs mobilières, ainsi que dans des liquidités.

La Société peut prendre toutes mesures et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles à l'accomplissement et au développement de son objet, au sens le plus large autorisé par la partie II de la loi du 20 décembre 2002 relative aux organismes de placement collectif (la «Loi de 2002»).

## Titre II. Capital social - Actions - Valeur nette d'inventaire

**Art. 5. Capital social - Compartiments, Actions et Classes d'actions.** Le capital de la Société sera représenté par des actions entièrement libérées (les «Actions»), sans mention de valeur, et sera à tout moment égal à la valeur total de l'actif net de la Société, établi conformément à l'article 11 ci-dessous.

Le capital minimum de la Société est de un million deux cent cinquante mille euro (EUR 1.250.000,-).

Les Actions seront, suivant ce que le Conseil d'Administration décidera, de différentes classes (chacune une «Classe» dans un certain nombre de compartiments de la Société (chacun un «Compartiment»). La Société établira des comptes d'affectation différents au sens de l'article 133 de la Loi de 2002 concernant les organismes de placement collectif et le produit de l'émission des Classes concernées sera placé, selon l'article 4 des présents statuts, suivant ce que le Conseil d'Administration décidera de temps à autre pour le Compartiment concerné et suivant l'actif et le passif spécifique compléments de chaque Classe, tel que décrit dans les documents de vente.

Le Conseil d'Administration peut créer à tout moment des Compartiments et des Classes supplémentaires.

Le Conseil d'Administration peut décider de lister les Actions d'une Classe ou d'un Compartiment sur toute bourse d'échange.

Le Conseil d'Administration pourra constituer chaque Compartiment ou Classe pour une durée indéterminée ou pour une durée déterminée. Pour les Compartiments ou Classes à durée déterminée, le Conseil d'Administration pourra prolonger la durée une ou plusieurs fois, si l'assemblée générale des Actionnaires (l'«Assemblée Générale») du Compartiment ou de la «Classe» concernés le décide par un vote effectué dans les mêmes conditions de quorum et de majorité que celles prévues en matière de modification des présents Statuts. A l'expiration de la durée d'un Compartiment ou d'une Classe à durée limitée, la Société procédera au rachat de l'ensemble des Actions en circulation du Compartiment ou de la Classe conformément à l'article 8 ci-dessous. Les Actionnaires nominatifs seront avisés par écrit. La Société informera les propriétaires d'Actions au porteur par la publication d'un avis de rachat dans les journaux à désigner par le Conseil d'Administration, à moins que tous les Actionnaires et leurs adresses ne soient connus de la Société. Les documents de vente de chaque Compartiment ou Classe indiqueront la durée de ce Compartiment ou cette Classe, et, le cas échéant, leur prolongation.

Le capital initial est de cinquante mille euros (EUR 50.000,-) représenté par cinquante (50) Actions d'une valeur de mille euro (EUR 1.000,-) chacune sans valeur nominale et entièrement libérées. Le capital minimum de la Société doit être atteint dans les six (6) mois postérieurs à la date à laquelle la Société a eu l'agrément d'organisme de placement collectif sous la Loi de 2002.

Les comptes annuels de la Société, comprenant les comptes de tous les Compartiments, seront exprimés en EUR qui est la monnaie de référence (la «Monnaie de Référence») de la Société.

Lorsque les comptes des Compartiments ne sont pas exprimés en EUR, ces comptes seront convertis en EUR et additionnés en vue de l'établissement des comptes annuels de la Société.

**Art. 6. Forme des Actions.** Le Conseil d'Administration peut déterminer pour chaque Classe que la Société émettra des Actions au porteur et/ou nominatives. Pour les Actions nominatives, le Conseil d'Administration déterminera si les Actionnaires peuvent choisir d'obtenir des certificats d'Actions, sinon, ils recevront une confirmation de leur actionnariat.

Si des Actions au porteur sont émises, des certificats au porteur seront émis dans telle coupure que le Conseil d'Administration déterminera. Si un Actionnaire d'Actions au porteur demande l'échange de ses certificats contre des certificats de forme différente, le coût de l'échange sera mis à sa charge. Si un Actionnaire nominatif désire que plus d'un certificat soit émis pour ses Actions, si cela est autorisé, le coût de ces certificats additionnels sera mis à la charge de cet Actionnaire. Les certificats d'Actions au porteur seront signés par trois administrateurs. Les trois signatures pourront être soit manuscrites, soit imprimées, soit au moyen d'une griffe. Toutefois, une des signatures pourra être apposée par une personne déléguée à cet effet par le Conseil d'Administration. Dans ce cas, elle devra être manuscrite. La Société pourra émettre des certificats provisoires dans les formes qui seront déterminées de temps à autre par le Conseil d'Administration.

Chaque Action peut être disponible en tant qu'Action institutionnelle («Institutional Share») ou en tant qu'Action ordinaire («Actionnaire Ordinaire»), tel que déterminé par le Conseil et spécifié dans les documents de vente. Les Actions Institutionnelles peuvent être détenues par des Investisseurs Institutionnels seulement qui sont qualifiés comme tel

conformément aux directives et recommandations émises par l'autorité de surveillance luxembourgeoise. Les Actions Ordinaires peuvent être détenues par tous les types d'investisseurs.

Les Actions ne peuvent être émises qu'après acceptation de la souscription et après réception du prix d'achat. A la suite de l'acceptation de la souscription et de la réception du prix d'achat par la Société et sans délai, les Actions souscrites seront attribuées au souscripteur et, sur demande, il lui sera délivré des certificats définitifs d'Actions au porteur ou nominatives ou une confirmation de son actionnariat.

Il sera procédé au paiement des dividendes aux Actionnaires (a) quant aux Actions nominatives, à leur adresse telle que figurant au registre des Actionnaires et à un compte bancaire en leur propre nom ou, seulement si, cela n'enfreint aucune loi, règle, réglementation, ordre ou directive applicable à l'activité de la Société, à des tiers désignés et (b) quant aux Actions au porteur, sur présentation des coupons de dividendes concernés.

Toutes les Actions émises, autres que les Actions au porteur, seront inscrites au registre des Actionnaires, tenu par la Société ou par une ou plusieurs personnes désignées à cet effet par la Société et tel registre contiendra le nom de chaque Actionnaire nominatif, sa résidence ou son domicile élu ainsi que le nombre d'Actions détenues par lui. Chaque transfert d'Actions nominatives sera mentionné dans le registre des Actionnaires.

Le transfert d'Actions au porteur se fera par la délivrance du certificat d'Actions correspondant.

Le transfert d'Actions nominatives se fera (a) si des certificats d'Actions ont été émis, par la remise à la Société du ou des certificats d'Actions nominatives et de tous autres documents de transfert exigés par la Société, et (b) s'il n'a pas été émis de certificats, par une déclaration de transfert écrite, portée au registre des Actions nominatives, datée et signée par le cédant et le cessionnaire, ou par leurs mandataires justifiant des pouvoirs requis. La Société peut également accepter toute autre preuve de transfert à sa discrétion.

Tout Actionnaire en nom devra fournir à la Société une adresse à laquelle toutes les communications et toutes les informations pourront être envoyées. Cette adresse sera inscrite à son tour au registre des Actions nominatives.

Au cas où un Actionnaire enregistré ne fournit pas d'adresse à la Société, mention en sera faite au registre des Actionnaires, et l'adresse de l'Actionnaire sera censée être au siège social de la Société ou à telle autre adresse fixée périodiquement par celle-ci, jusqu'à ce qu'une autre adresse soit communiquée à la Société par l'Actionnaire. Celui-ci pourra à tout moment faire changer l'adresse portée au registre des Actionnaires par une déclaration écrite, envoyée à la Société à son siège social ou à telle autre adresse fixée périodiquement par celle-ci.

Si le paiement effectué par un Actionnaire résulte dans l'émission de fractions d'Actions de la classe concernée, la personne en droit à cette fraction ne sera pas en droit de voter, mais aura droit, à concurrence de ce que la Société retiendra pour le calcul des fractions, aux dividendes et à toutes autres Actions sur base d'un prorata. Pour les Actions au porteur, il ne sera émis que des certificats représentatifs d'Actions entières.

Lorsqu'un Actionnaire peut justifier de façon satisfaisante pour la Société que son certificat d'Actions a été endommagé ou détruit, un duplicata peut être émis, à sa demande, aux conditions et garanties que la Société déterminera notamment sous forme d'une assurance, sans préjudice de toute autre forme de garantie que la Société pourra décider. Dès l'émission du nouveau certificat, sur lequel il sera mentionné qu'il s'agit d'un duplicata, le certificat original n'aura plus de valeur.

Les certificats endommagés peuvent être échangés contre des nouveaux sur ordre de la Société. Les certificats endommagés doivent alors être remis à la Société et annulés immédiatement.

La Société peut à son gré mettre en compte à l'Actionnaire le coût du duplicata ou du nouveau certificat, ainsi que toutes les dépenses justifiées encourues par la Société en relation avec l'émission du certificat de remplacement et son inscription au registre ou avec la destruction de l'ancien certificat.

**Art. 7. Emission des Actions.** Le Conseil d'Administration est autorisé à émettre à tout moment et sans limitation des Actions supplémentaires d'une quelconque Classe, entièrement libérées, sans réserver aux Actionnaires anciens un droit préférentiel de souscription.

Lorsque la Société offre des Actions en souscription, le prix par Action auquel ces Actions seront offertes et vendues, à moins d'être autrement indiqué dans les documents de vente, sera basé sur la valeur nette d'inventaire (la «Valeur Nette d'Inventaire») par Action, telle que déterminée ci-dessous pour la Classe concernée, tenant compte de la commission de performance, du déficit ou du crédit pour l'investisseur relatif à cet investissement dans cette Classe résultant de l'égalisation (l'«Ajustement Equalisé») si applicable, et éventuellement majorée d'une commission de vente indiquée dans les documents de vente des Actions. Le prix ainsi déterminé sera payable à l'expiration d'une période déterminée par le Conseil d'Administration qui n'excédera pas six (6) jours ouvrables bancaire à Luxembourg («Jour Ouvrable Bancaire») à partir du jour d'évaluation des actifs de la Classe (le «Jour d'Evaluation») applicable, tel qu'il est défini à l'article 11 ci-dessous.

Le Conseil d'Administration peut également accepter des souscriptions moyennant un portefeuille existant, tel qu'il est prévu par la loi du 10 août 1915 (la «Loi de 1915») telle que modifiée, sous réserve que les titres de ce portefeuille soient conformes aux objectifs et restrictions d'investissement pour le Compartiment concerné. Ce portefeuille doit être facilement évaluable. Le rapport d'évaluation, dont le coût est supporté par l'investisseur concerné, sera effectué par un réviseur d'entreprises, nommé suivant l'Article 22, au sens de l'article 26-1 (2) de la loi de 1915 et sera conservé au siège social de la Société.

Le Conseil d'Administration peut imposer des restrictions quant à la fréquence à laquelle les Actions d'une Classe seront émises; le Conseil d'Administration peut, en particulier, décider que les Actions d'une Classe seront émises pendant une ou plusieurs périodes de souscription ou à telle autre périodicité telle que prévue dans les documents de vente des Actions. Les Actions ne seront émises que sur acceptation de la souscription et après que l'équivalent du prix d'émission aura été versé à la Société. Le Conseil d'Administration peut soumettre les souscriptions à toutes autres restrictions supplémentaires qu'il jugera nécessaires.

Le Conseil d'Administration peut déléguer à tout administrateur ou fondé de pouvoir de la Société ou tout autre mandataire dûment autorisé à cet effet, la charge d'accepter les souscriptions, de recevoir en paiement le prix des Actions nouvelles à émettre et d'émettre ces nouvelles Actions.

**Art. 8. Rachat des Actions.** Le Conseil d'Administration est autorisé à tout moment, dans un souci de bonne gestion du portefeuille, à procéder au rachat des Actions d'une Classe fermée à la demande de rachat des Actionnaires, au prix tel que déterminé ci-après.

En ce qui concerne les Classes à durée limitée, le Conseil d'Administration procédera en principe au rachat des Actions de la Classe concernée le dernier Jour d'Evaluation de la période déterminée dans les documents de vente, au prix basé sur la Valeur Nette d'Inventaire déterminée ce jour-là, tenant compte de l'Ajustement Equalisé, si applicable, et en principe sans être diminué par une commission de rachat, tel que spécifié dans les documents de vente. Le prix de rachat doit être payé endéans les 10 Jours Ouvrables Bancaires après ce Jour d'Evaluation. La Classe correspondante sera dissoute, à moins que le Conseil d'Administration, à l'occasion de l'Assemblée Générale Extraordinaire des Actionnaires de la Classe concernée qui doit se tenir en principe un mois avant le dernier Jour d'Evaluation de la période, offre la possibilité aux Actionnaires de proroger et/ou de restructurer la Classe avec éventuellement des légères différences au niveau des délais et des conditions, et que cette même Assemblée Générale Extraordinaire des Actionnaires approuve cette offre avec le quorum et la majorité de votes requis pour une modification des présents Statuts. Dans tous les cas, le droit des Actionnaires d'obtenir le rachat de leurs Actions au Jour d'Evaluation en principe sans commission de rachat doit être entièrement maintenu, quelle que soit la décision prise lors de l'assemblée.

Les Actionnaires ne peuvent pas demander à la Société de racheter leurs Actions, à moins que le Conseil d'Administration décide d'accorder ce droit aux Actionnaires de cette Classe, selon les délais et conditions indiqués dans les documents de vente. Lorsque les Actionnaires ont un droit de rachat, les dispositions suivantes s'appliquent.

Le prix de rachat sera payé dans un délai de dix (10) Jours Ouvrables Bancaires après le jour de rachat (le «Jour de Rachat») concerné. Le prix de rachat sera basé sur la Valeur Nette d'Inventaire des Actions concernée, telle que déterminée au Jour de Rachat concerné et conformément à l'article 11 ci-dessous, diminué d'une commission à un taux indiqué dans les documents de vente et, en tenant également compte de l'Ajustement Equalisé, si applicable. Le prix de rachat applicable pourra être arrondi vers le haut ou vers le bas tel que le Conseil d'Administration le déterminera. Toute demande de rachat doit être présentée par l'Actionnaire par écrit au siège social de la Société ou auprès de toute autre personne ou entité désignée par la Société comme son mandataire pour le rachat des Actions et doit être accompagnée du ou des certificats de ces Actions en bonne et due forme (si de tel(s) certificat(s) a (ont) été émis) et des pièces justificatives de leur transfert ou cession.

Toute demande de rachat est irrévocable, sauf en cas de suspension de la détermination de la valeur nette d'inventaire conformément à l'article 13 ci-dessous. A défaut de révocation le rachat aura lieu au premier Jour de Rachat suivant la fin de la suspension. Les Actions du capital social rachetées par la Société seront annulées. Aucune demande de rachat d'un seul Actionnaire ne peut porter sur un montant inférieur au seuil de rachat minimum fixé de temps à autre par le Conseil d'Administration, sauf accord contraire de ce dernier.

Au cas où une demande de rachat d'Actions aurait pour effet de réduire le nombre d'Actions qu'un Actionnaire détient au titre d'une classe donnée en dessous du nombre minimum déterminé par le Conseil d'Administration, la Société pourra obliger cet Actionnaire au rachat de toutes ses Actions relevant de cette Classe à moins que le Conseil en décide autrement.

En outre, si à un Jour d'Evaluation déterminé, les demandes de conversion selon l'article 9 ou les demandes de rachat selon le présent article excèdent un nombre déterminé d'Actions en circulation d'une Classe déterminée, le Conseil d'Administration peut décider que tout ou partie de la demande de conversion ou de rachat sera reportée pendant une période et selon une procédure que le Conseil d'Administration considère comme étant dans le meilleur intérêt de la Société, cette période n'excédant pas trois Jours de Rachat. Ces demandes de conversion ou de rachat seront traitées prioritairement aux demandes introduites postérieurement au Jour de Rachat suivant cette période. Toute demande de rachat pourra en conséquence être différée dans des circonstances spéciales si le Conseil d'Administration est d'avis que l'exécution de la procédure de rachat lors de ce Jour de Rachat pourrait affecter défavorablement ou léser les intérêts de la Société.

Si des circonstances spéciales affectent les intérêts de la Société, le Conseil d'Administration peut reporter le paiement du prix de rachat ou partie du prix de rachat aux personnes demandant le rachat d'Actions. Le droit de rachat est subordonné à la condition que le Compartiment concerné dispose d'avoirs suffisants pour honorer les demandes rachats. La Société peut également décider de reporter le paiement des rachats d'une Classe si le fait de rassembler les liquidités pour honorer lesdits rachats, de l'avis du Conseil d'Administration, était préjudiciable pour la Classe concernée. Le paiement peut être reporté jusqu'à ce que les circonstances spéciales aient cessé; le prix de rachat sera basé sur la Valeur Nette d'Inventaire qui était alors d'application en prenant en compte l'Ajustement Equalisé des Actionnaires, si applicable.

Le Conseil d'Administration peut procéder au rachat forcé de toutes les Actions d'une Classe ou d'un Compartiment, s'il est autorisé par une Assemblée Générale de cette Classe ou de ce Compartiment, statuant à la majorité simple des Actions présentes ou représentées et votantes à cette assemblée, dans tous les cas où le Conseil d'Administration considère ce rachat nécessaire dans l'intérêt des Actionnaires et de la Société. Le Conseil d'Administration peut également procéder à un tel rachat forcé, sans autorisation, dans le cas où les actifs nets d'une Classe ou d'un Compartiment tombent au dessous d'un minimum fixé par le Conseil d'Administration, et après préavis aux Actionnaires de cette Classe ou de ce Compartiment tel que déterminé dans les documents de vente.

Le Conseil d'Administration pourra soumettre le rachat d'Actions à toutes restrictions qu'il jugera nécessaires ou souhaitables; le Conseil d'Administration pourra, en particulier, décider que les Actions ne seront pas rachetables durant telle période qu'il déterminera, tel qu'il sera prévu dans les documents de vente.

**Art. 9. Conversion des Actions.** Les Actionnaires ne sont pas autorisés à convertir leurs Actions d'une Classe en Actions d'une autre Classe, à moins que le Conseil d'Administration décide d'accorder un tel droit aux Actionnaires de telle ou telle Classe, suivant les délais et conditions prévus dans les documents de vente.

Lorsque les Actionnaires ont un droit de conversion, les dispositions suivantes s'appliquent en prenant en compte les termes et conditions fournis dans les documents de vente. Le prix de conversion sera basé sur les Valeurs Nettes d'Inventaire respectives des deux Classes d'Actions concernées, déterminées le même Jour d'Evaluation ou le Jour d'Evaluation subséquent, en prenant en compte l'Ajustement Equalisé des Actionnaires des deux côtés, si applicable, comme défini sous l'Article 12 ci-après. Au cas où une conversion d'Actions aurait pour effet de réduire le nombre d'Actions qu'un Actionnaire détient au titre de cette Classe en-dessous du nombre minimum déterminé par le Conseil d'Administration, la Société pourra obliger cet Actionnaire à convertir toutes ses Actions relevant de la Classe concernée. Les Actions de l'ancienne Classe seront annulées. Les dispositions applicables aux rachats suivant l'Article 8 s'appliquent mutatis mutandis aux conversions.

**Article 10.- Restrictions à l'acquisition, à la détention et à la propriété des Actions.** Le Conseil d'Administration pourra restreindre ou empêcher, l'acquisition, la détention ou la propriété des Actions de la Société par toute personne, compagnie, société, ou autre entité, seule ou avec une autre, (a) si, de l'avis du Conseil d'Administration, une telle acquisition, détention ou propriété peut être préjudiciable pour la Société, la majorité de ses Actionnaires ou un Compartiment ou une Classe quelconque, (b) si elle peut entraîner la violation d'une loi, règle, réglementation ou autres obligations, luxembourgeoises ou étrangères, ou (c) si cela peut entraîner pour la Société des conséquences d'ordre réglementaire ou fiscal, en particulier si pour résultat la société peut être soumise à la loi autre que la loi luxembourgeoise (y compris, mais sans limitation, les lois fiscales. Ces personnes, compagnies ou personnes morales à qui l'acquisition est refusé ou restreinte, la détention ou la propriété d'Actions restreinte par le Conseil d'Administration sont ci-après désignées «Personne Non Autorisée».

A cet effet, le Conseil d'Administration:

(i) pourra refuser l'émission d'Actions et l'inscription du transfert d'Actions lorsqu'il apparaît que cette émission ou ce transfert aurait ou pourrait avoir pour conséquence d'attribuer l'acquisition, la propriété ou la détention de ces Actions à une Personne Non Autorisée; et

(ii) pourra, à tout moment, lorsqu'il le considère nécessaire, demander à toute personne figurant au registre des Actionnaires, ou à toute autre personne qui demande à s'y faire inscrire, de lui fournir tous renseignements qu'elle estime nécessaires, appuyés d'une déclaration sous serment, en vue de déterminer si ces Actions appartiennent ou sont détenues économiquement à une Personne Non Autorisée; et

(iii) pourra refuser d'accepter, lors de toute assemblée générale d'Actionnaires de la Société, le vote de toute Personne Non Autorisée, détenteur ou propriétaire d'Actions; et

(iv) s'il apparaît au Conseil d'Administration qu'une Personne Non Autorisée, seule ou ensemble avec d'autres personnes, est le détenteur ou le propriétaire d'Actions de la Société, celle-ci pourra enjoindre cette Personne Non Autorisée, et si nécessaire toute autre personne agissant en conjonction avec cette Personne Non Autorisée, de transférer la propriété ou la détention des Actions concernées, quel que soit le cas, à une personne autre qu'une Personne Non Autorisée, et de prouver au Conseil d'Administration ce transfert dans une période déterminée par le Conseil d'Administration. Si le Conseil d'Administration décide de ne pas donner cette injonction ou si cette Personne Non Autorisée ou toute autre personne agissant en conjonction avec cette Personne Non Autorisée manque à son obligation, le Conseil d'Administration pourra procéder ou faire procéder au rachat forcé de l'ensemble des Actions détenues par cette Personne Non Autorisée ou toute autre personne agissant en conjonction avec cette Personne Non Autorisée, en respectant la procédure suivante:

(1) La Conseil enverra un second préavis (appelé ci-après «avis de rachat obligatoire») à la Personne Non Autorisée ou toute autre personne agissant en conjonction avec cette Personne Non Autorisée possédant les titres ou apparaissant au registre des Actions nominatives comme étant le propriétaire des Actions à racheter; l'avis de rachat spécifiera les titres à racheter, la date de rachat, la manière suivant laquelle le prix de rachat sera déterminé et l'endroit où le prix de rachat sera payable.

L'avis de rachat sera envoyé à la Personne Non Autorisée ou toute autre personne agissant en conjonction avec cette Personne Non Autorisée par lettre recommandée adressée à sa/leurs dernière adresse connue par la Société ou à celle inscrite dans les livres de la Société. La Personne Non Autorisée ou toute autre personne agissant en conjonction avec cette Personne Non Autorisée en question sera alors obligé de remettre à la Société sans délai le ou les certificats représentant les Actions spécifiées dans l'avis de rachat obligatoire.

A la fermeture des bureaux au jour spécifié dans l'avis de rachat obligatoire, la Personne Non Autorisée en question ou toute autre personne agissant en conjonction avec cette Personne Non Autorisée cessera d'être propriétaire des Actions spécifiées dans l'avis de rachat; s'il s'agit d'Actions nominatives, son nom sera rayé du registre des Actionnaires; s'il s'agit d'Actions au porteur, le ou les certificats représentatifs de ces Actions seront annulés.

(2) Le prix auquel chaque Action spécifiée dans l'avis de rachat obligatoire sera rachetée (appelé ci-après «prix de rachat obligatoire») sera le prix de rachat tel que déterminé à l'article 8 ci-dessus, diminué des frais de service indiqué dans les documents de vente et des dépenses extraordinaires encourues par la Société concernant le rachat obligatoire.

(3) Le paiement du prix de rachat obligatoire à l'ancien propriétaire sera effectué normalement dans la devise de transaction («Devise de Transaction») de la Classe concernée; le prix sera déposé pour le paiement à l'ancien propriétaire par la Société, auprès d'une banque au Luxembourg ou à l'étranger (telle que spécifiée dans l'avis de rachat obligatoire), après détermination finale du prix de rachat obligatoire suite à la remise du ou des certificats indiqués dans l'avis de rachat ainsi que des coupons non échus y attachés. Dès signification de l'avis de rachat obligatoire, l'ancien propriétaire des Actions mentionnées dans l'avis de rachat ne pourra plus faire valoir de droit sur ces Actions ni exercer aucune Action contre la Société et ses avoirs, sauf le droit de recevoir le prix de rachat obligatoire (sans intérêts) à la banque

après remise effective du ou des certificats pré-mentionnés. Tous les fonds à recevoir par un ancien Actionnaire selon ce paragraphe mais non réclamés dans les cinq ans à compter de la date spécifiée dans l'avis de rachat obligatoire, ne pourront plus être réclamés et reviendront au Compartiment qui comprend la ou les Classes concernée(s). Le Conseil aura le droit de prendre périodiquement les mesures nécessaires afin d'assurer le paiement et de l'autoriser au nom et pour le compte de la Société.

(4) L'exercice par la Société des pouvoirs conférés au présent Article ne pourra en aucun cas être mis en question ou invalidé pour le motif qu'il n'y aurait pas de preuve suffisante de la propriété des Actions dans le chef d'une personne ou que la propriété réelle des Actions était autre que celle admise par la Société à la date de l'avis de rachat obligatoire, sous réserve que la Société ait, dans ce cas, exercé ses pouvoirs de bonne foi.

Les Ressortissants des Etats-Unis d'Amérique, tels que définis au présent article, constituent une catégorie particulière de Personnes Non Autorisées. Les Compartiments ne sont pas ouverts à l'investissement par des Ressortissants des Etats-Unis d'Amérique. Lorsqu'il apparaît au Conseil qu'un Actionnaire est un Ressortissant des Etats-Unis d'Amérique, qui seul ou avec d'autres personnes est le détenteur ou le bénéficiaire des Actions, la Société peut sans délai racheter d'office ou faire racheter par tout Actionnaire l'ensemble des Actions détenues ou en propriété de cet Actionnaire et si applicable, de toute autre personne agissant en conjonction avec cette Personne Non Autorisée.

(1) Tel qu'il est utilisé dans les présents statuts, le terme «U.S.» ou «Etats-Unis» signifient les «Etats-Unis d'Amérique», ces états, territoires ou possessions ou régions sous leur juridiction. Le terme «Ressortissant Américain», signifiera un citoyen ou un résident des Etats Unis d'Amérique, une société, un partenariat ou tout autre entité créée ou organisée au ou sous la Loi des Etats Unis d'Amérique, ou toute personne tombant sous la définition du terme Person US conformément à la «regulation S» promulguée par le US Securities Act de 1933, tel qu'amendé, ou conformément à la «Rule 4.7» du US Commodity Exchange Act, tel qu'amendé.

## **Art. 11. Calcul de la Valeur de l'Actif Net.**

### **1. L'Évaluation**

Pour déterminer le prix de souscription, de conversion et de rachat, la Valeur Nette d'Inventaire des Actions de chaque Compartiment devra être déterminée par la Société ou ses délégués de temps en temps, mais en aucun cas moins d'une fois par mois, tel que le Conseil d'Administration peut le décider.

La valeur de l'actif net des Actions de chaque Compartiment s'exprimera dans la devise de référence du Compartiment concerné (la «Devise de Référence») et sera déterminée pour chaque Jour d'Évaluation en déduisant le total des engagements attribuables à ce Compartiment du total des avoirs attribuables à ce même Compartiment.

Lorsque le Compartiment comprend une seule Classe, la Valeur Nette d'Inventaire par Action de cette Classe s'exprimera dans la Devise de Référence du Compartiment et sera déterminée pour chaque Jour d'Évaluation en divisant les avoirs nets de chaque Compartiment par le nombre d'Actions de la Classe correspondante alors en circulation et en arrondissant le montant résultant par Action à l'unité inférieure (en cours) la plus proche de la devise concernée.

Lorsque le Compartiment comprend plusieurs Classes, la Valeur Nette d'Inventaire par Action de chaque Classe s'exprimera dans la Devise de Référence du Compartiment concerné et sera déterminée mutatis mutandis de la même façon que ce qui est prévu dans les présentes dispositions, en tenant compte des avoirs et engagements spécifiques attribués à chaque Classe. Si la Devise de Référence de la Classe concernée est différente de la Devise de Référence du Compartiment correspondant, les avoirs nets du Compartiment évalués dans la Devise de Référence attribuables à cette Classe seront convertis dans la Devise de Référence de la Classe concernée.

La Valeur Nette d'Inventaire par Action d'une Classe dans un Compartiment comprenant de multiples Classes sera exprimée dans la monnaie de référence de la Classe concernée et sera déterminée chaque Jour d'Évaluation en divisant le total de la Valeur Nette d'Inventaire de cette Classe ce Jour d'Évaluation par le nombre total d'Actions alors en circulation de cette Classe et en arrondissant la somme résultant par Action à la plus petite sous-division (courante) de la monnaie concernée.

A chaque occasion quand une distribution est déclarée payable, la Valeur Nette d'Inventaire des Actions qui ouvre droit à cette une distribution devra être réduite en accord avec le montant de la distribution.

Si, depuis la fermeture du jour bancaire du Jour d'Évaluation concerné, survient un changement substantiel des cours sur les marchés où une partie substantielle des investissements de la Société attribuables au Compartiment concerné est négociée ou cotée, la Société pourra annuler la première évaluation et effectuer une deuxième évaluation dans un souci de sauvegarder les intérêts de l'ensemble des Actionnaires et du Compartiment. Toutes demandes de souscription, de rachat et de conversion seront traitées sur base de cette seconde évaluation.

Le calcul de la Valeur Nette d'Inventaire de chaque Compartiment sera effectué normalement au plus tard à un nombre déterminé de Jours Ouvrables suivant le Jour d'Évaluation concerné tel qu'indiqué dans les documents de vente.

Les avoirs attribuables à un Compartiment doivent comprendre: (1) toutes les espèces en caisse ou en dépôt y compris les intérêts courus non échus; (2) tous les effets et billets payables à vue et les comptes exigibles (y compris les montants provenant de contrats Futures qui ont été clôturés mais qui n'ont pas encore été encaissés); (3) tous les contrats Futures et n'importe quels autres investissements; (4) tous les intérêts courus non échus sur les valeurs porteuses d'intérêts qui sont la propriété de la Société pour compte du Compartiment, sauf si ces intérêts sont compris dans le prix de ces valeurs; (5) les dépenses payées d'avance pour autant que celles-ci n'aient pas été amorties; et (6) tous les autres avoirs détenus par la Société de quelque nature qu'ils soient, y inclus les autres frais de toute nature attribuables à un Compartiment.

I. La valeur de ces actifs sera déterminée de la façon suivante:

(a) La valeur des espèces en caisse ou en dépôt, des effets et billets payables à vue et des comptes à recevoir, des dépenses payées d'avance et des dividendes et intérêts annoncés ou venus à échéance, mais non encore encaissés, consistera dans la valeur nominale de ces avoirs. S'il s'avère toutefois improbable que cette valeur puisse être touchée en

entier, la valeur sera déterminée en retranchant tel montant que la Société estimera adéquat en vue de refléter la valeur réelle de ces avoirs.

(b) La valeur liquidative des contrats Futures qui ne sont pas traités sur les marchés futures aux Etats-Unis sera déterminée suivant la politique établie par le Conseil d'Administration, sur une base appliquée de manière cohérente pour chaque type de contrat différent. La valeur liquidative de contrats Futures traités sur les marchés Futures aux Etats-Unis sera basée sur le prix de règlement établis sur les marchés Futures sur lesquels le Compartiment traite les contrats Futures en question; sachant que, s'il n'est pas possible de liquider un contrat au Jour d'Evaluation, la base pour déterminer la valeur d'un tel contrat sera la valeur que le Conseil d'Administration jugera juste et raisonnable.

(c) La valeur de toutes valeurs mobilières qui sont négociées ou cotées à une bourse de valeurs sera déterminée, excepté dans les cas prévus au point (e) ci-dessous, suivant leur dernier cours publié disponible sur la bourse qui constitue normalement le marché principal pour les valeurs mobilières en question.

(d) Les investissements négociés sur un autre marché réglementé sont évalués suivant une méthode la plus proche possible de celle décrite dans le paragraphe précédent.

(e) Dans la mesure où des valeurs mobilières en portefeuille au Jour d'Evaluation ne sont pas négociées ou cotées à une bourse de valeurs ou à un autre marché réglementé ou, si pour des valeurs cotées ou négociées à une telle bourse ou à un tel autre marché, le prix déterminé conformément aux paragraphes précédents n'est pas représentatif de la valeur réelle de ces valeurs mobilières, celles-ci seront évaluées sur base de leur valeur probable de réalisation qui sera estimée avec prudence et bonne foi en accord avec les principes et procédures d'évaluation généralement acceptés.

Pour l'évaluation des actifs les principes d'évaluation décrits ci-dessus pourront être affectés par les commissions de performance («Commissions de Performance») calculée sur la base des profits sur la valeur des actions générés jusqu'au Jour d'Evaluation applicable. Cependant, étant donné que le montant de ces Commissions de Performance peut être basé sur les profits sur la valeur des actions sur une période plus longue qu'entre deux Jours d'Evaluation suivants, il est possible que les commissions effectivement payées soient différentes de celles provisionnées dans le calcul de la Valeur Nette d'Inventaire à laquelle les Actions ont été rachetées.

L'évaluation des actifs devra être basé sur l'information (incluant sans limitation, les rapport sur les positions, les extraits de confirmation, les états récapitulatifs, etc.) disponible au moment de cette évaluation en tenant compte de toutes les positions ouvertes en futures, contrats à terme et options, ainsi que des provisions d'intérêts, de commissions de gestion, de performance et de service et des commissions de courtage.

Le Conseil d'Administration peut se baser sur la confirmation des courtiers chargés du clearing et de leurs affiliés («Courtiers») pour la détermination de la valeur des actifs des Compartiments. Les recettes et dépenses des Compartiments (y compris les frais mais excluant les dépenses d'organisation encourues) seront normalement calculées sur une base provisoire.

II. Les engagements de la Société attribués à un Compartiment comprendront notamment: (1) tous les emprunts, effets échus et comptes exigibles; (2) toutes les obligations connues, échues ou non, y compris toutes les obligations contractuelles venues à échéance qui ont pour objet des paiements en espèce ou en nature y compris le montant des dividendes annoncés par la Société pour compte d'un Compartiment; (3) une provision appropriée pour impôts sur le capital et sur le revenu encourus jusqu'au Jour d'Evaluation, fixée par le Conseil d'Administration, et le cas échéant, toutes autres provisions fixées par le Conseil d'Administration et revenant à ce Compartiment; et (4) tout autre engagement de la Société attribués à ce Compartiment, de quelque nature qu'il soit, à l'exception de ceux représentés par les moyens propres du Compartiment. Pour l'évaluation du montant de ces autres engagements, la Société prendra en considération toutes les dépenses à supporter, comprenant, sans limitation, les frais de constitution et de modification ultérieure des statuts, les commissions et frais payables aux cambistes, conseillers en investissement tel que défini dans l'Article 19, comptables, dépositaires, domiciliataires, agents de registre et de transfert et agents payeurs et représentants permanents de la Société dans les pays où elle est inscrite, tout autre agent employé par la Société, les frais encourus en rapport avec l'assistance juridique et la révision des comptes annuels de la Société, les frais de préparation, de promotion, d'impression et de publication des documents de vente des Actions, y compris les frais de publicité et de préparation de prospectus de la Société, de mémoires explicatifs, les frais des déclarations aux autorités auprès desquelles la Société est soumise à l'enregistrement, tous les impôts et droits prélevés par les autorités gouvernementales et les bourses de valeurs, les frais de publication des prix d'émission et de rachat, ainsi que toute autre dépense d'exploitation, y compris les frais financiers, bancaires ou de courtage, de téléphone, de télex. La Société pourra tenir compte des dépenses administratives et autres, qui ont un caractère régulier ou périodique, par une estimation pour l'année ou pour toute autre période, par répartition de leur montant au prorata de cette période.

Les administrateurs pourront à leur discrétion, permettre l'utilisation d'autres méthodes d'évaluation s'ils considèrent que ces évaluations reflètent mieux la juste valeur de tout actif ou passif.

Dans la mesure du possible, il sera tenu compte de tout investissement ou désinvestissement décidé jusqu'au Jour d'Evaluation.

En l'absence de mauvaise foi, de négligence flagrante ou d'erreur manifeste, toute décision du Conseil d'Administration ou de tout délégué du Conseil d'Administration en matière de calcul de la Valeur Nette d'Inventaire ou de la Valeur Nette d'Inventaire par Action sera définitive et liera les Compartiments, les tiers et les Actionnaires présents, passés et futurs. Le calcul ne sera ni audité ni ajusté sans raison valable.

## 2. Allocation des avoirs, engagements, revenus et dépenses

Le Conseil d'Administration établira pour chaque Compartiment une masse distincte d'avoirs et d'engagements, de revenus et de dépenses. Cette masse sera attribuée au seul Compartiment.

Les masses d'avoirs, engagements, revenus et dépenses de chaque Compartiment sont conservés sur des comptes séparés à moins qu'il ne soit expressément prévu dans les documents de vente qu'ils ne le soient pas et seront établis de la façon suivante:



(a) les produits résultant de l'émission d'Actions relevant d'un Compartiment donné seront attribués, dans les livres de la Société, à cette catégorie et les avoirs, engagements, revenus et frais relatifs à ce Compartiment conformément aux dispositions de ce paragraphe;

(b) lorsqu'un avoir découle d'un autre avoir, ce dernier avoir sera attribué dans les livres de la Société au Compartiment auquel appartient l'avoir dont il découle, et, à chaque nouvelle évaluation d'un avoir, l'augmentation ou la diminution de valeur sera attribuée à ce Compartiment;

(c) lorsque la Société supporte un engagement qui est attribuable à un actif d'un Compartiment particulier, cet engagement sera attribué à ce Compartiment, et les créanciers sont requis d'accepter que le recours d'un créancier relatif à un tel engagement ou à une telle obligation sera limité uniquement aux actifs de ce Compartiment, nonobstant toutes dispositions contraires contenues dans les présents statuts ou dans un autre contrat ou document relatif à un tel engagement ou une telle opération, et le créancier n'aura recours, en vue du règlement d'une telle obligation ou d'une telle Action ni contre un mandataire de la Société, un autre Compartiment, ni contre un Actionnaire, fondé de pouvoirs, employé, agent, représentant ou toute autre personne liée à la Société, ni contre un mandataire agissant pour compte de la Société. Suivant l'article 133 de la Loi de 2002, la Société constitue une seule et même entité. Par ailleurs, par dérogation à l'article 2093 du Code Civil luxembourgeois, les actifs d'un Compartiment déterminé ne répondent que des dettes, engagements et obligations qui concernent ce Compartiment.

(d) au cas où un avoir ou un engagement de la Société ne peut pas être attribué à un Compartiment déterminé, cet avoir ou engagement sera attribué entre les Compartiments de façon équitable en proportion de leur nombre ou de leurs actifs respectifs et;

(e) de plus, suivant la date d'enregistrement des avoirs et / ou engagements attribués à une Classe spécifique et suivant ses particularités de gestion, la Valeur Nette d'Inventaire de cette Classe doit être adaptée de façon à tenir compte de ces avoirs et / ou engagements attribués.

Les avoirs attribués à un compte chez les Courtiers, le dépositaire (tel que défini par l'Article 28) ou chez un autre intermédiaire financier, peuvent comprendre des avoirs de différents Compartiments seulement si et limité à ce qui est spécialement prévu dans les documents de vente. Dans ce cas, chaque Compartiment aura un droit proportionnel aux avoirs du compte. Le droit proportionnel sera calculé chaque Jour d'Évaluation et variera avec les apports et les retraits effectués dans chaque Compartiment, ainsi qu'avec les variations de taux de change entre la Devise de Référence du Compartiment concerné et les Devises de Référence des autres Compartiments concernés.

Tous les revenus, gains et pertes réalisés et les variations de valeur dans les positions ouvertes attribuées à chaque Compartiment devront revenir à ce Compartiment et les dépenses et passifs relatifs à un Compartiment particulier et tout rachat d'Actions y relatif sera à la charge et payé par les actifs attribuables au Compartiment concerné. De plus, les Actionnaires de tout Compartiment n'auront pas d'intérêt dans les autres actifs de la Société autres que ceux attribuables au Compartiment dans lequel ils ont investi.

Par application de l'article 133 de la Loi de 2002 la Société constitue une seule et même entité juridique. Par ailleurs, par dérogation à l'article 2093 du Code Civil luxembourgeois, les actifs d'un Compartiment déterminé ne répondent que des dettes, engagements et obligations qui concernent ce Compartiment. A ce propos, si la Société prend des engagements qui incombent à un Compartiment en particulier, seuls les avoirs de ce Compartiment seront engagés vis-à-vis des créanciers concernés. Chaque Compartiment est donc traité comme une seule et même entité. Par conséquent, la Valeur Nette d'Inventaire de ses Actions varie en accord avec les actifs nets auxquels elles sont rattachées.

Pour les besoins de cet article:

a. les Actions pour lesquelles les souscriptions ont été acceptées mais pour lesquelles le paiement n'a pas été effectué seront censées avoir existé depuis la clôture au Jour d'Évaluation auquel elles ont été attribuées, et leur prix sera considéré comme une créance du Compartiment concerné;

b. les Actions du Compartiment en voie de rachat par la Société qui sera racheté conformément à l'Article 8 ci-dessus seront considérées comme Action émise et existante à la clôture au Jour d'Évaluation auquel le rachat se fait, et son prix sera, à partir de ce jour et jusqu'à ce qu'il soit payé, considéré comme engagement du Compartiment concerné;

c. tous investissements, soldes en espèces ou autres avoirs du Compartiment, exprimés autrement que dans la monnaie d'expression des comptes de la Classe du Compartiment concerné, seront évalués en tenant compte des taux de change en vigueur au Jour d'Évaluation concernée; et

d. effet sera donné au Jour d'Évaluation à tous achats et ventes de valeurs mobilières pour et par le Compartiment à tel Jour d'Évaluation, dans la mesure praticable.

**Art. 12. Suspension de la Valeur Nette d'Inventaire par Action - Détermination.** La Société peut suspendre le calcul de la Valeur Nette d'Inventaire par Action de chaque Compartiment des Actions de ce Compartiment, lors de la survenance de l'une des circonstances suivantes:

a. pendant toute période pendant laquelle une des principales bourses sur laquelle une partie substantielle des actifs de la Société attribuables à ce Compartiment est cotée ou négociées, est fermée pour une raison autre que le congé normal ou pendant laquelle les opérations y sont restreintes ou suspendues; ou

b. lors de l'existence d'une situation d'urgence de laquelle il résulte que la Société ne peut pas normalement disposer des avoirs qu'elle détient pour le compte du Compartiment ou les évaluer correctement ou sans contrevenir sérieusement aux intérêts des Actionnaires;

c. lorsque les moyens de communication ou de calcul qui sont normalement employés pour déterminer le prix ou la valeur des actifs attribuables à chaque Compartiment ou le prix ou la valeur des avoirs attribuables à tel Compartiment sont hors service;

d. pendant toute période pendant laquelle la Société est dans l'impossibilité de rapatrier des fonds afin de procéder aux paiements pour un rachat d'Actions du Compartiment correspondant ou pendant laquelle un transfert de fonds

impliqués dans la réalisation ou l'acquisition d'investissements ou de paiements à effectuer pour le rachat d'Actions ne peut être effectué d'après le Conseil d'Administration à des taux de change normaux; ou

e. lors de la publication de l'avis de convocation à l'Assemblée Générale des Actionnaires en vue de voter la liquidation de la Société.

Une telle suspension du calcul de la Valeur Nette d'Inventaire sera portée à la connaissance des Actionnaires ayant fait une demande écrite de souscription, de rachat ou de conversion d'Actions au moment de la demande et sera publiée par la Société. Le Conseil d'Administration déterminera un autre Jour d'Evaluation qui sera annoncé dans la même publication.

### **Titre III. Administration et surveillance**

**Art. 13. Conseil d'Administration.** La Société est administrée par un conseil d'administration (le «Conseil d'Administration») composé de trois membres au moins, Actionnaires ou non.

Les administrateurs sont nommés par l'Assemblée Générale annuelle des Actionnaires pour une durée n'excédant pas six (6) ans et jusqu'à ce que leurs successeurs soient élus, sous réserve toutefois qu'un administrateur peut être révoqué avec ou sans motifs et / ou remplacé à tout moment par décision des Actionnaires à leur Assemblée Générale.

Les administrateurs dont les noms sont proposés à l'élection dans l'ordre du jour de l'Assemblée Générale, seront élus à la majorité des votes des Actionnaires présents ou représentés et votants. Tout administrateur dont le nom n'a pas été proposé dans l'ordre du jour de l'assemblée sera élu uniquement par la majorité des votes des Actions en circulation.

En cas de vacance d'un poste d'administrateur, les administrateurs restants peuvent élire à la majorité des trois quarts (3/4) des administrateurs présents ou représentés et votants à ce Conseil provisoirement un administrateur jusqu'à la prochaine Assemblée Générale des Actionnaires.

**Art. 14. Réunions du Conseil d'Administration.** Le Conseil d'Administration choisira parmi ses membres un président et pourra élire en son sein un ou plusieurs vice-présidents. Il pourra également désigner un secrétaire qui n'a pas besoin d'être administrateur et qui dressera les procès-verbaux des réunions du Conseil d'Administration ainsi que des Assemblées Générales des Actionnaires. Le Conseil d'Administration se réunira sur la convocation du président ou de deux administrateurs au lieu indiqué dans l'avis de convocation.

Le président présidera les Assemblées Générales des Actionnaires et les réunions du Conseil d'Administration, mais en son absence, l'Assemblée Générale des Actionnaires ou le Conseil d'Administration pourra désigner à la majorité présente un autre administrateur (et lorsqu'il s'agit d'une Assemblée Générale, toute autre personne) pour assumer la présidence de ces assemblées et réunions par le vote à la majorité des administrateurs présents, représentés et votants. Le Conseil d'Administration, s'il y a lieu, nommera des directeurs ou autres fondés de pouvoirs dont un directeur général, ainsi que des directeurs généraux adjoints, de secrétaires, des comités de conseil et tous autres directeurs et fondés de pouvoir dont les fonctions seront jugées nécessaires pour mener à bien les affaires de la Société. Pareilles nominations peuvent être révoquées à tout moment par le Conseil d'Administration. Les directeurs et fondés de pouvoir n'ont pas besoin d'être administrateurs de la Société ou Actionnaires. Pour autant que les Statuts n'en décident pas autrement, les directeurs et fondés de pouvoirs auront les pouvoirs et charges qui leurs sont attribués par le Conseil d'Administration.

Avis écrit de toute réunion du Conseil d'Administration sera donné à tous les administrateurs au moins deux jours (2) avant la date prévue pour la réunion sauf s'il y a urgence, auquel cas la nature et les motifs de cette urgence seront mentionnés dans l'avis de convocation. Il pourra être passé outre à cette convocation à la suite de l'assentiment de chaque administrateur par écrit ou par câble, télégramme, télex, télécopieur ou tout autre moyen de communication similaire. Une convocation spéciale ne sera pas requise pour une réunion du Conseil d'Administration se tenant à une heure et un endroit déterminés dans une résolution préalablement adoptée par le Conseil d'Administration.

Tout administrateur pourra se faire représenter à une réunion du Conseil d'Administration en désignant par écrit ou par câble, télégramme, télex, télécopieur ou tout autre moyen de communication similaire un autre administrateur comme son mandataire. Un administrateur peut représenter plusieurs autres administrateurs.

Les administrateurs ne pourront agir que dans le cadre de réunions du Conseil d'Administration régulièrement tenues. Les administrateurs ne pourront engager la Société par leur signature individuelle, à moins d'y être autorisés par une résolution du Conseil d'Administration.

Le Conseil d'Administration ne pourra délibérer et agir valablement que si au moins la majorité des administrateurs est présente ou représentée à la réunion du Conseil d'Administration. Les décisions sont prises à la majorité des trois quarts (3/4) des administrateurs présents ou représentés et votant à telle réunion. Au cas où, lors d'une réunion du Conseil, il y a égalité de voix pour et contre une décision, le président aura voix prépondérante.

Des résolutions écrites pourront aussi être prises par écrit par le Conseil d'Administration, pourvu que tous les administrateurs aient consenti à prendre une décision écrite en apposant leur signature sur le libellé de la résolution écrite sur un ou plusieurs documents identiques.

Le Conseil d'Administration peut déléguer la question journalière des affaires de la Société et ses pouvoirs pour réaliser les opérations en exécution de la politique et des objectifs de la Société à des cadres de la Société ou à d'autres organes qu'il en chargera, tel que prévu dans l'article 17 ci-après.

**Art. 15. Pouvoirs du Conseil d'Administration** Le Conseil d'Administration jouit des pouvoirs les plus étendus pour orienter et gérer les affaires sociales et pour effectuer les actes de disposition et d'administration qui rentrent dans l'objet social, sous réserve de l'observation de la politique d'investissement telle que prévue à l'article 18 ci-dessous.

Tout ce qui n'est pas expressément réservé à l'assemblée générale par la loi ou les présents statuts est de la compétence du Conseil d'Administration.

**Art. 16. Engagement de la Société vis-à-vis des tiers .** Vis-à-vis des tiers, la Société sera valablement engagée par la signature conjointe de trois (3) administrateurs ou par la seule signature ou la signature conjointe de toute(s) personne(s) à laquelle (auxquelles) pareil pouvoir de signature aura été délégué par le Conseil d'Administration.

**Art. 17. Délégation de pouvoirs** En conformité avec les dispositions de l'article 60 de la Loi de 1915 concernant les sociétés commerciales, le Conseil d'Administration peut déléguer les pouvoirs relativement à la gestion journalière ainsi que la représentation de celle-ci en ce qui concerne cette gestion à un ou plusieurs administrateurs, soit à une ou plusieurs autres personnes physiques ou morales qui ne doivent pas nécessairement être administrateurs et qui peuvent, si le Conseil les y autorise, sous-déléguer leurs pouvoirs. Le Conseil d'Administration peut également conférer tous mandats spéciaux par procuration authentique ou sous seing privé.

Le Conseil d'Administration peut déléguer la gestion journalière des affaires des Compartiments et certaines tâches spécifiques à des comités comprenant des personnes engagées dans la gestion des Compartiments sans être administrateurs. Tout comité ainsi constitué, suivant les pouvoirs qui lui ont été délégués, gèrera le Compartiment concerné, mettra en pratique la politique d'investissement du Compartiment concerné, engagera sa responsabilité dans le contrôle du respect des investissements par rapport à ce qui est prévu dans les Statuts et les documents de vente et engagera sa responsabilité dans le contrôle de la politique marketing du Compartiment concernée.

Tout comité ainsi constitué devra, dans l'exercice des pouvoirs qui lui sont ainsi délégués, respecter tout règlement qui peut être de temps à autre imposé par le Conseil d'Administration.

**Art. 18. Politique d'investissement.** Le Conseil d'Administration, appliquant le principe de la répartition des risques, aura le pouvoir de déterminer la politique d'investissement et les lignes de conduite à suivre dans la gestion et la conduite des affaires des Classes, ainsi que les restrictions qui devront s'appliquer aux investissements des Compartiments de la Société en conformité avec les lois applicables.

**Art. 19. Conseiller en Investissements.** Le Conseil d'Administration nommera au moyen d'un contrat de conseil TransTrend B.V., une société à responsabilité limitée hollandaise enregistrée comme «commodity trading advisor» («CTA») auprès de la Commodity Futures Trading Commission («CFTC»), en tant que conseiller en investissement principal (le «Conseiller en Investissements») de la Société, qui devra fournir à la Société des recommandations et conseils en rapport avec la politique d'investissement de la Société tel que décrit sous l'Article 18 ci-dessus. Au cas où ce contrat serait résilié pour quelque raison que ce soit, la Société changera, à la demande du Conseiller en Investissements, son nom et le nom de ses Compartiments, de manière à ce qu'il ne ressemble plus à celui prévu à l'article 1<sup>er</sup> ci-dessus.

**Art. 20. Intérêt Opposé des Administrateurs.** Aucun contrat ni aucune transaction que la Société pourra conclure avec d'autres sociétés ou personnes ne pourront être affectés ou invalidés par le fait qu'un ou plusieurs administrateurs, directeurs ou fondés de pouvoir de la Société auraient un intérêt quelconque dans telle autre société ou personne ou par le fait qu'ils en seraient administrateurs, associés, directeurs, fondés de pouvoir ou employés. L'administrateur, directeur ou fondé de pouvoir de la Société qui est administrateur, associé, directeur, fondé de pouvoir ou employé d'une société ou personne avec laquelle la Société passe des contrats ou avec laquelle elle est autrement en relation d'affaires ne sera pas, par là même, privé du droit de délibérer, de voter et d'agir en ce qui concerne des matières en relation avec pareils contrats ou pareilles affaires.

Au cas où un administrateur, directeur ou fondé de pouvoir aurait dans quelque affaire de la Société un intérêt opposé à celle-ci, cet administrateur, directeur, ou fondé de pouvoir devra informer le Conseil d'Administration de cet intérêt opposé et il ne délibérera et ne prendra pas part au vote concernant cette affaire. Rapport en devra être fait à la prochaine Assemblée Générale des Actionnaires.

Le terme «intérêt opposé» tel qu'il est utilisé à l'alinéa précédent ne s'appliquera pas aux relations ou aux intérêts qui pourront exister de quelque manière, en quelque qualité, ou à quelque titre que ce soit, en rapport avec le Conseiller en Investissements, l'agent d'administration centrale, le Dépositaire, le principal cambiste de la Société ou encore avec toute autre personne, société ou entité juridique que le Conseil d'Administration pourra déterminer à son entière discrétion.

**Art. 21. Indemnisation.** La Société pourra indemniser tout administrateur, directeur ou fondé de pouvoir, ses héritiers, exécuteurs testamentaires et autres ayants droit, des dépenses raisonnablement occasionnées par tous Actions ou procès auxquels il aura été partie en sa qualité d'administrateur, de directeur ou de fondé de pouvoir de la Société ou pour avoir été, à la demande de la Société, administrateur, directeur ou fondé de pouvoir de toute autre société, dont la Société est Actionnaires ou créditrice et par laquelle il ne serait pas indemnisé, sauf au cas où dans de pareilles Actions ou procès il sera finalement condamné pour négligence grave ou mauvaise gestion. En cas d'arrangement extrajudiciaire, une telle indemnité ne sera accordée que si la Société est informés par son avocat-conseil que l'administrateur, directeur ou fondé de pouvoir en question n'a pas commis de manquement à ses devoirs. Le droit à indemnisation n'exclura pas d'autres droits dans le chef de l'administrateur, directeur ou fondé de pouvoir.

**Art. 22. Surveillance de la Société.** La Société nommera un réviseur d'entreprises agréé qui accomplira tous les devoirs prescrits par la Loi de 2002.

#### **Titre IV. Assemblées générales - Année sociale - Dividendes et réserves**

**Art. 23. Représentation.** L'Assemblée Générale des Actionnaires représente l'universalité des Actionnaires de la Société. Les résolutions prises s'imposent à tous les Actionnaires de la Société, indépendamment de la Classe d'Actions qu'ils détiennent. Elle a les pouvoirs les plus larges pour ordonner, faire ou ratifier tous les actes relatifs aux opérations de la Société.

Cependant, si les décisions concernent seulement les droits ou devoirs particuliers des Actionnaires d'une Classe ou s'il existe la possibilité d'un conflit d'intérêt entre différentes Classes, ces décisions devront être prises par l'Assemblée Générale des Actionnaires de cette(ces) Classe(s).

**Art. 24. Assemblées Générales.** Toute Assemblée Générale est convoquée par le Conseil d'Administration. Le Conseil d'Administration doit convoquer l'Assemblée Générale en cas de demande écrite d'Actionnaires, comprenant l'ordre du jour, représentant un cinquième (1/5) au moins du capital social.

L'Assemblée Générale Ordinaire des Actionnaires se tient, conformément à la loi luxembourgeoise, au siège de la Société, ou tout autre lieu au Luxembourg tel que spécifié dans l'avis d'assemblée, le deuxième jeudi de mai à 10.00 a.m. Si ce jour n'est pas un jour ouvrable au Luxembourg, l'Assemblée Générale Ordinaire se tiendra le jour ouvrable suivant.

D'autres Assemblées Générales pourront être tenues aux heures et lieux spécifiés dans les avis de convocation.

Les avis de convocation aux Assemblées Générales doivent être envoyés par courrier ou par fax au moins 8 jours avant l'assemblée à chaque Actionnaire à leur adresse telle que mentionnée dans le registre des Actionnaires. Si des Actions au porteur ont été émises, la convocation sera publiée au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, au «Luxemburger Wort» et dans tels autres journaux tels que requis par les lois, règles, réglementations, ordres et directives applicables aux affaires de la Société, ou tel que le Conseil d'Administration déterminera. Ces convocations énoncent l'ordre du jour et indiquent le lieu, le jour et l'heure de l'assemblée, les conditions d'admission et les références aux exigences à la loi luxembourgeoise concernant les quorums et majorités requis.

Le Conseil d'Administration peut déterminer toute autre condition à remplir par les Actionnaires pour pouvoir prendre part aux Assemblées Générales.

Chaque fois que tous les Actionnaires sont présents ou représentés et qu'ils déclarent se considérer comme dûment convoqués et avoir eu connaissance préalable de l'ordre du jour soumis à leur délibération, l'Assemblée Générale peut avoir lieu sans convocation.

Toute assemblée ne pourra valablement prendre de résolutions que sur les points indiqués dans l'ordre du jour et les affaires connexes à ces points. Lorsque l'ordre du jour prévoit l'élection d'un administrateur, le nom de l'administrateur éligible devra être indiqué dans l'ordre du jour. Ces résolutions lieront tous les Actionnaires de la Société indépendamment de la Classe à laquelle leurs Actions appartiennent. Les questions qui n'intéressent qu'une Classe d'Actions nécessiteront le vote des Actionnaires de la Classe concernée, sous réserve de l'application de l'article 31 ci-dessous.

Toute modification des statuts entraînant une modification des droits d'une Classe doit être approuvée par une décision de l'assemblée des Actionnaires de la Société et par une décision des Actionnaires de la Classe concernée réunis en Assemblée Générale.

**Art. 25. Quorum et Conditions de Majorité.** Le quorum requis par la loi règlera la tenue des assemblées des Actionnaires, à moins que les présents statuts en disposent autrement.

Chaque Action, quel que soit le Compartiment dont elle relève et quelle que soit la Valeur Nette par Action de cette Classe, donne droit à une voix, aux restrictions prévues par ces statuts. Un Actionnaire peut se faire représenter à toute assemblée des Actionnaires par un mandataire qui n'a pas besoin d'être Actionnaire, en lui conférant un pouvoir écrit.

Dans la mesure où il n'en est pas autrement disposé par la loi ou par les présents Statuts, les décisions de l'Assemblée Générale sont prises à la majorité simple des voix des Actionnaires présents ou représentés et votant des Actionnaires dûment convoqués.

**Art. 26. Année sociale.** L'année sociale de la Société commence le premier janvier de chaque année et se termine le trente et un décembre de la même année.

**Art. 27. Dividendes.** Pour chaque Classe d'Actions, l'Assemblée Générale des Actionnaires de chaque Classe déterminera, sur proposition du Conseil d'Administration pour chaque Classe, la manière dont les bénéfices annuels de chaque Classe seront utilisés.

Toute résolution quant à la distribution aux Actions d'une Classe spécifique ne sera prise que par les Actionnaires de la Classe concernée; dans ce cas, chaque Classe peut distribuer le dividende maximum autorisé par la loi luxembourgeoise.

Dans chaque Classe, le Conseil d'Administration peut décider de distribuer des dividendes intérimaires, en respectant les conditions prévues par la loi. Le paiement des dividendes se fera pour les Actions nominatives à l'adresse portée au registre des Actions nominatives et à un compte bancaire au nom de l'Actionnaire ou, seulement si spécifiquement prévu pour une Classe donnée et seulement si ce n'est pas en désaccord avec la loi, les règles ou règlements, ordre ou directive applicable aux affaires de la Société, auprès d'une tierce partie désignée et pour les Actions au porteur sur présentation du coupon de dividendes remis à l'agent ou aux agents désignés par la Société à cet effet. Les dividendes pourront être payés en toute monnaie choisie par le Conseil d'Administration et en temps et lieu qu'il appréciera. Tout dividende déclaré qui n'aura pas été réclamé par son bénéficiaire dans les cinq (5) ans à compter de son attribution, ne pourra plus être réclamé et reviendra à la Classe concernée. Aucun intérêt ne sera payé sur le dividende déclaré par la Société et conservé par elle à la disposition de son bénéficiaire.

#### **Titre V. Dispositions finales**

**Art. 28. Dépositaire .** Dans la mesure requise par la Loi de 2002, la Société conclura un contrat de dépôt avec un établissement bancaire ou d'épargne au sens de la Loi de 2002 (ci-après appelé le «Dépositaire»). Toutes les valeurs mobilières, espèces et autres avoirs de la Société seront tenus par ou sur ordre du Dépositaire qui assumera envers la Société et ses Actionnaires les responsabilités prévues par la loi.

Si le Dépositaire désire dénoncer le contrat de dépôt, le Conseil d'Administration s'efforcera de trouver un remplaçant dans les deux mois. Le Conseil d'Administration peut dénoncer le contrat de dépôt mais ne pourra révoquer le Dépositaire que si un remplaçant a été trouvé.

**Art. 29. Dissolution - Liquidation.** La Société peut en tout temps être dissoute par décision de l'assemblée générale statuant comme en matière de modification des Statuts.

La question de la dissolution de la Société doit de même être soumise par le Conseil d'Administration à l'assemblée générale lorsque le capital social est devenu inférieur aux deux tiers (2/3) du capital minimum, tel que prévu à l'Article 5 des Statuts. L'assemblée délibère sans condition de présence et décide à la majorité simple des Actions présentes ou représentées et votantes à l'assemblée.

La question de la dissolution de la Société doit en outre être soumise par le Conseil d'Administration à l'assemblée générale lorsque le capital social est devenu inférieur au quart (1/4) du capital minimum fixé à l'Article 5 des Statuts; dans ce cas, l'assemblée délibère sans condition de présence et la dissolution peut être prononcée par les Actionnaires possédant un quart (1/4) des Actions présentes ou représentées et votantes à l'assemblée.

La convocation doit se faire de façon à ce que l'assemblée soit tenue dans le délai de quarante (40) jours à partir de la constatation que l'actif net est devenu inférieur aux deux tiers (2/3) ou au quart (1/4) du capital minimum respectivement.

Un Compartiment peut être liquidé par une résolution de ses Actionnaires pouvant être adoptée à tout moment suivant les modalités requises pour une modification des statuts.

La procédure de liquidation prévue à l'article 30 sera d'application.

Si, dans tous les cas, le Conseil d'Administration le juge nécessaire pour les intérêts des Actionnaires et de la Société, le Conseil d'Administration pourra procéder au rachat obligatoire de toutes les Actions en circulation d'un Compartiment déterminé à condition d'avoir été autorisé à le faire par simple majorité des Actions représentées à une assemblée de ce Compartiment.

Le Conseil d'Administration pourra également procéder à un rachat obligatoire de toutes les Actions en circulation d'un Compartiment sans y avoir été autorisé dans la mesure où les actifs nets d'un Compartiment tombent en dessous du montant fixé pour le Compartiment en question dans les documents de vente, après avis de 30 jours donné aux Actionnaires concernés, ou en d'autres situations prévues dans les documents de vente. Le prix de rachat se basera sur la valeur nette d'inventaire calculée au jour de rachat applicable à ce moment, après avoir réalisé en espèces le portefeuille et en tenant compte de tous les engagements y inclus chaque Ajustement Equalisé des Actionnaires, si applicable.

Le Conseil d'Administration pourra également procéder sans autorisation à la liquidation d'un Compartiment dans la mesure où le maintien de ce Compartiment ou la détention ou la propriété de ces Actions par certains investisseurs placerait la Société de l'avis du Conseil d'Administration dans une situation de violation d'une loi ou d'une réglementation applicable ou d'une exigence de n'importe quelle juridiction, ou autrement affecterait d'une façon défavorable ou serait préjudiciable au statut fiscal, à la résidence ou la réputation de la Société ou entraînerait pour elle un désavantage matériel, financier ou légal.

A la discrétion du Conseil d'Administration, l'assemblée générale des Actionnaires de deux ou plusieurs Compartiments peuvent à tout moment et sur convocation du Conseil d'Administration décider, sans quorum et à la majorité des votes présents ou représentés dans tout Compartiment concerné l'absorption d'un ou de plusieurs Compartiments (le(s) Compartiment(s) absorbé(s)) en un Compartiment restant (le Compartiment absorbant). Tous les Actionnaires concernés seront informés par le Conseil d'Administration. En toutes circonstances les Actionnaires des Compartiments absorbés auront la possibilité de racheter leurs Actions sans frais durant une période d'un mois à partir du moment où ils auront été informés de la décision de fusion, étant entendu qu'à l'expiration de la même période la décision de fusion liera tous les Actionnaires qui n'auront pas mis à profit cette prérogative. Au moment de la clôture de toute procédure de fusion, le réviseur de la Société fera un rapport sur la conduite de l'entière procédure et attestera de la proportion d'échange des Actions.

Tous les Actionnaires concernés par la décision de liquider un Compartiment ou de fusionner différents Compartiments seront informés personnellement si les Actions émises sont nominatives et/ou informés par publication (suivant les modalités prévues pour les assemblées générales annuelles) si les Actions sont au porteur.

La Société ne sera pas en droit de fusionner l'un des Compartiments avec un tiers, fût-il de nationalité luxembourgeoise ou non.

**Art. 30. Procédure de liquidation.** En cas de dissolution de la Société, la liquidation s'opérera par les soins d'un ou de plusieurs liquidateurs (personnes physiques ou morales) nommés par l'assemblée générale des Actionnaires qui déterminera leurs pouvoirs et leurs émoluments.

Le produit net de liquidation correspondant à chaque classe d'Actions sera distribué par les liquidateurs aux Actionnaires de chaque classe proportionnellement à leur participation dans telle classe.

**Art. 31. Modification des Statuts.** Les présents Statuts pourront être modifiés par une assemblée générale des Actionnaires statuant aux conditions de quorum et de majorité requises par la loi luxembourgeoise. Toute modification des Statuts affectant les droits respectifs des diverses classes d'Actions sera soumise aux conditions de quorum et de majorité requises par la loi pour cette classe d'Actions.

**Art. 32. Loi Applicable.** Tous les points non spécifiés dans les Statuts doivent être soumis aux dispositions de la Loi de 1915.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Le notaire soussigné qui comprend et parle la langue anglaise déclare que sur la demande des comparants, le présent acte de société est rédigé en langue anglaise, suivi d'une version française, à la requête des mêmes personnes et en cas de divergences entre le texte anglais et français, la version anglaise fera foi.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite aux comparants, tous connus du notaire par leurs nom, prénom usuel, état et demeure, les comparants ont tous signé avec Nous, notaire, la présente minute.

signé: J. Van Den Broek, M. Stenebome, C. Vaudemont, J. Elvinger.  
Enregistré à Mersch, le 21 janvier 2005, vol. 430, fol. 34, case 10. – Reçu 12 euros.

Le Releveur (signé): A. Muller.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 25 janvier 2005.

J. Elvinger.

(009153.3/242/1533) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 janvier 2005.

---

**TransTrend FUND ALLIANCE, Société d'Investissement à Capital Variable,  
(anc. RoTrend ALLIANCE).**

Siège social: L-2520 Luxembourg, 39, allée Scheffer.  
R. C. Luxembourg B 97.101.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 janvier 2005.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 25 janvier 2005.

H. Hellinckx.

(009156.3/242/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 janvier 2005.

---

**HYEFORM, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: Diekirch.  
R. C. Luxembourg B 91.511.

Le bilan au 31 décembre 2003, enregistré à Luxembourg, le 23 novembre 2004, réf. LSO-AW05322, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 29 novembre 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 24 novembre 2004.

Signature.

(903782.3/603/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 29 novembre 2004.

---

**FINTEG, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-2449 Luxembourg, 26, boulevard Royal.  
R. C. Luxembourg B 83.059.

Les comptes annuels au 31 décembre 2001, enregistrés à Luxembourg, le 6 août 2003, réf. LSO-AH01351, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 novembre 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 26 novembre 2004.

Signature.

(095758.3/000/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 novembre 2004.

---

**L.T.C. (LEASURE TRADING COMPANY) S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-2340 Luxembourg, 26, rue Philippe II.  
R. C. Luxembourg B 72.682.

Le bilan au 31 décembre 2003, enregistré à Luxembourg, le 29 novembre 2004, réf. LSO-AW06901, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 novembre 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

(096556.3/000/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 novembre 2004.

---

**NOVA BRANDS S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-2449 Luxembourg, 16, boulevard Royal.  
R. C. Luxembourg B 75.935.

Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 29 novembre 2004, réf. LSO-AW06852, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 novembre 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

BEMO, BANQUE DE L'EUROPE MERIDIONALE

Signature

(096558.3/000/11) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 novembre 2004.

---

**B.E.C.T.C. S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-1611 Luxembourg, 61, avenue de la Gare.  
R. C. Luxembourg B 75.934.

Le bilan au 31 décembre 2003, enregistré à Luxembourg, le 25 novembre 2004, réf. LSO-AW06293, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 novembre 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 19 novembre 2004.

Signature.

(096133.3/4214/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 novembre 2004.

**MULTIWERT SUPERFUND, Fonds Commun de Placemtent.**

**VERWALTUNGSREGLEMENT**

Das Verwaltungsreglement, welches am 2. Juli 2001 im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations veröffentlicht wurde, legt, zusammen mit einer ersten Änderung vom 3. Juli 2001, die am 18. Juli 2001 im Mémorial veröffentlicht wurde, sowie einer zweiten Änderung vom 14. Juli 2004, die am 30. Juli 2004, einer weiteren Änderung vom 11. Januar 2005, die am 21. Januar 2005 veröffentlicht wurde sowie letztmalig einer Änderung vom 21. Januar 2005, die am 7. Februar 2005 im Mémorial veröffentlicht wurde, allgemeine Grundsätze für die von der AXXION S.A. gemäß Teil I des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen in der Form von «Fonds Commun de Placement» aufgelegten und verwalteten Fonds fest, soweit die Sonderreglements der jeweiligen Fonds das Verwaltungsreglement zum integralen Bestandteil erklären. Die spezifischen Charakteristika der Fonds werden in den Sonderreglements der jeweiligen Fonds beschrieben, in denen ergänzende und abweichende Regelungen zu einzelnen Bestimmungen des Verwaltungsreglements getroffen werden können.

Das Verwaltungsreglement und das jeweilige Sonderreglement bilden gemeinsam als zusammenhängende Bestandteile die für den entsprechenden Fonds geltenden Vertragsbedingungen.

**Art. 1. Die Fonds.**

1. Jeder Fonds ist ein rechtlich unselbständiges Sondervermögen («fonds commun de placement») aus Wertpapieren und sonstigen zulässigen Vermögenswerten («Fondsvermögen»), das unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung verwaltet wird.

Jeder Fonds besteht aus einem oder mehreren Teilfonds im Sinne von Artikel 133 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen («Gesetz vom 20. Dezember 2002»). Die Gesamtheit der Teilfonds ergibt den Fonds. Jeder Anleger ist am Fonds durch Beteiligung an einem Teilfonds beteiligt.

2. Das jeweilige Fondsvermögen abzüglich der dem jeweiligen Fonds zuzurechnenden Verbindlichkeiten («Netto-Fondsvermögen») muß innerhalb von sechs Monaten nach Genehmigung des entsprechenden Fonds mindestens den Gegenwert von EUR 1.250.000 erreichen. Jeder Fonds wird von der Verwaltungsgesellschaft verwaltet. Die im jeweiligen Fondsvermögen befindlichen Vermögenswerte werden von der Depotbank verwahrt.

3. Jeder Teilfonds gilt im Verhältnis der Anteilhaber untereinander als eigenständiges Sondervermögen. Die Rechte und Pflichten der Anteilhaber eines Teilfonds sind von denen der Anteilhaber der anderen Teilfonds getrennt. Alle Verpflichtungen und Verbindlichkeiten eines Teilfonds verpflichten nur diesen Teilfonds.

Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Inhaber von Anteilen («Anteilhaber»), der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank sind im Verwaltungsreglement sowie im Sonderreglement des jeweiligen Teilfonds geregelt, die beide von der Verwaltungsgesellschaft mit Zustimmung der Depotbank erstellt werden.

Durch den Kauf eines Anteils erkennt jeder Anteilhaber das Verwaltungsreglement, das Sonderreglement des jeweiligen Teilfonds sowie alle genehmigten Änderungen derselben an.

**Art. 2. Die Verwaltungsgesellschaft**

1. Verwaltungsgesellschaft ist die AXXION S.A.

2. Die Verwaltungsgesellschaft verwaltet die Fonds im eigenen Namen, jedoch ausschließlich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilhaber. Die Verwaltungsbefugnis erstreckt sich auf die Ausübung aller Rechte, welche unmittelbar oder mittelbar mit den Vermögenswerten des jeweiligen Fonds zusammenhängen.

3. Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik des jeweiligen Fonds unter Berücksichtigung der gesetzlichen und vertraglichen Anlagebeschränkungen fest. Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft kann eines oder mehrere seiner Mitglieder sowie sonstige natürliche oder juristische Personen mit der Ausführung der täglichen Anlagepolitik betrauen.

4. Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung Investmentmanager und Anlageberater hinzuziehen, insbesondere sich durch einen Anlageausschuß beraten lassen. Die Kosten hierfür trägt die Verwaltungsgesellschaft, sofern im Sonderreglement des jeweiligen Fonds keine anderweitige Bestimmung getroffen wird.

5. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt für jeden Fonds einen Verkaufsprospekt, der aktuelle Informationen zu dem Fonds enthält, insbesondere im Hinblick auf Anteilpreise, Vergütungen und Verwaltung des Fonds.

**Art. 3. Die Depotbank**

1. Die Depotbank für einen Fonds wird im jeweiligen Sonderreglement bestimmt.

2. Die Depotbank ist mit der Verwahrung der Vermögenswerte des jeweiligen Fonds beauftragt. Die Rechte und Pflichten der Depotbank richten sich nach dem Gesetz, dem Verwaltungsreglement, dem Sonderreglement des jeweiligen Fonds und dem Depotbankvertrag zu dem jeweiligen Fonds in ihrer jeweils gültigen Fassung.

3. Alle Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Investmentanteile und andere Vermögenswerte eines Fonds werden von der Depotbank in gesperrten Konten und Depots verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Verwaltungsreglements sowie des Sonderreglements des jeweiligen Fonds verfügt werden darf. Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft Dritte, insbesondere andere Banken und Wertpapiersammelstellen mit der Verwahrung von Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten beauftragen.

4. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen

- a. Ansprüche der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;
- b. gegen Vollstreckungsmaßnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das jeweilige Fondsvermögen nicht haftet.

5. Die Depotbank ist an Weisungen der Verwaltungsgesellschaft gebunden, sofern solche Weisungen nicht dem Gesetz, dem Verwaltungsreglement, dem Sonderreglement oder dem Verkaufsprospekt des jeweiligen Fonds in ihrer jeweils gültigen Fassung widersprechen.

6. Verwaltungsgesellschaft und Depotbank sind berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit im Einklang mit dem jeweiligen Depotbankvertrag zu kündigen. Im Falle einer Kündigung der Depotbankbestellung ist die Verwaltungsgesellschaft verpflichtet, innerhalb von zwei Monaten mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde eine andere Bank zur Depotbank zu bestellen, andernfalls die Kündigung der Depotbankbestellung notwendigerweise die Auflösung des entsprechenden Fonds zur Folge hat; bis dahin wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilhaber ihren Pflichten als Depotbank vollumfänglich nachkommen.

#### **Art. 4. Allgemeine Richtlinien für die Anlagepolitik**

Die Anlageziele und die spezifische Anlagepolitik eines Teilfonds werden auf der Grundlage der nachfolgenden allgemeinen Richtlinien im Sonderreglement des jeweiligen Teilfonds festgelegt. Die Anlagepolitik der einzelnen Teilfonds umfaßt dementsprechend die Anlage in Wertpapieren internationaler Emittenten und sonstigen zulässigen Vermögenswerten einschließlich flüssiger Mittel. Die Anlagebeschränkungen sind auf jeden Teilfonds separat anwendbar.

Für die Berechnung der Mindestgrenze für das Netto-Fondsvermögen gemäß Artikel 1 Nummer 2 des Verwaltungsreglements sowie für die in Artikel 4 Absatz 8 i) des Verwaltungsreglements aufgeführten Anlagegrenzen ist auf das Fondsvermögen des Fonds insgesamt abzustellen, das sich aus der Addition der Netto-Vermögen der Teilfonds ergibt.

##### **1. Notierte Wertpapiere und Geldmarktinstrumente**

Ein Fondsvermögen wird grundsätzlich in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten angelegt, die an einer Wertpapierbörse oder an einem anderen anerkannten, für das Publikum offenen und ordnungsgemäß funktionierenden geregelten Markt («geregelter Markt») innerhalb der Kontinente von Europa, Nord- und Südamerika, Australien (mit Ozeanien), Afrika oder Asien amtlich notiert bzw. gehandelt werden.

##### **2. Neuemissionen und Geldmarktinstrumente**

Ein Fondsvermögen kann Neuemissionen enthalten, sofern diese

- a. in den Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Börse oder zum Handel an einem anderen geregelten Markt zu beantragen, und
- b. spätestens ein Jahr nach Emission an einer Börse amtlich notiert oder zum Handel an einem anderen geregelten Markt zugelassen werden.

Sofern die Zulassung an einem der unter Nummer 1 dieses Artikels genannten Märkte nicht binnen Jahresfrist erfolgt, sind Neuemissionen als nicht notierte Wertpapiere gemäß Nummer 3 dieses Artikels anzusehen und in die dort erwähnte Anlagegrenze einzubeziehen.

##### **3. Nicht notierte Wertpapiere und Geldmarktinstrumente**

Bis zu 10% eines Netto-Teilfondsvermögens können in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten angelegt werden, die weder an einer Börse amtlich notiert noch an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden.

##### **4. Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren**

Das Netto-Teilfondsvermögen kann in Anteilen von nach der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. Dezember 1985 Nr. 85/611/EWG zugelassenen Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren des offenen Typs («OGAW») und/oder anderer Organismen für gemeinsame Anlagen («OGA») im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 erster und zweiter Gedankenstrich der genannten Richtlinie mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Drittstaat angelegt werden, sofern

- diese anderen OGA nach Rechtsvorschriften zugelassen wurden, die sie einer Aufsicht unterstellen, welche nach Auffassung der Luxemburger Aufsichtsbehörde derjenigen nach dem Gemeinschaftsrecht gleichwertig ist und ausreichende Gewähr für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht,
- das Schutzniveau der Anteilseigner der anderen OGA dem Schutzniveau der Anteilseigner eines OGAW gleichwertig ist und insbesondere die Vorschriften für die getrennte Verwahrung des Vermögens, die Kreditaufnahme, die Kreditgewährung und Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 85/611/EWG gleichwertig sind,
- die Geschäftstätigkeit der anderen OGA Gegenstand von Halbjahres- und Jahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden,
- der OGAW oder der andere OGA, dessen Anteile erworben werden sollen, nach seinen Gründungsdokumenten insgesamt höchstens 10% seines Vermögens in Anteilen anderer OGAW oder OGA anlegen darf.



### 5. Sichteinlagen

Es können Sichteinlagen oder kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens 12 Monaten bei Kreditinstituten gehalten werden, sofern das betreffende Kreditinstitut seinen Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union hat oder - falls der satzungsmässige Sitz des Kreditinstituts sich in einem Drittstaat befindet - es Aufsichtsbestimmungen unterliegt, die nach Auffassung der Aufsichtsbehörde denjenigen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind.

### 6. Abgeleitete Finanzinstrumente

Es können abgeleitete Finanzinstrumente, einschliesslich gleichwertiger bar abgerechneter Instrumente, die an einem der in Nummer 1 bezeichneten geregelten Märkte gehandelt werden, und/oder abgeleitete Finanzierungsinstrumente, die nicht an einer Börse gehandelt werden («OTC-Derivate») erworben werden, sofern

- es sich bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne der Nummern 1. bis 7. oder um Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die der OGAW gemäß den in seinen Gründungsdokumenten genannten Anlagezielen investieren darf,
- die Gegenparteien bei Geschäften mit OTC-Derivaten einer Aufsicht unterliegende Institute der Kategorien sind, die von der Luxemburger Aufsichtsbehörde zugelassen wurden, und
- die OTC-Derivate einer zuverlässigen und überprüfbaren Bewertung auf Tagesbasis unterliegen und jederzeit auf Initiative des OGAW zum angemessenen Zeitwert veräussert, liquidiert oder durch ein Gegengeschäft glattgestellt werden können.

### 7. Geldmarktinstrumente

Es können Geldmarktinstrumente erworben werden, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden, aber liquide sind und deren Wert jederzeit bestimmt werden kann, sofern die Emission oder Emittent dieser Instrumente bereits Vorschriften über die Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegt und vorausgesetzt, diese Instrumente werden:

- von einer zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Körperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaats der EU, der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Union oder Europäischen Investitionsbank, von einem Drittstaat oder, sofern dieser ein Bundesstaat ist, einem Mitgliedstaat der Föderation oder von einer internationalen Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters, denen wenigstens ein Mitgliedstaat der EU angehört, begeben oder garantiert, oder
- von einem Unternehmen begeben, dessen Wertpapiere auf den unter Nummer 1 dieses Artikels bezeichneten geregelten Märkten gehandelt werden, oder
- von einem Institut begeben oder garantiert, das gemäß den im Gemeinschaftsrecht festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Institut, das Aufsichtsbestimmungen unterliegt und diese einhält, die nach Auffassung der Luxemburger Aufsichtsbehörde mindestens so streng sind wie die des Gemeinschaftsrechts, oder
- von anderen Emittenten begeben, die einer Kategorie angehören, die von der Luxemburger Aufsichtsbehörde zugelassen wurde, sofern für Anlagen in diesen Instrumenten Vorschriften für den Anlegerschutz gelten, die denen des ersten, zweiten und dritten Gedankenstrichs gleichwertig sind und sofern es sich bei dem Emittenten entweder um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens zehn Millionen Euro, das seinen Jahresabschluss nach den Vorschriften der 4. Richtlinie 78/660/EWG aufstellt, oder um einen Rechtsträger, der innerhalb einer eine oder mehrere börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder um einen Rechtsträger handelt, der die wertpapiermäßige Unterlegung von Verbindlichkeiten durch die Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie finanzieren soll.

### 8. Anlagegrenzen

a. i) Bis zu 10% des Netto-Teilfondsvermögens können in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten ein- und desselben Emittenten angelegt werden. Bis zu 20% des Netto-Teilfondsvermögens dürfen in Einlagen ein und desselben Emittenten angelegt werden. Das Ausfallrisiko bei Geschäften mit OTC-Derivaten darf 10 % des Netto-Teilfondsvermögens nicht überschreiten, wenn die Gegenpartei ein Kreditinstitut im Sinne der Nummer 5 ist, oder höchstens 5% des Netto-Teilfondsvermögens in allen übrigen Fällen.

ii) Der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente von Emittenten, bei denen mehr als 5% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens angelegt sind, ist auf höchstens 40% dieses Netto-Teilfondsvermögens begrenzt. Diese Begrenzung findet keine Anwendung auf Einlagen und Geschäfte mit OTC-Derivaten, die mit Finanzinstituten getätigt werden, welche einer Aufsicht unterliegen.

Ungeachtet der in i) aufgeführten Einzelobergrenzen darf das Netto-Teilfondsvermögen bei einem Emittenten höchstens zu 20% in einer Kombination aus

- von diesem Emittenten begebenen Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten und/oder
- Einlagen und/oder
- von diesem Emittenten erworbenen OTC-Derivaten investiert werden.

b. Der unter a. i) Satz 1 genannte Prozentsatz von 10% erhöht sich auf 35%, und der unter a. ii) Satz 1 genannte Prozentsatz von 40% entfällt für Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von den folgenden Emittenten begeben oder garantiert werden:

- Mitgliedstaaten der Europäischen Union («EU») und deren Gebietskörperschaften;
- Mitgliedsstaaten der OECD;
- Staaten, die nicht Mitgliedstaaten der EU sind;
- internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein Mitgliedstaat der EU angehört.

c. Die unter a. i) und ii) Satz 1 genannten Prozentsätze erhöhen sich von 10% auf 25% bzw. von 40% auf 80% für Schuldverschreibungen, welche von Kreditinstituten, die in einem Mitgliedstaat der EU ansässig sind, begeben werden, sofern

- diese Kreditinstitute auf Grund eines Gesetzes einer besonderen öffentlichen Aufsicht zum Schutz der Inhaber solcher Schuldverschreibungen unterliegen,
- der Gegenwert solcher Schuldverschreibungen dem Gesetz entsprechend in Vermögenswerten angelegt wird, die während der gesamten Laufzeit dieser Schuldverschreibungen die sich daraus ergebenden Verbindlichkeiten ausreichend decken und
- die erwähnten Vermögenswerte beim Ausfall des Emittenten vorrangig zur Rückzahlung von Kapital und Zinsen bestimmt sind.

Die hier erwähnten Schuldverschreibungen werden bei der Anwendung der in a. ii) genannten Anlagegrenze von 40% nicht berücksichtigt.

d. Die Anlagegrenzen unter a. bis c. dürfen nicht kumuliert werden. Hieraus ergibt sich, dass Anlagen in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten ein- und desselben Emittenten oder Einlagen bei dieser Institution oder Derivate derselben in keinem Fall 35% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens überschreiten dürfen.

Gesellschaften, die im Hinblick auf die Erstellung des konsolidierten Abschlusses im Sinne der Richtlinie 83/349 EWG oder nach den anerkannten internationalen Rechnungslegungsvorschriften derselben Unternehmensgruppe angehören, sind bei der Berechnung der in diesem Paragraph vorgesehenen Anlagegrenzen als eine einzige Unternehmensgruppe anzusehen.

Kumulativ dürfen bis zu 20% des Netto-Teilfondsvermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten ein und derselben Unternehmensgruppe angelegt werden.

e. Unbeschadet der unter i. festgelegten Anlagegrenzen werden die unter a. genannten Obergrenzen für Anlagen in Aktien und/oder Schuldtiteln ein und desselben Emittenten auf höchstens 20 % angehoben, wenn es gemäß den Gründungsdokumenten des Teilfonds Ziel seiner Anlagepolitik ist, einen bestimmten, von der Luxemburger Aufsichtsbehörde anerkannten Aktien- oder Schuldtitelindex nachzubilden; Voraussetzung hierfür ist, dass

- die Zusammensetzung des Index hinreichend diversifiziert ist;
- der Index eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt darstellt, auf den er sich bezieht;
- der Index in angemessener Weise veröffentlicht wird.

Die im Satz 1 festgelegte Grenze wird auf höchstens 35% angehoben, sofern dies aufgrund aussergewöhnlicher Marktbedingungen gerechtfertigt ist, und zwar insbesondere bei geregelten Märkten, auf denen bestimmte Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente stark dominieren. Eine Anlage bis zu dieser Obergrenze ist nur bei einem einzigen Emittenten zulässig.

f. Die Verwaltungsgesellschaft kann für einen Teilfonds abweichend von a. bis d. ermächtigt werden, unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung bis zu 100% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten verschiedener Emissionen anzulegen, die von einem Mitgliedstaat der EU, dessen Gebietskörperschaften, von einem Staat, der Mitgliedstaat der OECD ist oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen wenigstens ein Mitgliedstaat der EU angehört, begeben oder garantiert werden, sofern diese Wertpapiere im Rahmen von mindestens sechs verschiedenen Emissionen begeben worden sind, wobei Wertpapiere aus ein- und derselben Emission 30% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens nicht überschreiten dürfen.

g. i) Für den Teilfonds dürfen Anteile von anderen OGAW und/oder OGA im Sinne der Nummer 4 erworben werden, sofern er höchstens 20% seines Vermögens in Anteilen ein und desselben OGAW bzw. sonstigen OGA anlegt. Zum Zwecke der Anwendung dieser Anlagegrenze wird jeder Teilfonds eines OGA mit mehreren Teilfonds im Sinne von Artikel 133 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 als eigenständiger Emittent unter der Voraussetzung betrachtet, dass die Trennung der Haftung der Teilfonds in Bezug auf Dritte sichergestellt ist.

ii) Anlagen in Anteilen von anderen OGA als OGAW dürfen insgesamt 30% des Netto-Teilfondsvermögens nicht übersteigen. In den Fällen, in denen der Teilfonds Anteile eines anderen OGAW und/oder sonstigen OGA erworben hat, müssen die Anlagewerte des betreffenden OGAW oder anderen OGA hinsichtlich der Obergrenzen der Nummer 8 a. bis d. nicht berücksichtigt werden.

iii) Erwirbt der Teilfonds Anteile anderer OGAW und/oder sonstiger anderer OGA, die unmittelbar oder aufgrund einer Übertragung von der derselben Verwaltungsgesellschaft oder von einer Gesellschaft verwaltet werden, die mit der Verwaltungsgesellschaft durch eine gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, verwaltet werden, so darf die Verwaltungsgesellschaft oder die andere Gesellschaft für die Zeichnung oder die Rücknahme von Anteilen dieser anderen OGAW und/oder OGA durch den Teilfonds keine Gebühren berechnen.

h. Die Verwaltungsgesellschaft wird für die Gesamtheit der von ihr verwalteten Fonds, die unter den Anwendungsbereich des Teils I des Gesetzes vom 30. März 1988 für Organismen für gemeinsame Anlagen sowie des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 fallen, stimmberechtigte Aktien insoweit nicht erwerben, als ein solcher Erwerb ihr einen wesentlichen Einfluß auf die Geschäftspolitik des Emittenten gestattet.

- i. Die Verwaltungsgesellschaft darf für jeden Fonds höchstens
- 10% der von einem einzigen Emittenten ausgegebenen stimmrechtslosen Aktien,
  - 10% der von einem einzigen Emittenten ausgegebenen Schuldverschreibungen,
  - 25% der Anteile ein und desselben OGAW und/oder anderen OGA,
  - 10% der von einem einzigen Emittenten ausgegebenen Geldmarktinstrumente,
- erwerben.

Die Anlagegrenzen des zweiten, dritten und vierten Gedankenstriches bleiben insoweit außer Betracht, als das Gesamtemissionsvolumen der erwähnten Schuldverschreibungen oder Geldmarktinstrumente bzw. die Zahl der im Umlauf befindlichen Anteile oder Aktien eines OGA zum Zeitpunkt des Erwerbs nicht ermittelt werden können.

Die hier unter h. und i. aufgeführten Anlagegrenzen sind auf solche Wertpapiere und Geldmarktinstrumente nicht anzuwenden, die von Mitgliedstaaten der EU und deren Gebietskörperschaften oder von Staaten, die nicht Mitgliedstaat

der EU sind, begeben oder garantiert oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters begeben werden, denen mindestens ein Mitgliedstaat der EU angehört.

Die hier unter h. und i. aufgeführten Anlagegrenzen sind ferner nicht anwendbar auf den Erwerb von Aktien an Gesellschaften mit Sitz in einem Staat, der nicht Mitgliedstaat der EU ist, sofern:

- solche Gesellschaften hauptsächlich Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in diesem Staat erwerben,
- der Erwerb von Aktien einer solchen Gesellschaft aufgrund gesetzlicher Bestimmungen dieses Staates den einzigen Weg darstellt, um in Wertpapieren von Emittenten mit Sitz in diesem Staat zu investieren,
- die erwähnten Gesellschaften im Rahmen ihrer Anlagepolitik Anlagegrenzen respektieren, die denjenigen der Nummer 8 a. bis e. und g. sowie h. und i. 1. bis 4. Gedankenstrich des Verwaltungsreglements entsprechen. Bei Überschreitung der Anlagegrenzen der Nummer 8 a. bis e. und g. sind die Bestimmungen der Nummer 18 sinngemäß anzuwenden.

j. Für einen Teilfonds dürfen abgeleitete Finanzinstrumente eingesetzt werden, sofern das hiermit verbundene Gesamtrisiko das Netto-Teilfondsvermögen nicht überschreitet. Bei der Berechnung der Risiken werden der Marktwert der Basiswerte, das Ausfallrisiko, künftige vorhersehbare Marktentwicklungen und die Liquidationsfrist der Positionen berücksichtigt. Ein Teilfonds darf als Teil seiner Anlagestrategie innerhalb der in Artikel 43 (5) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 festgelegten Grenzen Anlagen in abgeleiteten Finanzinstrumenten tätigen, sofern das Gesamtrisiko der Basiswerte die Anlagegrenzen des Artikels 43 nicht überschreitet. Anlagen in indexbasierten Derivaten müssen bei den Anlagegrenzen des genannten Artikels nicht berücksichtigt werden.

Wenn ein Derivat in ein Wertpapier oder ein Geldmarktinstrument eingebettet ist, muss es hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften dieses Absatzes mit berücksichtigt werden.

#### 9. Optionen

a. Eine Option ist das Recht, einen bestimmten Vermögenswert während eines bestimmten Zeitraums zu einem im voraus bestimmten Preis («Ausübungspreis») zu kaufen (Kauf- oder «Call»-Option) oder zu verkaufen (Verkaufs- oder «Put»-Option). Der Preis einer Call- oder Put-Option ist die Options-«Prämie».

Kauf und Verkauf von Optionen sind mit besonderen Risiken verbunden:

Die entrichtete Prämie einer erworbenen Call- oder Put-Option kann verlorengehen, sofern der Kurs des der Option zugrundeliegenden Wertpapiers sich nicht erwartungsgemäß entwickelt und es deshalb nicht im Interesse des Teilfonds liegt, die Option auszuüben.

Wenn eine Call-Option verkauft wird, besteht das Risiko, daß der Teilfonds nicht mehr an einer möglicherweise erheblichen Wertsteigerung des Wertpapiers teilnimmt beziehungsweise sich bei Ausübung der Option durch den Vertragspartner zu ungünstigen Marktpreisen eindecken muß.

Beim Verkauf von Put-Optionen besteht das Risiko, daß der Teilfonds zur Abnahme von Wertpapieren zum Ausübungspreis verpflichtet ist, obwohl der Marktwert dieser Wertpapiere bei Ausübung der Option deutlich niedriger ist.

Durch die Hebelwirkung von Optionen kann der Wert des Teilfondsvermögens stärker beeinflusst werden, als dies beim unmittelbaren Erwerb von Wertpapieren der Fall ist.

b. Die Verwaltungsgesellschaft kann unter Beachtung der in diesem Absatz erwähnten Anlagebeschränkungen für einen Teilfonds Call-Optionen und Put-Optionen auf Wertpapiere, Börsenindizes, Finanzterminkontrakte und sonstige Finanzinstrumente kaufen und verkaufen, sofern diese Optionen an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden.

Darüber hinaus können für einen Teilfonds Optionen der beschriebenen Art ge- und verkauft werden, die nicht an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden («over-the-counter» oder «OTC»-Optionen), sofern die Vertragspartner des Teilfonds erstklassige, auf solche Geschäfte spezialisierte Finanzinstitute und Teilnehmer an den OTC-Märkten sind und einer bonitätsmäßig einwandfreien Einstufung durch eine international anerkannte Ratingagentur unterliegen.

c. Die Summe der Prämien für den Erwerb der unter b. genannten Optionen darf 15% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens nicht übersteigen.

d. Für einen Teilfonds können Call-Optionen auf Wertpapiere verkauft werden, sofern die Summe der Ausübungspreise solcher Optionen zum Zeitpunkt des Verkaufs 25% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens nicht übersteigt. Diese Anlagegrenze gilt nicht, soweit verkaufte Call-Optionen durch Wertpapiere unterlegt und durch andere Instrumente abgesichert sind. Im übrigen muß der Teilfonds jederzeit in der Lage sein, die Deckung von Positionen aus dem Verkauf ungedeckter Call-Optionen sicherzustellen.

Verkauft die Verwaltungsgesellschaft für einen Teilfonds Put-Optionen, so muß der entsprechende Teilfonds während der gesamten Laufzeit der Optionen über ausreichende flüssige Mittel verfügen, um den Verpflichtungen aus den Optionengeschäften nachkommen zu können.

#### 10. Finanzterminkontrakte

a. Finanzterminkontrakte sind gegenseitige Verträge, welche die Vertragsparteien verpflichten, einen bestimmten Vermögenswert an einem im voraus bestimmten Zeitpunkt zu einem im voraus bestimmten Preis abzunehmen beziehungsweise zu liefern. Dies ist mit erheblichen Chancen, aber auch Risiken verbunden, weil jeweils nur ein Bruchteil der jeweiligen Kontraktgröße («Einschuß») sofort geleistet werden muß. Kursausschläge in die eine oder andere Richtung können, bezogen auf den Einschuß, zu erheblichen Gewinnen oder Verlusten führen.

b. Die Verwaltungsgesellschaft kann für einen Teilfonds Finanzterminkontrakte als Zinsterminkontrakte sowie als Kontrakte auf Börsenindizes kaufen und verkaufen, soweit diese Finanzterminkontrakte an hierfür vorgesehenen Börsen oder anderen geregelten Märkten gehandelt werden.

c. Durch den Handel mit Finanzterminkontrakten kann die Verwaltungsgesellschaft bestehende Aktien- und Rentenpositionen gegen Kursverluste oder Zinsänderungsrisiken absichern. Mit dem gleichen Ziel kann die Verwaltungsgesellschaft Call-Optionen auf Finanzinstrumente verkaufen oder Put-Optionen auf Finanzinstrumente kaufen.

d. Ein Teilfonds kann Finanzterminkontrakte zu anderen als zu Absicherungszwecken kaufen und verkaufen.

Die Gesamtheit der Verpflichtungen aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die nicht der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen zu keiner Zeit übersteigen. Hierbei bleiben Verpflichtungen aus Verkäufen von Call-Optionen außer Betracht, die durch angemessene Werte im jeweiligen Teilfondsvermögen unterlegt sind.

#### 11. Wertpapierpensionsgeschäfte

Ein Teilfonds kann von Zeit zu Zeit Wertpapiere in Form von Pensionsgeschäften (repurchase agreements) kaufen, sofern der jeweilige Vertragspartner sich zur Rücknahme der Wertpapiere verpflichtet sowie Wertpapiere in Form von Pensionsgeschäften verkaufen. Dabei muß der Vertragspartner solcher Geschäfte ein erstklassiges Finanzinstitut und auf solche Geschäfte spezialisiert sein. Im Rahmen eines Wertpapierpensionsgeschäftes erworbene Wertpapiere kann der Teilfonds während der Laufzeit des entsprechenden Wertpapierpensionsgeschäftes nicht veräußern. Im Rahmen des Verkaufs von Wertpapieren in Form von Wertpapierpensionsgeschäften ist der Umfang der Wertpapierpensionsgeschäfte stets auf einem Niveau zu halten, das es dem Teilfonds ermöglicht, jederzeit seiner Verpflichtung zur Rücknahme von Anteilen nachzukommen.

#### 12. Wertpapierleihe

Im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems können Wertpapiere insgesamt bis zu 50% des Wertes des jeweiligen Wertpapierbestandes auf höchstens 30 Tage ge- oder verliehen werden. Voraussetzung ist, daß dieses Wertpapierleihsystem durch einen anerkannten Abrechnungsorganismus oder durch ein auf solche Geschäfte spezialisiertes Finanzinstitut hervorragender Bonität organisiert ist.

Im Rahmen der Wertpapierleihe von Wertpapieren an dem Teilfondsvermögen kann die Wertpapierleihe mehr als 50% des Wertes des Wertpapierbestandes in einem Teilfondsvermögen erfassen, sofern dem jeweiligen Teilfonds das Recht eingeräumt ist, den Wertpapierleihvertrag jederzeit zu kündigen und die verliehenen Wertpapiere zurückzuvorgelangen.

Der Teilfonds als Leihgeber muß im Rahmen der Wertpapierleihe grundsätzlich eine Garantie erhalten, deren Gegenwart zur Zeit des Vertragsabschlusses mindestens dem Gesamtwert der verliehenen Wertpapiere entspricht. Diese Garantie kann in flüssigen Mitteln bestehen oder in Wertpapieren, die durch Mitgliedstaaten der OECD, deren Gebietskörperschaften oder Organismen gemeinschaftsrechtlichen, regionalen oder weltweiten Charakters begeben oder garantiert und zugunsten des jeweiligen Teilfonds während der Laufzeit des Wertpapierleihvertrages gesperrt werden.

Einer Garantie bedarf es nicht, sofern die Wertpapierleihe im Rahmen von CLEARSTREAM INTERNATIONAL, EUROCLEAR oder einem sonstigen anerkannten Abrechnungsorganismus stattfindet, der selbst zu Gunsten des Verleihers der verliehenen Wertpapiere mittels einer Garantie oder auf andere Weise Sicherheit leistet.

Der Teilfonds kann im Rahmen der Wertpapierleihe als Leihnehmer im Zusammenhang mit der Erfüllung eines Wertpapierverkaufs in folgenden Fällen auftreten:

- während einer Zeit, in welcher die Wertpapiere zu Registrierungszwecken versandt wurden;
- wenn Wertpapiere verliehen und nicht rechtzeitig zurückerstattet wurden;
- zur Vermeidung der Nichterfüllung eines Wertpapierverkaufs, wenn die Depotbank ihrer Lieferverpflichtung nicht nachkommt

Sofern Wertpapiere in das Teilfondsvermögen geliehen werden, darf während der Laufzeit der entsprechenden Wertpapierleihe über die geliehenen Wertpapiere nicht verfügt werden, es sei denn, es besteht im Teilfondsvermögen eine ausreichende Absicherung, die es dem Teilfonds ermöglicht, nach Ende der Laufzeit eines Wertpapiervertrages seiner Verpflichtung zur Rückgabe der geliehenen Wertpapiere nachzukommen.

#### 13. Sonstige Techniken und Instrumente

a. Die Verwaltungsgesellschaft kann sich für einen Teilfonds sonstiger Techniken und Instrumente bedienen, die Wertpapiere oder Indizes zum Gegenstand haben, sofern die Verwendung solcher Techniken und Instrumente im Hinblick auf die ordentliche Verwaltung des jeweiligen Teilfondsvermögens erfolgt.

b. Dies gilt insbesondere für Tauschgeschäfte mit Zinssätzen, welche im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zu Sicherungszwecken vorgenommen werden können. Diese Geschäfte sind ausschließlich mit auf solche Geschäfte spezialisierten Finanzinstituten bester Bonität zulässig und dürfen zusammen mit den in Absatz 8 dieses Artikels beschriebenen Verpflichtungen grundsätzlich den Gesamtwert der von dem jeweiligen Teilfonds in den entsprechenden Währungen gehaltenen Vermögenswerte nicht übersteigen.

c. Dies gilt ferner für Index-Zertifikate, sofern diese als Wertpapiere gemäß Art. 41, Abs. 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 gelten. Index-Zertifikate sind am Kapitalmarkt begebene Inhaberschuldverschreibungen, die eine Rückzahlung unter Berücksichtigung der relativen Indexveränderung, gegebenenfalls bis zu einem vereinbarten Höchstkurs, am jeweiligen Berechnungstag verbrieften. Der Kurs dieser Index-Zertifikate richtet sich insbesondere nach dem jeweiligen aktuellen Index-Stand, ihre Rückzahlung nach den jeweiligen Emissionsbedingungen. Dabei unterscheiden sich Index-Zertifikate von verbrieften Index-Optionen und Optionsscheinen dadurch, daß es sich nicht um Termingeschäfte handelt und die für Optionen signifikante Hebelwirkung, die Optionsprämie und der Ausübungspreis fehlen.

#### 14. Flüssige Mittel

Bis zu 100% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens dürfen in flüssigen Mitteln bei der Depotbank oder bei sonstigen Banken gehalten werden.

#### 15. Devisensicherung

a. Zur Absicherung von Devisenrisiken kann ein Teilfonds Devisenterminkontrakte verkaufen sowie Call-Optionen auf Devisen verkaufen und Put-Optionen auf Devisen kaufen, sofern solche Devisenkontrakte oder Optionen an einer Börse oder an einem geregelten Markt oder sofern die erwähnten Optionen als OTC-Optionen im Sinne von Absatz 9

b. gehandelt werden, unter der Voraussetzung, daß es sich bei den Vertragspartnern um erstklassige Finanzinstitutionen handelt, die auf derartige Geschäfte spezialisiert sind und die einer bonitätsmäßig einwandfreien Einstufung durch eine internationale anerkannte Ratingagentur unterliegen.

b. Ein Teilfonds kann zu Absicherungszwecken außerdem auch Devisen auf Termin verkaufen beziehungsweise umtauschen im Rahmen freihändiger Geschäfte, die mit erstklassigen, auf solche Geschäfte spezialisierten Finanzinstitutionen abgeschlossen werden.

c. Devisensicherungsgeschäfte setzen in der Regel eine unmittelbare Verbindung zu den abgesicherten Werten voraus. Sie dürfen daher grundsätzlich die in der gesicherten Währung vom Teilfonds gehaltenen Werte weder im Hinblick auf das Volumen noch bezüglich der Restlaufzeit überschreiten.

#### 16. Weitere Anlagerichtlinien

a. Leerverkäufe von Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder anderen in den Nummern 4., 6. und 7 genannten Finanzinstrumenten sind nicht zulässig.

b. Ein Teilfondsvermögen darf nicht zur festen Übernahme von Wertpapieren benutzt werden.

c. Ein Teilfondsvermögen darf nicht in Immobilien, Edelmetallen, Edelmetallkontrakten, Waren oder Warenkontrakten angelegt werden.

#### 17. Kredite und Belastungsverbote

a. Ein Teilfondsvermögen darf nur insoweit zur Sicherung verpfändet, übereignet bzw. abgetreten oder sonst belastet werden, als dies an einer Börse oder einem anderen Markt aufgrund verbindlicher Auflagen gefordert wird.

b. Kredite dürfen bis zu einer Obergrenze von 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens aufgenommen werden, sofern diese Kreditaufnahme nur für kurze Zeit erfolgt. Daneben kann ein Teilfonds Fremdwährungen im Rahmen eines «back-to-back»-Darlehens erwerben.

c. Im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Zeichnung nicht voll einbezahlter Wertpapiere, Geldmarktinstrumente oder anderer in den Nummern 4., 6. und 7 genannten Finanzinstrumente können Verbindlichkeiten zu Lasten eines Teilfondsvermögens übernommen werden, die jedoch zusammen mit den Kreditverbindlichkeiten gemäß Buchstabe b. 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens nicht überschreiten dürfen.

d. Zu Lasten eines Teilfondsvermögens dürfen weder Kredite gewährt noch für Dritte Bürgschaftsverpflichtungen eingegangen werden.

#### 18. Überschreitung von Anlagegrenzen

a. Anlagebeschränkungen dieses Artikels müssen nicht eingehalten werden, sofern sie im Rahmen der Ausübung von Bezugsrechten, die den im jeweiligen Teilfondsvermögen befindlichen Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten beigefügt sind, überschritten werden.

b. Neu aufgelegte Teilfonds können für eine Frist von sechs Monaten ab Genehmigung des Teilfonds von den Anlagegrenzen nach Nummer 8 a. bis g. dieses Artikels abweichen.

c. Werden die in diesem Artikel genannten Anlagebeschränkungen unbeabsichtigt oder durch Ausübung von Bezugsrechten überschritten, so wird die Verwaltungsgesellschaft vorrangig anstreben, die Normalisierung der Lage unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber zu erreichen.

Ist der Emittent eine juristische Person mit mehreren Teilfonds, bei dem das Vermögen eines Teilfonds ausschliesslich für die Ansprüche der Anleger dieses Teilfonds sowie für diejenigen der Gläubiger, deren Forderung aufgrund der Gründung, der Funktionsweise oder der Liquidation dieses Teilfonds entstanden sind, haften, wird zum Zwecke der Anwendung der Risikostreuungsregelungen nach Nummer 8 Buchstaben a. bis e. sowie g. dieses Artikels jeder Teilfonds als gesonderter Emittent angesehen.

### Art. 5. Anteile an einem Fonds.

1. Anteile werden für den jeweiligen Teilfonds ausgegeben und lauten auf den Inhaber. Die Anteile werden grundsätzlich durch Globalzertifikate verbrieft; es besteht kein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke. Daneben werden auf den Namen lautende Anteile mittels Eintragung in ein Anteilscheinregister des Fonds in der Form von Anteilbestätigungen zur Verfügung gestellt. Die Verwaltungsgesellschaft kann Anteilsbruchteile bis zu 0,0001 Anteilen ausgeben. Alle Anteile sind nennwertlos; sie sind voll eingezahlt, frei übertragbar und besitzen kein Vorzugs- oder Vorkaufsrecht.

2. Alle Anteile eines Teilfonds haben grundsätzlich gleiche Rechte.

3. Für jeden Teilfonds können ausschüttungsberechtigte Anteile («A - Anteile») und thesaurisierende Anteile («B - Anteile») ausgegeben werden. Alle Anteile sind vom Tage ihrer Ausgabe an in gleicher Weise an Erträgen, Kursgewinnen und am Liquidationserlös ihrer jeweiligen Anteilklasse berechtigt.

4. Ausgabe und Rücknahme der Anteile sowie die Vornahme von Zahlungen auf Anteile bzw. Ertragsscheine erfolgen bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank sowie über jede Zahlstelle.

### Art. 6. Ausgabe von Anteilen.

1. Die Ausgabe von Anteilen erfolgt zu dem im Sonderreglement des jeweiligen Teilfonds festgelegten Ausgabepreis und zu den dort bestimmten Bedingungen. Ausgabepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 7 zuzüglich einer im Sonderreglement genannten Verkaufsprovision, die 7% des Anteilwertes nicht überschreitet. Die Verkaufsprovision wird zugunsten der Vertriebsstellen erhoben. Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.

2. Der Ausgabepreis ist innerhalb von drei Bankarbeitstagen in Luxemburg nach dem entsprechenden Bewertungstag zahlbar.

Die Verwaltungsgesellschaft kann die Zeichnung von Anteilen Bedingungen unterwerfen sowie Zeichnungsfristen und Mindestzeichnungsbeträge festlegen. Dies findet Erwähnung im Verkaufsprospekt. Die Verwaltungsgesellschaft kann für einen Teilfonds jederzeit nach eigenem Ermessen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen

zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilhaber, zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft, zum Schutz des jeweiligen Teilfonds, im Interesse der Anlagepolitik oder im Fall der Gefährdung der spezifischen Anlageziele eines Teilfonds erforderlich erscheint.

3. Der Erwerb von Anteilen erfolgt zum Ausgabepreis des jeweiligen Bewertungstages. Zeichnungsanträge, welche bis spätestens 16.30 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft eingegangen sind, werden auf der Grundlage des Anteilwertes des darauffolgenden Bewertungstages abgerechnet. Zeichnungsanträge, welche nach 16.30 Uhr (Luxemburger Zeit) eingehen, werden auf der Grundlage des Anteilwertes des übernächsten Bewertungstages abgerechnet.

4. Die Anteile werden unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Depotbank zugeteilt.

5. Die Depotbank wird auf nicht ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen unverzüglich zinslos zurückzahlen.

#### **Art. 7. Anteilwertberechnung.**

1. Die Anteilwertberechnung erfolgt separat für jeden Teilfonds nach den nachfolgenden Bestimmungen. Der Wert eines Anteils («Anteilwert») lautet auf die im Sonderreglement des jeweiligen Teilfonds festgelegte Währung («Teilfondswährung»). Er wird unter Aufsicht der Depotbank von der Verwaltungsgesellschaft oder einem von ihr beauftragten Dritten an jedem Tag, der zugleich Bankarbeitstag in Luxemburg und in Frankfurt am Main ist, berechnet («Bewertungstag»), es sei denn, im Sonderreglement des jeweiligen Teilfonds ist eine abweichende Regelung getroffen. Die Berechnung erfolgt durch Teilung des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens durch die Zahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Teile dieses Teilfonds.

2. Das Vermögen jedes Teilfonds wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

a. Wertpapiere, die an einer Börse amtlich notiert sind, werden zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet. Soweit Wertpapiere an mehreren Börsen amtlich notiert sind, ist der letzte verfügbare bezahlte Kurs des entsprechenden Wertpapiers an der Börse maßgeblich, die Hauptmarkt für dieses Wertpapier ist.

b. Wertpapiere, die nicht an einer Börse amtlich notiert sind, die aber an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, werden zu einem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere verkauft werden können.

c. Falls solche Kurse nicht marktgerecht sind oder falls für andere als die unter Buchstaben a. und b. genannten Wertpapiere keine Kurse festgelegt werden, werden diese Wertpapiere ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfaren Bewertungsregeln festlegt.

d. Die flüssigen Mittel werden zu ihrem Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet. Festgelder mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als 60 Tagen können mit dem jeweiligen Renditekurs bewertet werden, vorausgesetzt, ein entsprechender Vertrag zwischen dem Finanzinstitut, welches die Festgelder verwahrt, und der Verwaltungsgesellschaft sieht vor, daß diese Festgelder zu jeder Zeit kündbar sind und daß im Falle einer Kündigung ihr Realisierungswert diesem Renditekurs entspricht.

e. Alle nicht auf die jeweilige Teilfondswährung lautenden Vermögenswerte werden zum letzten Devisenmittelkurs in diese Teilfondswährung umgerechnet.

3. Sofern für einen Teilfonds zwei Anteilklassen gemäß Artikel 5 Ziffer 3 des Verwaltungsreglements ausgegeben werden, wird die Berechnung des Anteilwertes wie folgt durchgeführt:

a. Die Anteilwertberechnung erfolgt nach den unter Ziffer 1 dieses Artikels aufgeführten Kriterien für jede Anteilklasse separat.

b. Der Mittelzufluß aufgrund der Ausgabe von Anteilen erhöht den prozentualen Anteil der jeweiligen Anteilklasse am gesamten Wert des Netto-Teilfondsvermögens. Der Mittelabfluß aufgrund der Rücknahme von Anteilen vermindert den prozentualen Anteil der jeweiligen Anteilklasse am gesamten Wert des Netto-Teilfondsvermögens.

c. Im Falle einer Ausschüttung vermindert sich der Anteilwert der ausschüttungsberechtigten Anteile um den Betrag der Ausschüttung. Damit vermindert sich zugleich der prozentuale Anteil der ausschüttungsberechtigten Anteile am gesamten Wert des Netto-Teilfondsvermögens, während sich der prozentuale Anteil der nicht-ausschüttungsberechtigten Anteile am gesamten Netto-Teilfondsvermögen erhöht.

4. Für einen Teilfonds kann ein Ertragsausgleich durchgeführt werden.

5. Die Verwaltungsgesellschaft kann für umfangreiche Rücknahmeanträge, die nicht aus den liquiden Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen des jeweiligen Fonds befriedigt werden können, den Anteilwert auf der Basis der Kurse des Bewertungstages bestimmen, an welchem sie für den Teilfonds die erforderlichen Wertpapierverkäufe vornimmt; dies gilt dann auch für gleichzeitig eingereichte Zeichnungsaufträge für den Fonds.

6. Falls außergewöhnliche Umstände eintreten, welche die Bewertung nach den vorstehend aufgeführten Kriterien unmöglich oder unsachgerecht erscheinen lassen, ist die Verwaltungsgesellschaft ermächtigt, andere, von ihr nach Treu und Glauben festgelegte, allgemein anerkannte und von Wirtschaftsprüfern nachprüfbare Bewertungsregeln zu befolgen, um eine sachgerechte Bewertung des Fondsvermögens zu erreichen.

#### **Art. 8. Einstellung der Berechnung des Anteilwertes.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, für einen Teilfonds die Berechnung des Anteilwertes zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber gerechtfertigt ist, insbesondere:

a. während der Zeit, in welcher eine Börse oder ein geregelter Markt, an denen ein wesentlicher Teil der Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds amtlich notiert oder gehandelt wird, geschlossen ist (außer an gewöhnlichen Wo-

chenenden oder Feiertagen) oder der Handel an dieser Börse bzw. an dem entsprechenden Markt ausgesetzt oder eingeschränkt wurde;

b. in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Anlagen eines Teilfonds nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Anteilwertes ordnungsgemäß durchzuführen.

2. Die Verwaltungsgesellschaft wird die Aussetzung bzw. Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung unverzüglich in mindestens einer Tageszeitung in den Ländern veröffentlichen, in denen Anteile des jeweiligen Teilfonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind, sowie allen Anteilhabern mitteilen, die Anteile zur Rücknahme angeboten haben.

#### **Art. 9. Rücknahme und Umtausch von Anteilen.**

1. Die Anteilhaber eines Fonds sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zu dem im Sonderreglement des jeweiligen Teilfonds festgelegten Rücknahmepreis und zu den dort bestimmten Bedingungen zu verlangen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag. Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb von 3 luxemburger Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Teilfondswährung gegen Rückgabe der Anteile.

2. Rücknahmeanträge, welche bis spätestens 16.30 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft eingegangen sind, werden zum Anteilwert des darauffolgenden Bewertungstages abgerechnet.

Rücknahmeanträge, welche nach 16.30 Uhr (Luxemburger Zeit) eingehen, werden zum Anteilwert des übernächsten Bewertungstages abgerechnet.

3. Die Verwaltungsgesellschaft ist nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank berechtigt, umfangreiche Rücknahmen, die nicht aus den flüssigen Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen eines Teilfonds befriedigt werden können, erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds ohne Verzögerung verkauft wurden. Anleger, die ihre Anteile zur Rücknahme angeboten haben, werden von einer Aussetzung der Rücknahme sowie von der Wiederaufnahme der Rücknahme unverzüglich in geeigneter Weise in Kenntnis gesetzt.

4. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisa-rechtliche Vorschriften oder andere, von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

5. Die Verwaltungsgesellschaft kann für jeden Teilfonds Anteile einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilhaber oder zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft oder des jeweiligen Teilfonds erforderlich erscheint.

6. Der Anteilhaber kann seine Anteile ganz oder teilweise in Anteile einer anderen Anteilklasse ebenso wie in Anteile eines anderen Teilfonds umtauschen. Der Tausch der Anteile erfolgt auf der Grundlage des nächsterrechneten Anteilwertes der betreffenden Anteilklassen beziehungsweise der betreffenden Teilfonds. Dabei kann eine Umtauschprovision zugunsten der Vertriebsstelle des Teilfonds, in den getauscht werden soll, erhoben werden. Wird eine Umtauschprovision erhoben, so beträgt diese höchstens 1% des Anteilwertes des Teilfonds, in welche(n) der Umtausch erfolgen soll; eine Nachzahlung der etwaigen Differenz zwischen den Verkaufsprovisionen auf die Anteilwerte der betreffenden Teilfonds bleibt hiervon unberührt. Ein sich aus dem Umtausch ergebender Restbetrag von mehr als 10,- Euro zugunsten des Anteilhabers wird diesem durch Zusendung eines Verrechnungsschecks ausbezahlt; ansonsten verfällt der Überschuss zugunsten des Teilfonds, in den investiert werden soll.

#### **Art. 10. Rechnungsjahr und Abschlussprüfung.**

1. Das Rechnungsjahr eines Fonds wird im Sonderreglement des jeweiligen Fonds festgelegt.

2. Der Jahresabschluss eines Fonds wird von einem Wirtschaftsprüfer geprüft, der von der Verwaltungsgesellschaft ernannt wird.

#### **Art. 11. Ausschüttungen.**

1. Die Ausschüttungspolitik eines Teilfonds wird in dessen Sonderreglement festgelegt. Die Verwaltungsgesellschaft bestimmt für jeden Teilfonds, ob und in welchen Zeitabschnitten eine Ausschüttung vorgenommen wird.

Ausschüttungsberechtigt sind im Falle der Bildung von Anteilklassen gemäß Artikel 5 ausschließlich Anteile der Klasse A.

2. Die Ausschüttung kann bar oder in Form von Gratisanteilen erfolgen.

3. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Erträge aus Zinsen und/oder Dividenden abzüglich Kosten («ordentliche Netto-Erträge») sowie netto realisierte Kursgewinne kommen.

Ferner können die nicht realisierten Kursgewinne sowie sonstige Aktiva zur Ausschüttung gelangen, sofern das Netto-Fondsvermögen aufgrund der Ausschüttung nicht unter die Mindestgrenze gemäß Artikel 1 Absatz 2 des Verwaltungsreglements sinkt.

4. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt. Erträge, die fünf Jahre nach Veröffentlichung einer Ausschüttungserklärung nicht abgefordert werden, verfallen zugunsten des jeweiligen Teilfonds.

#### **Art. 12. Dauer und Auflösung des Fonds und der Teilfonds.**

1. Der Fonds ist auf unbestimmte Zeit errichtet. Die Verwaltungsgesellschaft kann einzelne Teilfonds auf bestimmte Zeit errichten. Die Laufzeit wird im jeweiligen Sonderreglement festgelegt.

Unbeschadet der Regelung gemäß Satz 1 dieses Artikels kann ein Fonds oder einzelne Teilfonds jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden, sofern im jeweiligen Sonderreglement keine gegenteilige Bestimmung getroffen wird.

Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit bestehende Teilfonds auflösen, sofern das Netto-Fondsvermögen eines Teilfonds unter einen Betrag fällt, welcher von der Verwaltungsgesellschaft als Mindestbetrag für die Gewährleistung einer effizienten Verwaltung dieses Teilfonds angesehen wird sowie im Falle einer Änderung der wirtschaftlichen und/oder politischen Rahmenbedingungen. Die Auflösung bestehender Teilfonds wird mindestens 1 Monat zuvor entsprechend Artikel 16 veröffentlicht.

Nach Auflösung eines Teilfonds wird die Verwaltungsgesellschaft diesen Teilfonds liquidieren. Dabei werden die diesem Teilfonds zuzuordnenden Vermögenswerte veräußert sowie die diesem Teilfonds zuzuordnenden Verbindlichkeiten getilgt. Der Liquidationserlös wird an die Anteilinhaber im Verhältnis ihres Anteilbesitzes ausgekehrt. Nach Abschluß der Liquidation eines Teilfonds nicht abgeforderte Liquidationserlöse werden für einen Zeitraum von sechs Monaten bei der Depotbank hinterlegt; danach gilt die in Artikel 12 Absatz 3 Satz 3 des Verwaltungsreglements enthaltene Regelung entsprechend für sämtliche verbleibenden und nicht eingeforderten Beträge.

2. Die Auflösung eines Fonds erfolgt zwingend in folgenden Fällen:

- a. wenn die im Sonderreglement des jeweiligen Fonds festgelegte Dauer abgelaufen ist;
- b. wenn die Depotbankbestellung gekündigt wird, ohne daß eine neue Depotbankbestellung innerhalb der gesetzlichen oder vertraglichen Fristen erfolgt;
- c. wenn die Verwaltungsgesellschaft in Konkurs geht oder aus irgendeinem Grund aufgelöst wird;
- d. wenn das Fondsvermögen während mehr als sechs Monaten unter einem Viertel der Mindestgrenze gemäß Artikel 1 Absatz 2 des Verwaltungsreglements bleibt;
- e. in anderen, im Gesetz vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen oder im Sonderreglement des jeweiligen Fonds vorgesehenen Fällen.

3. Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Auflösung eines Fonds führt, werden die Ausgabe und die Rücknahme von Anteilen eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös, abzüglich der Liquidationskosten und Honorare («Netto-Liquidationserlös»), auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von derselben oder von der Depotbank ernannten Liquidatoren unter die Anteilinhaber des jeweiligen Fonds nach deren Anspruch verteilen. Der Netto-Liquidationserlös, der nicht zum Abschluß des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern eingezogen worden ist, wird, soweit dann gesetzlich notwendig, in luxemburger Franken umgerechnet und von der Depotbank nach Abschluß des Liquidationsverfahrens für Rechnung der Anteilinhaber bei der «Caisse de Consignations» in Luxemburg hinterlegt, wo dieser Betrag verfällt, soweit er nicht innerhalb der gesetzlichen Frist von dreißig Jahren dort angefordert wird.

4. Die Anteilinhaber, deren Erben bzw. Rechtsnachfolger oder Gläubiger können weder die Auflösung noch die Teilung des Fonds beantragen.

5. Die Verwaltungsgesellschaft kann einzelne Teilfonds fusionieren oder die Einbringung in einen oder mehrere Teilfonds eines anderen OGA nach Teil 1 des luxemburger Rechts über Organismen für gemeinsame Anlagen beschließen, falls wesentliche Änderungen in der politischen oder wirtschaftlichen Lage im Urteil der Verwaltungsgesellschaft dies notwendig machen. Dieser Beschluß wird entsprechend den Bestimmungen des Artikel 16 veröffentlicht. Die Anleger des abgebenden Teilfonds erhalten Anteile des aufnehmenden Teilfonds, deren Anzahl sich auf der Grundlage des Anteilwertverhältnisses der betroffenen Teilfonds zum Zeitpunkt der Einbringung errechnet; ggfs. erfolgt ein Spitzenausgleich.

Innerhalb eines Zeitraumes von 1 Monat nach dem Veröffentlichungstag können die betroffenen Anteilinhaber die kostenlose Rücknahme ihrer Anteile beantragen.

### **Art. 13. Kosten.**

1. Neben den im Sonderreglement des jeweiligen Teilfonds aufgeführten Kosten können einem Fonds folgende Kosten belastet werden:

- a. sämtliche Kosten im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Veräußerung und der Verwaltung von Vermögenswerten;
- b. Steuern und ähnliche Abgaben, die auf das jeweilige Fondsvermögen, dessen Einkommen oder die Auslagen zu Lasten dieses Fonds erhoben werden;
- c. Kosten für Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilinhaber eines Fonds handeln;
- d. Honorare und Kosten für Wirtschaftsprüfer eines Fonds;
- e. Kosten für die Erstellung von Anteilzertifikaten und Ertragsscheinen;
- f. Kosten für die Einlösung von Ertragsscheinen sowie für die Erneuerung von Ertragsscheinbögen;
- g. Kosten der Erstellung sowie der Hinterlegung und Veröffentlichung des Verwaltungsreglements und des Sonderreglements sowie anderer Dokumente, wie z.B. Verkaufsprospekte, die den entsprechenden Fonds betreffen, einschließlich Kosten der Anmeldungen zur Registrierung oder der schriftlichen Erläuterungen bei sämtlichen Registrierungsbehörden und Börsen (einschließlich örtlichen Wertpapierhändlervereinigungen), welche im Zusammenhang mit dem Fonds oder dem Anbieten seiner Anteile vorgenommen werden müssen;
- h. Druck- und Vertriebskosten der Jahres- und Halbjahresberichte für die Anteilinhaber in allen notwendigen Sprachen, sowie Druck- und Vertriebskosten von sämtlichen weiteren Berichten und Dokumenten, welche gemäß den anwendbaren Gesetzen und Verordnungen der genannten Behörden notwendig sind;
- i. Kosten der für die Anteilinhaber bestimmten Veröffentlichungen;
- j. ein angemessener Anteil an den Kosten für die Werbung und an solchen Kosten, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten und dem Verkauf von Anteilen anfallen;

2. Sämtliche Kosten werden zuerst den ordentlichen Erträgen, dann den Wertzuwächsen und zuletzt dem Fondsvermögen angerechnet.

3. Das Vermögen der einzelnen Teilfonds haftet nur für die Verbindlichkeiten und Kosten des jeweiligen Teilfonds. Dementsprechend werden die Kosten - einschl. der Gründungskosten der Teilfonds - den einzelnen Teilfonds gesondert berechnet, soweit sie diese alleine betreffen; im übrigen werden die Kosten den einzelnen Teilfonds anteilig belastet.

4. Die Gründungskosten des Fonds, einschließlich der Vorbereitung, des Drucks und der Veröffentlichung des Verkaufsprospektes, des Verwaltungsreglements und der Sonderreglements, werden innerhalb der ersten fünf Geschäftsjahre abgeschrieben und den am Gründungstag bestehenden Teilfonds belastet. Werden nach Gründung des Fonds



zusätzliche Teilfonds eröffnet, so sind die spezifischen Lancierungskosten von jedem Teilfonds selbst zu tragen; auch diese können über eine Periode von längstens 5 Jahren nach Lancierungsdatum abgeschrieben werden.

**Art. 14. Verjährung und Vorlegungsfrist.**

1. Forderungen der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von fünf Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; davon unberührt bleibt die in Artikel 12 Absatz 4 des Verwaltungsreglements enthaltene Regelung.

2. Die Vorlegungsfrist für Ertragsscheine beträgt fünf Jahre ab Veröffentlichung der jeweiligen Ausschüttungserklärung.

**Art. 15. Änderungen.** Die Verwaltungsgesellschaft kann das Verwaltungsreglement sowie das jeweilige Sonderreglement mit Zustimmung der Depotbank jederzeit ganz oder teilweise ändern.

**Art. 16. Veröffentlichungen.**

1. Die erstmals gültige Fassung des Verwaltungsreglements und der Sonderreglements sowie Änderungen derselben werden beim Handelsregister des Bezirksgerichts Luxemburg hinterlegt und im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg («Mémorial»), veröffentlicht.

2. Ausgabe- und Rücknahmepreise können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und jeder Zahlstelle erfragt werden.

3. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt für jeden Fonds einen ausführlichen und vereinfachten Verkaufsprospekt, einen geprüften Jahresbericht sowie einen Halbjahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Großherzogtums Luxemburg.

4. Die unter Absatz 3 dieses Artikels aufgeführten Unterlagen eines Fonds sind für die Anteilhaber am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und bei jeder Zahl- und Vertriebsstelle erhältlich.

5. Die Auflösung eines Fonds gemäß Artikel 12 des Verwaltungsreglements wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und in mindestens drei überregionalen Tageszeitungen, von denen eine eine Luxemburger Zeitung ist, veröffentlicht.

**Art. 17. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache.**

1. Das Verwaltungsreglement sowie die Sonderreglements der jeweiligen Fonds unterliegen Luxemburger Recht. Insbesondere gelten in Ergänzung zu den Regelungen des Verwaltungsreglements sowie der Sonderreglements zu den jeweiligen Fonds die Vorschriften des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen. Gleiches gilt für die Rechtsbeziehungen zwischen den Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank.

2. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Großherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und jeden Fonds im Hinblick auf Angelegenheiten, die sich auf den jeweiligen Fonds beziehen, der Gerichtsbarkeit und dem Recht eines jeden Landes zu unterwerfen, in welchem Anteile eines Fonds öffentlich vertrieben werden, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ansässig sind.

3. Der deutsche Wortlaut des Verwaltungsreglements und der Sonderreglements ist maßgeblich, falls im jeweiligen Sonderreglement nicht ausdrücklich eine anderweitige Bestimmung getroffen wurde.

**Art. 18. Inkrafttreten.** Das Verwaltungsreglement sowie jedes Sonderreglement treten am Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft, sofern nichts anderes im Sonderreglement des jeweiligen Fonds bestimmt ist. Änderungen des Verwaltungsreglements sowie des jeweiligen Sonderreglements werden beim Handelsregister des Bezirksgerichts Luxembourg hinterlegt und im Mémorial veröffentlicht und treten, sofern nichts anderes bestimmt, am Tag der Unterzeichnung in Kraft.

Luxemburg, den 21. Januar 2005.

AXXION S.A. / BANQUE DE LUXEMBOURG

Die Verwaltungsgesellschaft / Die Depotbank

Unterschriften / Unterschriften

*Sonderreglement MULTIWERT SUPERFUND Absolute Return*

**Art. 1. Der Fonds.** Der Fonds «MULTIWERT SUPERFUND» (der «Fonds») besteht aus einem oder mehreren Teilfonds im Sinne von Artikel 133 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen. Die Gesamtheit der Teilfonds ergibt den Fonds. Für den Fonds ist das am 2. Juli 2001 im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations («Mémorial») veröffentlichte Verwaltungsreglement integraler Bestandteil. Ergänzend bzw. abweichend hiervon gelten für den Teilfonds MULTIWERT SUPERFUND ABSOLUTE RETURN («der Teilfonds») die Bestimmungen dieses Sonderreglements.

**Art. 2. Anlagepolitik.** Ziel der Anlagepolitik des Teilfonds ist die Erwirtschaftung eines angemessenen Wertzuwachses der Vermögensanlagen.

Für den Teilfonds sollen vorwiegend Anteile an offenen Geldmarkt-, Wertpapier-, Beteiligungs- und Altersvorsorge-Sondervermögen erworben werden. Beteiligungssondervermögen dürfen im Unterschied zu Wertpapiersondervermögen auch stille Beteiligungen bis zu 30% des Beteiligungs-Sondervermögens halten.

Bei den Fonds handelt es sich sowohl um Länder- und Regionenfonds, Branchenfonds als auch um breit diversifizierte Fonds, die in Standardaktien als auch in Wachstumswerte (sog. «Mid- und Small-Caps», d.h. Aktien mit einer relativ geringen Marktkapitalisierung) investieren.

Darüber hinaus kann der Teilfonds sein Vermögen bis zu 10% in offene Grundstücks-, gemischte Wertpapier- und Grundstücks-Sondervermögen investieren. Die Verwaltungsgebühren der vom Teilfonds erworbenen Fonds betragen maximal 2,5% p.a. des Netto-Teilfondsvermögens. Je nach Einschätzung der Marktlage kann das Teilfondsvermögen auch

vollständig (maximal 100%) in einem der vorgenannten Anlagesegmente bzw. einer Fondskategorie angelegt werden. Bei den erworbenen Fonds wird es sich ausschließlich um solche handeln, die unter dem Recht eines EU-Mitgliedstaates, der Schweiz, USA, Hong-Kong, Kanada, Japan und Norwegen aufgelegt wurden.

Daneben kann der Teilfonds sein Vermögen investieren in börsennotierte oder an einem anderen geregelten Markt, der regelmäßig stattfindet, anerkannt und der Öffentlichkeit zugänglich ist, gehandelte Aktien, Aktienindex- und Aktienbasket-Zertifikate (unter der Bedingung, dass es sich um Wertpapiere gemäß Art 41 (I) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 handelt), Geldmarktinstrumente sowie in Anleihen aller Art von in- und ausländischen Ausstellern - inklusive Nullkuponanleihen und variabel verzinsliche Wertpapiere sowie Wandel - und Optionsanleihen, deren Optionsscheine auf Wertpapiere lauten. In geringerem Umfang sind auch Investitionen in Optionsscheine auf Wertpapiere möglich.

Der Teilfonds kann auch zu 100% Geldmarktinstrumente, flüssige Mittel und Festgelder in jeder Währung halten.

Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und Einschränkungen ist der Erwerb oder die Veräußerung von Optionen, Futures und der Abschluß sonstiger Termingeschäfte sowohl zur Absicherung gegen mögliche Kursrückgänge auf den Kapitalmärkten als auch zur Renditeoptimierung gestattet. Bei den Basiswerten handelt es sich dabei um Instrumente im Sinne des Artikel 41(I) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 oder um Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen. Mit dem Einsatz von Derivaten können aufgrund der Hebelwirkung erhöhte Risiken verbunden sein. Bei der Nutzung von Derivaten wird der Fonds in keinem Fall von seiner Anlagepolitik, wie sie im Verkaufsprospekt und Verwaltungsreglement beschrieben ist, abweichen.

### **Art. 3. Anteile.**

1. Die Anteile werden in Globalurkunden verbrieft; ein Anspruch auf die Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.
2. Anteile am Teilfonds sind frei übertragbar.

### **Art. 4. Währung, Ausgabe, Rücknahme und Umtausch von Anteilen.**

1. Die Währung des Teilfonds ist der Euro.
2. Ausgabepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 7 des Verwaltungsreglements zzgl. einer Verkaufsprovision von bis zu 5 %. Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen. Er ist innerhalb von 3 Luxemburger Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag, ausschließlich an die jeweilige und im Verkaufsprospekt benannte Zahlstelle, zahlbar.
3. Rücknahmepreis ist der Anteilwert.
4. Der Umtausch von Anteilen erfolgt auf der Grundlage des Anteilwertes der betreffenden Anteilklassen beziehungsweise der betreffenden Teilfonds. Dabei kann eine Umtauschprovision zugunsten der Vertriebsstelle des Teilfonds erhoben werden, in den getauscht werden soll. Wird eine Umtauschprovision erhoben, so beträgt diese höchstens 1% des Anteilwertes des Teilfonds, in welche(n) der Umtausch erfolgen soll; eine Nachzahlung der etwaigen Differenz zwischen den Verkaufsprovisionen auf die Anteilwerte der betreffenden Teilfonds bleibt hiervon unberührt.

**Art. 5. Ertragsverwendung.** Die vereinnahmten Dividenden- und Zinserträge sowie sonstige ordentliche Erträge werden nach Maßgabe der Verwaltungsgesellschaft grundsätzlich thesauriert.

Die Verwaltungsgesellschaft kann jedoch neben den ordentlichen Nettoerträgen die realisierten Kapitalgewinne, die Erlöse aus dem Verkauf von Bezugsrechten und/oder die sonstigen Erträge nicht wiederkehrender Art abzüglich realisierter Kapitalverluste, ausschütten.

**Art. 6. Depotbank.** Depotbank ist die BANQUE DE LUXEMBOURG, eine Bank im Sinne des Luxemburger Gesetzes vom 5. April 1993 über den Finanzsektor.

### **Art. 7. Kosten für die Verwaltung und Verwahrung des Teilfonds-Vermögens.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, aus dem Vermögen des Teilfonds ein Entgelt von bis zu 1,50% p.a. des Netto-Vermögens des Teilfonds zu erhalten, das auf der Basis des Netto-Teilfondsvermögens am Ende des entsprechenden Kalendermonats pro rata temporis zu berechnen und monatlich nachträglich auszuführen ist. Die Verwaltunggebühren der vom Teilfonds erworbenen Fonds betragen maximal 2,5% p.a. des Netto-Teilfondsvermögens.
2. Ferner ist die Verwaltungsgesellschaft berechtigt, vom Anstieg des Anteilwertes ein erfolgsabhängiges Entgelt in Höhe von 15% zu erhalten. Das Entgelt wird an jedem Bewertungstag berechnet und jährlich ausgezahlt. In einem Geschäftsjahr netto erzielte Wertminderungen werden auf das nächste Geschäftsjahr vorgetragen; im Falle von Verlustvorträgen fällt das Erfolgshonorar erst an, wenn diese vollständig ausgeglichen sind.
3. Für die Abgeltung der mit der laufenden Betreuung der Anteilinhaber verbundenen Kosten ist die Verwaltungsgesellschaft berechtigt, aus dem Vermögen des Teilfonds eine Betreuungsgebühr von bis zu 0,30% p.a. des Netto-Vermögens des Teilfonds zu erhalten, das auf der Basis des Netto-Teilfondsvermögens am Ende des entsprechenden Kalendermonats pro rata temporis zu berechnen und monatlich nachträglich auszuführen ist.
4. Die Depotbank erhält aus dem Vermögen des Teilfonds:
  - a. Ein Entgelt für die Tätigkeit als Depotbank und Zentralverwaltungsstelle von bis zu 0,185% p.a. des Netto-Teilfondsvermögens, mindestens jedoch EUR 25.000,- das auf der Basis des Teilfondsvermögens am Ende des entsprechenden Kalendermonats pro rata temporis berechnet und monatlich nachträglich ausgezahlt wird;
  - b. Eine Bearbeitungsgebühr für die Tätigkeit als Depotbank von bis zu EUR 100 pro Wertpapiertransaktion;
  - c. Kosten und Auslagen, die der Depotbank aufgrund einer zulässigen und marktüblichen Beauftragung Dritter mit der Verwahrung von Vermögenswerten des Teilfonds gemäß Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsreglements entstehen;

**Art. 8. Rechnungsjahr.** Das Rechnungsjahr endet jedes Jahr am 31. Dezember, erstmals am 31. Dezember 2005.

**Art. 9. Dauer des Teilfonds.** Der Teilfonds ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

Luxembourg, den 21. Januar 2005  
 AXXION S.A. / BANQUE DE LUXEMBOURG  
 Die Verwaltungsgesellschaft / Die Depotbank  
 Unterschriften / Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 28 janvier 2005, réf. LSO-BA07612. – Reçu 42 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(010394.2//766) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 31 janvier 2005.

**LISMORE, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-2320 Luxembourg, 43, boulevard de la Pétrusse.  
 R. C. Luxembourg B 103.665.

Il résulte d'une cession de parts sociales intervenue le 26 octobre 2004 entre BARCLAYS BANK PLC, Société ayant son siège social à EC3P 3AH London, Lombard Street et la DEUTSCHE BANK LUXEMBOURG S.A., Société Anonyme ayant son siège social à L-1115 Luxembourg, 2, boulevard Konrad Adenauer, que la répartition des parts sociales est désormais la suivante:

BARCLAYS BANK PLC: .....	1.271 parts sociales
DEUTSCHE BANK LUXEMBOURG S.A.: .....	1 part sociale

Luxembourg, le 25 novembre 2004

Pour extrait conforme  
 Pour la Société  
 Signature

Enregistré à Luxembourg, le 25 novembre 2004, réf. LSO-AW06253. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(096156.3/000/18) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 novembre 2004.

**CAPTIVA CAPITAL (LUXEMBOURG), S.à r.l., Société à responsabilité limitée,  
 (anc. CAPTIVA LUXEMBOURG S.à r.l.) .**

Siège social: L-2519 Luxembourg, 9, rue Schiller.  
 R. C. Luxembourg B 100.941.

In the year two thousand and four, on the ninth of November.

Before Us, Maître Henri Hellinckx, notary residing in Mersch, Grand Duchy of Luxembourg.

There appeared:

CAPTIVA CAPITAL MANAGEMENT S.à. r.l., having its registered office in L-2519 Luxembourg, 9, rue Schiller, R.C. Luxembourg B 92.025,

here represented by Mr Michel van Krimpen, company director, residing professionally at Luxembourg and Mr Herman Boersen, lawyer, residing professionally at Luxembourg,

by virtue of a proxy established on November 8, 2004.

The said proxy, signed *ne varietur* by the persons appearing and the undersigned notary, will remain annexed to the present deed to be filed with the registration authorities.

The appearing party, represented as stated hereabove, has requested the undersigned notary to enact the following:

- that it is the sole current partner of CAPTIVA LUXEMBOURG, S.à r.l., a société à responsabilité limitée unipersonnelle, having its registered office at L-2519 Luxembourg, 9, rue Schiller, incorporated under the name PADDINGTON CORPORATION, S.à r.l. by deed of the undersigned notary, on May 19, 2004, published in the Mémorial Recueil des Sociétés et Associations C number 744 of July 20, 2004. The articles of incorporation have been modified by a deed of the undersigned notary on September 27, 2004, not yet published in the Mémorial Recueil des Sociétés et Associations;

- That the sole partner has taken the following resolution:

*Sole resolution*

The sole partner decides to amend the company's name into CAPTIVA CAPITAL (LUXEMBOURG), S.à r.l. and decides the subsequent amendment of article 4 of the articles of association, which will henceforth have the following wording:

«**Art. 4.** The Company will have the name CAPTIVA CAPITAL (LUXEMBOURG), S.à r.l.»

There being no further business, the meeting is terminated.

The undersigned notary, who knows English, states that on request of the appearing party, the present deed is worded in English, followed by a French version and in case of discrepancies between the English and the French text, the English version will be binding.

Whereof the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day indicated at the beginning of this deed. The document having been read to the persons appearing, they signed together with the notary the present original deed.

**Follows the french version:**

L'an deux mille quatre, le neuf novembre.

Par-devant Maître Henri Hellinckx, notaire de résidence à Mersch, Grand-Duché de Luxembourg.

A comparu:

CAPTIVA CAPITAL MANAGEMENT, S.à r.l., ayant son siège social à L-2519 Luxembourg, 9, rue Schiller, R.C. Luxembourg B 92.025,

ici représentée par Monsieur Michel van Krimpen, administrateur de société, demeurant professionnellement à Luxembourg et Monsieur Herman Boersen, juriste, demeurant professionnellement à Luxembourg, en vertu d'une procuration sous seing privé donnée le 8 novembre 2004.

Laquelle procuration restera, après avoir été signées ne varietur par les comparants et le notaire instrumentant, annexée aux présentes pour être formalisée avec elles.

Laquelle, représentée comme dit-est, a requis le notaire instrumentant d'acter ce qui suit:

- Qu'elle est le seul associé actuel de la société CAPTIVA LUXEMBOURG, S.à r.l., société à responsabilité limitée unipersonnelle, ayant son siège social à L-2519 Luxembourg, 9, rue Schiller, constituée sous la dénomination PADDING-TON CORPORATION, S.à r.l. suivant acte reçu par le notaire instrumentant, en date du 19 mai 2004, publié au Mémorial Recueil des Sociétés et Associations C numéro 744 du 20 juillet 2004, dont les statuts furent modifiés suivant acte reçu par le notaire instrumentant, en date du 27 septembre 2004, non encore publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations;

- Qu'elle a pris la résolution suivante:

*Résolution unique*

L'associé unique décide de modifier la dénomination sociale en CAPTIVA CAPITAL (LUXEMBOURG), S.à r.l. et de modifier en conséquence l'article 4 des statuts comme suit:

«**Art. 4.** La société aura la dénomination CAPTIVA CAPITAL (LUXEMBOURG), S.à r.l.»

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Le notaire soussigné, qui a personnellement la connaissance de la langue anglaise, déclare que les comparants l'ont requis de documenter le présent acte en langue anglaise, suivi d'une version française, et en cas de divergence entre le texte anglais et le texte français, le texte anglais fera foi.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, ceux-ci ont signé le présent acte avec le notaire.

Signé: M. Van Krimpen, H. Boersen, H. Hellinckx.

Enregistré à Mersch, le 16 novembre 2004, vol. 429, fol. 28, case 6. – Reçu 12 euros.

*Le Receveur (signé):* A. Muller.

Pour copie conforme délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 22 novembre 2004.

H. Hellinckx.

(095782.3/242/70) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 novembre 2004.

**CAPTIVA CAPITAL (LUXEMBOURG), S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-2519 Luxembourg, 9, rue Schiller.

R. C. Luxembourg B 100.941.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 novembre 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 22 novembre 2004.

H. Hellinckx.

(095784.3/242/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 novembre 2004.

**ORIENTAL ARTS AND CRAFTS, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-4437 Soleuvre, 197, route de Differdange.

R. C. Luxembourg B 16.346.

Le bilan au 31 décembre 2003, enregistré à Luxembourg, le 24 novembre 2004, réf. LSO-AW05660, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 novembre 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 30 novembre 2004.

Signature.

(096525.3/000/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 novembre 2004.

**PRINTEMPS REASSURANCE, Société Anonyme.**

Siège social: L-1273 Luxembourg, 19, rue de Bitbourg.  
R. C. Luxembourg B 33.692.

—  
*Extrait du procès-verbal de l'Assemblée Générale Extraordinaire  
tenue à Luxembourg le 24 novembre 2004*

L'Assemblée nomme Administrateur Madame Anne-Marie Fournier, dont le mandat prendra fin à l'issue de l'Assemblée Générale Annuelle appelée à statuer sur les comptes de l'exercice clos le 31 décembre 2004.

*Pour la société PRINTEMPS REASSURANCE SINER (EUROPE) S.A.*

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 29 novembre 2004, réf. LSO-AW06795. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(096447.3/682/14) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 novembre 2004.

**FIDELIN S.A., Société Anonyme Holding.**

Siège social: L-1150 Luxembourg, 287, route d'Arlon.  
R. C. Luxembourg B 46.740.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

**l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE**

qui aura lieu le 25 février 2005 à 11.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

*Ordre du jour:*

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du commissaire.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 2004.
3. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire.
4. Divers.

I (00140/660/14)

*Pour le Conseil d'Administration.*

**BSI-MULTINVEST, Société d'Investissement à Capital Variable.**

Registered office: L-1150 Luxembourg, 291, route d'Arlon.  
R. C. Luxembourg B 74.740.

Notice is hereby given to the shareholders of BSI-MULTINVEST SICAV (the «Sicav») that an

**EXTRAORDINARY GENERAL MEETING**

of shareholders (the «Meeting») of the Sicav will be held at the registered office of the Sicav at 291, route d'Arlon, Luxembourg on 23 February 2005 at 11.00 a.m., with the following agenda:

*Agenda:*

1. Amendment of article 24 of the Articles of Incorporation.

The text of the proposed amendments to the articles of incorporation is available free of charge, upon request, at the registered office of the Sicav.

In order to deliberate validly on the items of the agenda, at least 50% of all outstanding shares must be represented at the Meeting, and a decision in favour of the items of the agenda shall be approved by shareholders holding at least 2/3 of the shares represented at the Meeting.

In the event that the 50% quorum is not reached, a second extraordinary general meeting of the shareholders will be convened where no quorum will be required and the items of the agenda may be approved by the shareholders holding at least 2/3 of the shares represented at the meeting.

*Notes*

Holders of bearer shares may vote at the Meeting:

- in person by producing at the Meeting a certificate of deposit issued by the CUSTODIAN BANK, UBS (LUXEMBOURG) S.A., which will be issued to them against deposit of their share certificates. The share certificates must be deposited with UBS (LUXEMBOURG) S.A. at the latest on 18 February 2005.

- by proxy by completing the form of proxy which will be made available to them against deposit of share certificates aforesaid. The proxies must be sent to UBS FUND SERVICES (LUXEMBOURG) S.A. and have to be in the possession of BSI MULTINVEST SICAV c/o UBS FUND SERVICES (LUXEMBOURG) S.A. at the latest on 18 February, 2005.

Share certificates so deposited will be retained until the day after the Meeting or any adjournment thereof has been concluded.

Luxembourg, 4 February 2005.

I (00290/755/31)

*The Board of Directors.*

**DEXIA GLOBAL, Société d'Investissement à Capital Variable.**

Siège social: L-1470 Luxembourg, 69, route d'Esch.  
R. C. Luxembourg B 84.727.

Les actionnaires de DEXIA GLOBAL sont invités à assister à

**L'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE**

qui se tiendra le 25 février 2005 à 11.30 heures, au siège social de la SICAV, 69, route d'Esch, Luxembourg, pour délibérer sur l'ordre du jour suivant:

*Ordre du jour:*

1. Lecture du rapport de gestion du Conseil d'Administration sur l'exercice clôturé au 30 septembre 2004;
2. Lecture du rapport du Réviseur d'Entreprises sur l'exercice clôturé au 30 septembre 2004;
3. Approbation de l'état des actifs nets et de l'état des variations des actifs nets pour l'exercice clôturé au 30 septembre 2004; affectations des résultats;
4. Décharge aux Administrateurs pour l'exercice clôturé au 30 septembre 2004;
5. Nominations statutaires;
6. Divers.

Seront admis à l'Assemblée Générale les propriétaires d'actions nominatives inscrits dans le registre des actionnaires de la SICAV, qui sont priés d'avertir le Conseil d'Administration de leur participation par lettre adressée à la Société, 69, route d'Esch, L-1470 Luxembourg, au plus tard cinq jours ouvrables avant la date de l'Assemblée Générale avec mention du nombre d'actions représentées, et les propriétaires d'actions au porteur pour autant que ces derniers aient déposé leurs actions cinq jours ouvrables au moins avant auprès de DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, 69, route d'Esch, L-1470 Luxembourg.

Les résolutions à l'ordre du jour de l'Assemblée Générale Ordinaire ne requièrent pas de quorum spécial et seront adoptées, si elles sont approuvées par la majorité des actionnaires présents ou représentés.

I (00205/755/26)

*Le Conseil d'Administration.*

**CONAFEX HOLDINGS, Société Anonyme.**

Registered office: L-1520 Luxembourg, 6, rue Adolphe Fischer.  
R. C. Luxembourg B 17.789.

Notice is hereby given that the

**TWENTY-THIRD ANNUAL GENERAL MEETING**

of CONAFEX HOLDINGS, Société Anonyme will be held at the offices of MAITLAND LUXEMBOURG S.A., 6, rue Adolphe Fischer, L-1520 Luxembourg on Friday 25th February 2005 at 3.30 p.m. for the following purposes:

*Agenda:*

1. To receive and adopt the reports of the Directors, Auditors and Commissaire for the year ended 31st August 2004.
2. To receive and adopt the balance sheet of the Company at 31st August 2004 and the profit and loss account for the year ended on that date.
3. To receive and adopt the consolidated balance sheet of the Group at 31st August 2004 and the consolidated profit and loss account for the year ended on that date.
4. To grant discharge to the Directors and Commissaire in respect of the execution of their mandates to 31st August 2004.
5. To receive and act on the statutory nomination of the Directors, Auditors and Commissaire for a new term of one year.

*Special Business*

6. To give, in terms of the Law of 10th August 1915 on commercial companies, as amended, and the Listings Requirements of the JSE Securities Exchange South Africa, the Board of Directors of the Company general authority to issue ordinary shares of USD 1.50 each for cash as and when suitable situations arise, subject to the following limitations:
  - that this authority shall not extend beyond 15 (fifteen) months from the date of this annual general meeting and is reviewable at the next annual general meeting;
  - that issues in the aggregate in any one year may not exceed 10% of the number of shares of that class of the Company's issued share capital, including instruments which are compulsorily convertible into shares of that class, provided further that such issues shall not in aggregate in any three-year year exceed 15% of the Company's issued share capital of that class, including instruments which are compulsorily convertible into shares of that class; and
  - that in determining the price at which an issue of shares will be made in terms of this authority, the maximum discount permitted will be 10% of the weighted average traded price of the shares in question, as determined over the 30 days prior to the date that the price of the issue is determined or agreed by the directors.

7. To renew for a period of five years, with effect from the date of the publication in the Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations of the deed dated 25th February 2005, and on the basis of a report of the board of directors of the Company, as required by the Law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended, the authority granted to the directors pursuant to Article 7 of the Articles of Incorporation to increase the issued share capital within the limits of the authorised capital and to amend the Article of Incorporation so as to enable such new shares to be issued without the shareholders of the Company having any preferential subscription right.
- I (00306/000/42) By order of the Board.
- 

**MERRILL LYNCH S.A., Société Anonyme.**

Registered office: L-2320 Luxembourg, 68-70, boulevard de la Pétrusse.  
R. C. Luxembourg B 39.046.

Notice is given that an

**EXTRAORDINARY GENERAL MEETING**

of shareholders is to be held at the registered office in Luxembourg, 68-70, boulevard de la Pétrusse, L-2320 Luxembourg, on 24 February 2005 at 2.00 p.m. Luxembourg time, to resolve on the following items:

*Agenda:*

1. Approval of the contribution in kind of 4,999 shares in MERRILL LYNCH LUXEMBOURG FINANCE S.A. to the Company.
2. Increase of the share capital of the Company further to the contribution in kind.
3. Subsequent amendments of the articles of incorporation.
4. Miscellaneous.

I (00326/267/16)

*The Board of Directors.*

---

**ACTELION FINANCE S.C.A., Société en Commandite par Actions.**

Registered office: L-1882 Luxembourg, 5, rue Guillaume Kroll.  
R. C. Luxembourg B 96.016.

**The ANNUAL GENERAL MEETING**

of Shareholders of the Company will be held at 5, rue Guillaume Kroll, L-1882 Luxembourg on February 25, 2005 at 2.00 p.m. with the following agenda:

*Agenda:*

1. Presentation and approval of the annual accounts for the accounting period from September 26, 2003 (date of incorporation) to December 31, 2003;
2. Presentation and approval of the report of the Supervisory Board for the accounting period from September 26, 2003 (date of incorporation) to December 31, 2003;
3. Allocation of result;
4. Discharge to the Manager, the Supervisory Board and to the independent auditor for the accounting period from September 26, 2003 (date of incorporation) to December 31, 2003;
5. Statutory elections;
6. Miscellaneous.

The shareholders must not be present in person. They may be represented by a duly appointed agent or attorney-in-fact. Shareholders who cannot attend the meeting are thus invited to send a duly executed proxy to the registered office of the Company.

The bondholders of the Company are entitled to attend the meeting without taking part in the vote.

I (00336/581/23)

---

**ANGLO IRISH BANK WORLD DERIVATIVES, Société d'Investissement à Capital Variable  
(in liquidation).**

Registered office: L-2453 Luxembourg, 12, rue Eugène Ruppert.  
R. C. Luxembourg B 61.316.

Shareholders of ANGLO IRISH BANK WORLD DERIVATIVES («the SICAV») are kindly invited to attend an

**EXTRAORDINARY GENERAL MEETING**

which will be held at the registered office of the SICAV on February 17, 2005 at 11.00 a.m. for the purpose of considering and voting upon the following Agenda:

*Agenda:*

1. Receipt of the report of the Auditor to the liquidation.
2. Approval of the liquidation accounts.
3. Discharge to the Directors and to the Liquidator.
4. Closing of the liquidation.

5. Designation of the place where the accounting and corporate books of the SICAV will be kept for at least 5 years.
6. Miscellaneous.

The shareholders are advised that the resolutions on the above mentioned Agenda will require a quorum of fifty percent of the shares issued and outstanding, and that those resolutions shall be passed by a two-thirds majority of the shares present or represented and voting at the Meeting.

In order to attend the Meeting, the owners of bearer shares will have to deposit their shares five clear days before the Meeting at the registered office of the SICAV.

*By order of the Liquidator*

BANQUE DEGROOF LUXEMBOURG S.A.

II (00209/584/25)

---

**EVOLUTIS SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.**

Siège social: L-2453 Luxembourg, 12, rue Eugène Ruppert.

R. C. Luxembourg B 87.783.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

**l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE**

qui se tiendra le 17 février 2005 à 11.30 heures au siège social de la Société, avec l'ordre du jour suivant:

*Ordre du jour:*

1. Dissolution et mise en liquidation de la Société
2. Nomination d'un liquidateur
3. Détermination des pouvoirs du liquidateur
4. Divers

Les actionnaires sont informés de la suspension du calcul de la valeur nette d'inventaire de leurs actions ainsi que de l'émission et du rachat de leurs actions dès le 27 janvier 2005.

L'Assemblée ne pourra délibérer valablement que si la moitié au moins du capital est présente ou représentée. Les résolutions, pour être valables, devront réunir les deux tiers au moins des voix des actionnaires présents ou représentés.

Pour pouvoir assister à l'Assemblée, les propriétaires d'actions au porteur sont priés de déposer leurs actions auprès de la BANQUE DEGROOF LUXEMBOURG S.A. cinq jours francs avant la date fixée pour l'Assemblée.

II (00229/584/21)

*Le Conseil d'Administration.*

---

**THE INTERTRADE & CONTRACTING COMPANY S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-1219 Luxembourg, 23, rue Beaumont.

R. C. Luxembourg B 19.560.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

**l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE**

qui se tiendra le 21 février 2005 à 15.00 heures au siège social de la société à Luxembourg, 23, rue Beaumont.

*Ordre du jour:*

1. Rapports du conseil d'administration et du commissaire aux comptes concernant les exercices 1988 à 2003
2. Approbation des comptes annuels
3. Affectation des résultats
4. Décharge aux organes sociaux
5. Résolution à prendre conformément à l'article 100 de la loi fondamentale sur les sociétés commerciales
6. Divers.

Luxembourg, le 14 janvier 2005.

II (00104/535/17)

*Pour le Conseil d'Administration.*

---